

PROTOKOLL

über die 45. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 4. Juli 1996, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Edith Radmoser, Roman Eichhübl, Franz Rohrauer, Karl Holub, Hermann Rupprechter, Ing. Othmar Schloßgangl, Dr. Tilman Schwager, Ing. Dietmar Spanring, Wilhelm Spöck, Leopold Tatzreiter, Franz Straßer, Walter Strobl

GEMEINDERÄTE:

Arno Thummerer, Kurt Apfelthaler Marco Vanek, Felicitas Bauer Ingrid Weixlberger, Josef Brandstötter, Günter Fürweger, Jugendgemeinderat Robert Kaiser, Walter Gabath, Hans Dieter Götz

VOM AMT:

Richard Gollatsch, MD Dr. Kurt Schmidl, Engelbert Huber, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Klaus Jansky, OMR Mag. Helmut Golda, Anna Jeloucan, Gerald Hackl, Brigitte Lohnecker, OAR Walter Kerbl, Helmut Oberreiter, Walter Oppl

PROTOKOLLFÜHRER:

Hans Payrleithner, OAR Anton Obrist, Mag. Harald Philipps, Gabriele Angerbauer

T a g e s o r d n u n g

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer.
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates

gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

keine vorhanden

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

a) zu Jugendthemen

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- 1) Ges-19/96 Verstärktes Mitspracherecht des Jugendgemeinderates in der Stadtpolitik.

BERICHTERSTATTER
LEOPOLD PFEIL:

VIZEBÜRGERMEISTER

DR.

2) K-97/96 Budget der Dienststelle für Jugendveranstaltungen 1997.

3) Fin-126/96 Jugendgalerie.

b) zur ordentlichen Sitzung des Gemeinderates

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

4) Fin-68/96 Glas Hayek GesmbH & Co KG, Wieserfeldplatz 5, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.

5) Fin-99/96 Diverse Darlehen; Vertragsänderungen.

6) Fin-120/95 Rechnungsabschluß 1995.

Präs-330/96 Antrag der F-Gemeinderatsfraktion betreffend

Errichtungsgenehmigungen (Baugenehmigungen) für gepulste Sendeanlagen (GSM-Netze) im Gemeindegebiet der Stadt Steyr außerhalb des Wohngebietes mit einem Mindestabstand von 300 Metern.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

8) Fin-148/95 Verein „Aktion Tagesmütter“; Subvention 1996.

9) Fin-109/96 Verein „Promenteinfirmis“ - ATRIUM Steyr; Subvention 1996.

10) SH-4436/91 Behindertenfahrdienst 1996; Kreditübertragung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR.
LEOPOLD PFEIL:

11) Fin-74/96 Kunstverein Steyr; Förderung 1996.

VH-10/96 Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr; Arbeitsjahr 1996/97.

13) K-10/96 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1996/97; Abschluß eines Werkvertrages.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

14) Sport-8/96 Sportehrenzeichenverleihung 1996.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Stw-33/96 Erdgasaufschließung Dornach 2. Teil; Gasleitungsbauarbeiten Krakowitzerstraße und Wenhartstraße; Vergabe der Leistungen.

Stw-134/93 Erneuerung Drucksteigerungsanlage Waldrand- siedlung; Baumeisterarbeiten; Auftragsvergabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

K-1/96 Richtlinien für die Förderung von baulichen Maß- nahmen aus Mitteln zur Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung (Altstadtförderung).

18) K-1/96 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1996, 1. Teil; „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

19) Fin-171/95 Kirchliche Ensembles in Steyr; Pfarre St. Josef, Seelsorgezentrum; Fassadensanierung.

Präs-43/94 Verselbständigung des APT Steyr; Verordnung über die Bestellung eines Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Alten- und Pflegeheim Tabor“; Verordnung über die Erlassung eines Organisationsstatutes (einer Satzung) für die Unternehmung „Alten- und Pflegeheim Tabor“.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

21) BauBrü-2/95 Instandsetzung des Leinersteges.

BauStr-16/95 Belagsarbeiten auf der B 122 a (Voralpen-Bundesstraße) km 2.632 - km 3.832; 1. Bauabschnitt.

23) BauStr-2/96 Asphaltierungsprogramm 1996; Vergabe der Arbeiten.

24) BauStr-7/95 Marktgründe - Straßenbenennung.

BauGru-50/95 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 94 - „Unimarkt Sandmayr“.

BauGru-63/95 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 1 - Änderung Nr. 93; SK Vorwärts Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

27) Fin-293/94 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1995; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTERSTADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

28) FW-11/96 Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges A 4000 Norm für die Freiwillige Feuerwehr Steyr. FW-12/96 Endausbau Feuerwehrhaus Löschzug III Obergeschoß. ÖAG-22/96 Errichtung der Nordspange; Abschluß von Kaufvereinbarungen mit der Bundesstraßenverwaltung.

31) Präs-340/96 Antrag der SP-Gemeinderatsfraktion betreffend Resolution an den Nationalrat der Republik Österreich „Wohnen muß billiger werden“.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf sie herzlich zu unserer heutigen Sitzung begrüßen und eröffne diese. Ich begrüße auch herzlich die Damen und Herren aus der Bürgerschaft bzw. die Vertreter der Presse. Ich stelle fest, daß die GR-Sitzung zeitgerecht und ordnungsgemäß einberufen wurde, und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich gebe bekannt, daß mir als Protokollprüfer Hr. GR Engelbert Lengauer sowie Frau GR Edith Radmoser gemeldet sind. Beide nehmen die Funktion an. Entschuldigt haben sich die Herren GR Dr. Schwager, GR Rupprechter und Frau GR Lohnecker. Hr. GR Gollatsch kommt ca. 1 Stunde später, Fr. GR Lohnecker ist in Linz und kann vielleicht während der Sitzung noch zu uns stoßen. Sie wird beim Verbund unterschreiben in Vertretung des Steyrer Gemeinderates.

Unter Pkt. 2 kommen wir zur Angelobung eines neuen Mitgliedes des GR.

Herr Gemeinderat Klaus Jansky teilte mir schriftlich mit, daß er mit 16. 9. 1996 auf die Ausübung seines Gemeinderatsmandates verzichtet.

Aufgrund dieser Mandatzurücklegung wird es heute zur Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates der Stadt Steyr kommen. Bevor ich jedoch dazu übergehe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um Herrn Gemeinderat Klaus Jansky für sein verdienstvolles Wirken im Gemeinderat der Stadt Steyr meinen persönlichen Dank aber auch den der Stadt Steyr auszudrücken.

Er war im Finanz- und Rechtsausschuß, Kulturausschuß, Bauausschuß, Verkehrsausschuß, Umweltausschuß sowie im Ausschuß für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung tätig. Darüber hinaus war er auch noch verdienstvoll tätig in unserem Verein IndustrieForum, der sich ja damit beschäftigt, die Vorbereitungsarbeiten für die Landesausstellung 1998 hier zu tätigen. Unser Kollege Jansky ist dort als Kassier tätig und bleibt es hoffentlich auch noch weiter. Die Finanzen sind jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch als konsolidiert zu betrachten, was sich natürlich ändern kann. Wir sind interessiert, daß das einer in Händen hat, der sich mit Wirtschaftsfragen, wie im GR natürlich auch in seinem Brotberuf, ständig betätigt.

Herr GR Jansky hat aus beruflichen Gründen auf eine weitere Ausübung seines Gemeinderatsmandates schriftlich verzichtet. Ich danke ihm ganz herzlich für seine Tätigkeit und darf ihm zur Erinnerung an diese Tätigkeit im Steyrer Gemeinderat dieses kleine Erinnerungsgeschenk überreichen.

Herr Jansky herzlich Dank und weiterhin alles gute.

APPLAUS

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY:

Ich darf ich mich kurz bei den Gemeinderäten, beim Herrn Bürgermeister und bei Frau Bürgermeisterin bedanken. Es war für mich eine schöne Zeit im GR über 5 Jahre und eine sehr gute Zusammenarbeit. Ich darf sagen, ich habe für mein Leben sehr viele Erfahrungen gewonnen und habe einige Schlüsse daraus gezogen. Ich wünsche dem GR der Stadt Steyr weiterhin alles Gute.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR. Wir kommen nunmehr zur Angelobung des nachfolgenden Gemeinderatsmitgliedes. Die ÖVP hat uns hier Herrn Martin Randolph Eisner gemeldet für diese Nachfolge. Ich darf zunächst die Gelöbnisformel vortragen:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Ich ersuche nunmehr Herrn Gemeinderat Martin Randolph Eisner sich von seinem Platz zu erheben und dieses Gelöbnis mit den Worten „ich gelobe“ zu leisten.

GEMEINDERAT MARTIN RANDOLF EISNER:

„Ich gelobe“.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich herzlich. Wir begrüßen sie herzlich und ersuchen um gute Zusammenarbeit.

APPLAUS

Unter Pkt. 3 kommen wir zur Wahl eines neuen Mitgliedes des Stadtsenates. Der Auslöser dafür ist,

daß Hr. StR Karl Holub schriftlich mitgeteilt hat, daß er mit 20. 9. 1996 auf die Ausübung seines Stadtsenatsmandates verzichtet.

Aufgrund dieser Verzichtserklärung wird es heute zur Wahl eines neuen Mitgliedes des Stadtsenates der Stadt Steyr kommen. Bevor ich die Wahl durchführe, möchte ich noch einmal den politischen Werdegang des ausscheidenden Stadtrates Karl Holub in Erinnerung bringen:

Verehrte Mitglieder des Gemeinderates. Mit Karl Holub tritt heute nicht nur der längstdienendste Gemeindemandatar, sondern natürlich auch eine der profiliertesten Persönlichkeiten der Steyrer Stadtpolitik offiziell von der kommunalpolitischen Bühne ab. Es ist ein persönlicher Entschluß, der - wie wir glauben zu wissen - Karl Holub nicht gerade leicht gefallen ist. Dieser Entschluß - und das kann ich zumindest für mich und meine Fraktion dezitiert feststellen - der tut auch vielen anderen im Steyrer Gemeinderat leid und sie bedauern diesen Abgang. Mit Karl Holub verliert der Steyrer Gemeinderat einen erfahrenen, man kann sagen, einen der erfahrensten Kommunalpolitiker, der die Entwicklung dieser Stadt kennt, nicht weniger als 23 Jahre mitbestimmt und davon 11 Jahre als Vizebürgermeister und Stadtrat, und er war natürlich in diesen Funktionen auch aktiv dabei, hier wirklich auch dieses Geschehen mitzugestalten.

Karl Holub ist ein Fachmann, der dieses Wissen nicht nur aus seiner beruflichen Tätigkeit, sondern natürlich auch durch die Arbeit in insgesamt 9 Ausschüssen, in denen er tätig war in diesen 23 Jahren, erworben hat und der sich hier ein enormes Fachwissen und Erfahrungen angeeignet hat, die er natürlich zum Wohle der Bürger dieser Stadt auch zielgerichtet eingesetzt hat.

Darüber hinaus verlieren wir mit Karl Holub aber auch einen der besten Redner in diesem GR. Seine Wortmeldungen oder auch spontanen Wortspenden, die er manchmal von sich gegeben hat in dem Auditorium, waren vielfach wirklich beeindruckend und einige von denen wären es mit Sicherheit wert, den Protokollen dieser 23 Gemeinderatsjahre wieder entrissen und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden.

Und schließlich verlieren wir - und das sage ich mit voller Überzeugung - mit Karl Holub einen der um die Qualität der fairen Auseinandersetzung sich ständig bemüht hat. Das heißt natürlich nicht, daß Karl Holub selbst immer zimperlich war. Das nicht. Er hat hier seine Meinung und die Position seiner Fraktion verteidigt. Er hat es natürlich auch glänzend verstanden, die Argumente jener, die nicht mit ihm übereinstimmten, genüßlich zu zerpfücken, das war vielleicht sogar eine Spezialdisziplin von dir, lieber Karl und mit gekonnten rhetorischen Kniffen vom Tisch zu wischen. Karl Holub stand dafür, daß bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung nie der Boden der Fairneß verlassen wurde, und daß es nachher wieder das Gespräch gegeben hat. Er hat immer wieder erkennen lassen, sich darum bemüht, sich notfalls auch entschuldigt, daß er hier der Meinung der anderen Respekt und Achtung entgegen bringt.

Und dafür, lieber Karl Holub, möchte ich dir heute im Namen des Gemeinderates auch herzlich danken.

Du hast in den nicht weniger als 23 Jahren, in denen du als Mandatar im Dienst der Steyrer Bürgerinnen und Bürger tätig warst, viel für diese Stadt geleistet und auch viel für diese Stadt erreicht.

Ich danke dir aber auch persönlich und im Namen des GR herzlich dafür, daß du diese 23 Jahre im Steyrer GR tätig warst. Ich danke dir für das beispielhafte Engagement in diesem GR und für die Stadt und auch dafür, daß du dafür sehr vieles an Zeit, an anderen Gestaltungsmöglichkeiten deines Lebens geopfert und zurückgestellt hast.

Ich, und wir alle, wünschen dir für die Zukunft alles Gute, Gesundheit und beruflichen Erfolg, und wir hoffen alle sehr, daß du uns, vor allem aber diese 23 Jahre im Steyrer Gemeinderat als GR-

Mitglied, als Stadtsenatsmitglied und als Vizebürgermeister dieser Stadt in positiver Erinnerung behalten wirst.

Lieber Karl Holub, alles, alles Gute für Deine Zukunft.

APPLAUS

KARL HOLUB:

Soweit, meine Damen und Herren, hohes Präsidium, ist es also noch nicht, daß ich aus der Urne rede. Es gibt manche unter meinen Freunden - ich habe sogar noch welche nach den vielen Jahren in der Öffentlichkeit - die sagen, man wird mich nicht nur einmal persönlich zu Grabe tragen, man wird nicht nur meine „Schnauze“ erschlagen müssen separat, sondern vermutlich das ganze Mundwerk auch noch verbrennen. Ich nehme an, daß das symbolhaft von den Mitarbeitern des Hauses dann direkt vors Rednerpult gestellt wird, daß man bei den Dankesworten auf die wirklich schöne Laudatio, die mir der Hr. Bürgermeister hat zukommen lassen, nicht allzuviel der Mund übergehen sollte. Seien sie versichert, ich nehme mir das wirklich sehr zu Herzen, vor allen Dingen deshalb, weil ich weiß um die Vergänglichkeit des Augenblickes. Weil ich weiß, daß „Heute“ die Vergangenheit von „Morgen“ ist, und weil ich weiß, daß das „Heute“ die Zukunft von „Gestern“ war. Der Blick auf diese Wahrheit möge uns allen ständig gegeben sein. Der Blick möge auch meine Rührung in ihrer ganzen Nichtigkeit auch ihnen verständlich machen.

Bürgermeister Leithenmayr hat ihnen geschildert, daß 23 Jahre im Steyrer GR vorbeigegangen sind und der GR noch immer besteht, obwohl ich die ganze Zeit teilgenommen habe. Ich habe heute Vormittag ein bißchen darüber nachgedacht, was so alles war in diesen 23 Jahren, ich möchte sie aber eben im Wissen um die Notwendigkeit nach vorne zu schauen, nicht allzuweit mit dem Blick nach hinten belasten. Nichts desto trotz kann ich nicht umhin ihnen zu erzählen, daß ich dort, wo der Kollege Thummerer von der Freiheitlichen Partei jetzt sitzt, meine ersten Sporen hier verdienen durfte im Rathaus. Ich habe damals noch gelernt aus der Bankreihe heraus zu reden, weil es früher nicht üblich war an ein Rednerpult zu gehen, was - die Protokollführerinnen der Vergangenheit werden es bestätigen - zu enormen akustischen Phänomenen bei der Protokollverfassung geführt haben muß. Das eine oder andere war dann auch sehr kurios zu lesen, sowie zB der Versuch, wo Hofrat Schneider und ich versucht haben in lateinischer Sprache miteinander zu diskutieren. Es war dann ein entfernter Verwandter dieser ehrwürdigen Sprache, die im Protokoll niedergeschrieben war, aber die schlechte Akustik verzeiht natürlich vieles.

Eine Reihe von Bürgermeistern ist vor mein Auge gezogen. Nicht nur der jetzige, den man den Beinamen „Der Eiserne“ gegeben hat, sondern ganz weit zurück bis ins Jahr 1973 habe ich geschaut, wo ich begonnen habe, da ist der wirkliche Vatertyp Fellingner vor mein Auge gekommen. Das war mein erster Bürgermeister und sein Magistratsdirektor hat Dr. Eder geheißen zu der Zeit, wo ich ins Rathaus gekommen bin. Fellingner hat als Vizebürgermeister an seiner Seite von der ÖVP aus anfangs den Leopold Petermayr gehabt. Fellingner wurde von Franz Weiß abgelöst, den ich nicht aus meinem Gedächtnis verdrängen kann. Sein Magistratsdirektor war Dr. Eder und später dann Hofrat Franz Knapp. Ein Mensch mit dem mich Freundschaft verbunden hat ist dem Franz Weiß nachgefolgt, nämlich Heinrich Schwarz. Mit ihm habe ich 6 Jahre lang versucht gemeinsam zu arbeiten. Diverse, lassen sie es mich Einflüsse nennen, haben uns zum Ende dieser 6 Jahre in gegenseitige eskalierende Mißverständnisse geführt, die uns Gott sei Dank als Menschen nicht nachhaltig getrennt haben. Da bin ich froh darüber. Dann kam Hermann Leithenmayr auch in einer nicht ganz unstürmischen Szene, wie ich mich erinnere, vor 4 Jahren und 10 Monaten als Bürgermeister in diese Stadt und es war eine Begegnung in der Pfarre Tabor, wo wir beide, Hermann

Leithenmayr und Karl Holub, beschlossen haben, wie erwachsene Menschen miteinander umzugehen. Ich denke, das war ein guter und würdiger Ort und ein guter und würdiger Entschluß und ich bin recht froh darüber, daß wir bei diesem Entschluß nachhaltig geblieben sind. Hermann Leithenmayr hat ihnen, meine Damen und Herren schon gesagt, daß ich mich entschuldigt habe, wenn ich mich im Ton vergriffen haben sollte. Ich stehe nicht an, das jetzt auch im Plenum zu machen. Wem das Herz voll ist, dem geht gelegentlich der Mund über. Es ist zwar nicht mein Eitelstreben danach, daß ich den größtmöglichen sprachlichen Effekt erziele, aber dann und wann fürchte ich, ist es mir doch nicht gelungen, die Verletzbarkeiten der Menschen in der letzten Ausformung zu beachten, wenn ihr hier gesprochen habt. Das tut mir leid. Ich entschuldige mich auch dafür. Der Blick in die Zukunft sollte uns noch vor einem zweiten Hintergrund möglich sein, habe ich mir gedacht. Ein weises Wort lautet: „Man kann nichts so Dummes sagen, daß es nicht ein Weiser schon vor einem gesagt hätte.“ Über dieses Wort kommt nach recht trefflich nachdenken, wieviel Weisheiten wir von uns geben, die vielleicht einmal in 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 Jahren ein nächster dumm gebraucht. Und wieviel Dummheiten, die wir heute erzählen, waren einem anderen die Weisheit seines Herzens.

In meinem Büro im Altersheim habe ich ein Plakat hängen, welches zu meinem eigenen Wahlspruch geworden ist. Es ist ein kleines Gebet, die meisten werden es dem Sinn nach ohnehin kennen. „Herr, gib mir die Kraft, Dinge zu verändern, die ich verändern kann, gib mir den Langmut, Dinge hinzunehmen, die ich nicht verändern kann und gib mir die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.“ Diese Weisheit ist einem nicht immer gegeben, weil man eben ein Mensch ist mit sehr vielen Schwächen und vielleicht der einen oder anderen Stärke. Jedenfalls habe ich mich schon sehr bemüht nach diesem Leitspruch zu leben. Die Stadt Steyr verdient sich einen GR der gut zusammenarbeitet, der den Blick für die Zukunft sich bewahrt und der dann nach Möglichkeit dem Leitspruch folge leistet, den ich ihnen gerade geschildert habe. Ich wünsche ihnen allen persönliches Wohlergehen, bedanke mich bei den Beamten des Hauses, die in überwiegender Mehrheit als sehr kooperative, wohlleistende, vorbildliche Menschen kennengelernt habe. Diejenigen, die ich bewußt ausnehme, wissen vermutlich, daß ich sie meine und sie, meine Damen und Herren, wissen vermutlich auch wen ich meine. Die Politiker im Haus sollten darüber nachdenken, ob die Schnelligkeit des Augenblickes wirklich die nachhaltigen Veränderungen für die Gesellschaft mitbringt, die die Gesellschaft so notwendig braucht. Die Politiker sollten darüber nachdenken, wie man die Idee, das Wollen, das Streben der politisch Andersdenkenden in ein gemeinsames Konzert einbinden kann und nicht in eine „quartfonie“ ausarten lassen kann. Bürgermeister Leithenmayr hat mir gesagt, es gibt eine ganze Reihe Sprüche von mir, die man durchaus herannehmen könnte. Ich glaube, das stimmt wirklich. Vielleicht mache ich mir eines Tages den Spaß und schreibe einmal ein kleines Buch über 23 Jahre im GR. Es wird nicht alles Spaß sein. Der Blick zurück zeigt dann die eine oder andere Wolke. Er zeigt auch die eine oder andere Auseinandersetzung. Aber er bringt einem, wenn man sich diese Auseinandersetzungen verinnerlicht, auch die Quellen der Auseinandersetzungen, die zum größten Teil Mißverständnisse sind, die daher rühren, weil wir nicht lernen miteinander zu reden. Oder, wenn wir miteinander nicht reden, nicht die Fähigkeit ausreichend entwickelt haben, einander zuzuhören. Zuzuhören nicht nur in dem Sinn, daß man weiß, was der andere von sich in Buchstaben gegeben hat, sondern welcher Sinn, welcher Geist, welche Einstellung dahinter steht. Wenn man den Kompromiß dann letztendlich als Ziel hat und auch kontrolliert, ob es wahrlich ein Kompromiß ist, den man gefunden hat, dann glaube ich, ist es um den inneren Frieden nicht gar so sehr in Besorgnis zu nehmen.

Ich habe vor einigen Tagen - die Steyrer Rundschau hat das dann zitiert - gesagt, daß man älter wird erkennt man nicht nur an der Anzahl der Falten, die man schlägt, sondern auch an der Anzahl der Kompromisse, die man einzugehen in der Lage ist, vielleicht auch gezwungen ist. Ich bin älter geworden. Ich bin jetzt 52 Jahre alt, und ich bin genau in einem so eigentümlichen Alter, wo man im Schützengraben drinnen ist. Heinrich Hofer hat das gestern in einem hervorragenden Vortrag beim Lions-Club über das Älterwerden so geschildert und ich zitiere ihn bewußt und bewegt. Er hat gemeint, man sitzt in diesem Alter zwischen den stürmenden Jungen und den noch Älteren, als noch nicht Alter, in einem Schützengraben. Über einem fliegen die Kugeln hin und her, daß es nur so eine Pracht ist, und man weiß nie so recht, wann der Augenblick ist, wo man den Kopf in die Höhe halten

soll, weil die anderen ja doch nicht aufhören. Den Blick nach Vorne zu richten heißt, unweigerlich sich mit der Tatsache abzufinden, daß man noch älter wird und dabei neue Sinne und neue Inhalte findet. Ich lege ihnen das sehr ans Herz, daß sie das nicht vergessen. Weil ich meine, daß wir gerade in der Politik auch die Kultur im Umgang mit den Anliegen der Älteren weiter entwickeln müssen und uns ständig hinterfragen müssen, wie weit wären wir mit den Bedingungen einverstanden, unter denen die jetzt Älteren leben müssen. Geben wir den jetzt Älteren den Respekt, den sie verdienen, und geben wir gemeinsam unserer Stadt Steyr, die wir lieben, unsere Arbeit. Ich wünsche ihnen alles Gute.

APPLAUS

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke Karl Holub. Er hat sich in seiner eigenen Weise auch heute vom GR verabschiedet, aber wir sind ja nicht aus der Welt. Wir werden uns oft genug begegnen und manche Initiative der ÖVP-Fraktion wird nachher auch noch deine Handschrift zeigen. Davon bin ich jetzt schon überzeugt.

Meine Damen und Herren. Die Zeit ist bewegt und eilt an uns vorbei. Wir müssen also auch in unserer Tagesordnung weiter gehen und hier kommt es nunmehr in der Nachfolge des Karl Holub zur Neuwahl für die Funktion eines Stadtrates.

Ich ersuche zur Durchführung der Wahlhandlung um die Teilnahme von 4 Wahlzeugen, wobei es in der Vergangenheit immer üblich war, das jeweils an Lebensjahren jüngste Mitglied jeder einzelnen Gemeinderatsfraktion mit dieser Funktion zu betrauen. Wenn sie diesem Vorschlag auch dieses Mal folgen möchten, so wären dies von der SPÖ-Fraktion Frau Gemeinderätin Ingrid Weixlberger, von der ÖVP-Fraktion Herr Gemeinderat Martin Randolph Eisner, von der F-Fraktion Herr Gemeinderat Günter Fürweger und von der GAL-Fraktion Herr Gemeinderat Marco Vanek. Wenn die Dame und Herren diese Funktion übernehmen, was ich hoffe, dann bitte ich, daß sie hier die Funktion als Stimmprüfer übernehmen und die Wahlhandlung überwachen.

Von der ÖVP-Fraktion wurde mir für die Wahl der Funktion eines Stadtrates Herr Gemeinderat Wilhelm Spöck statutengemäß, schriftlich versehen mit den erforderlichen Unterschriften, vorgeschlagen. Wahlberechtigt hiefür sind jedoch nur die Mitglieder der ÖVP-Gemeinderatsfraktion. Die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ist erforderlich. Ich bitte nunmehr, die Wahlhandlung durchzuführen und die Stimmprüfer, das Wahlergebnis zu ermitteln.

Herr Dr. Alphasamer ich bitte dich deines Amtes zu walten.

DIE MITGLIEDER DER ÖVP-GR-FRAKTION WERDEN IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE ZUR STIMMABGABE AUFGERUFEN. DIE STIMMPRÜFER ERMITTELN DAS WAHLERGEBNIS:

Meine Damen und Herren, das Ergebnis liegt vor. Es hat 6 abgegebene Stimmen gegeben. Alle Stimmen sind gültig, alle stimmen für den Stadtrat Wilhelm Spöck. Er ist somit gewählt. Ich gratuliere dem neu gewählten Stadtrat herzlich und ersuche ihn, zur Angelobung vorzutreten.

APPLAUS

Wir kommen nun zur Angelobung:

Die Gelöbnisformel für Stadträte lautet:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“

Ich ersuche Sie, Herr Stadtrat Spöck, dieses Gelöbnis abzulegen.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich herzlich und gratuliere ihnen auch herzlich und hoffe auf gute Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren wir kommen nun zu Pkt. 5 - Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse und der Änderung, die durch die Veränderung im GR notwendig wird. Bedingt durch den Wechsel in der ÖVP-Gemeinderatsfraktion und die Neuwahl des Herrn Stadtrates Wilhelm Spöck sowie die Angelobung des neuen Gemeinderates Martin Randolph Eisner ist auch eine Änderung in der personellen Zusammensetzung der Ausschüsse bei der ÖVP-Gemeinderatsfraktion notwendig. Es wurde mir ein entsprechender Wahlvorschlag für eine Neuwahl der Ausschußmitglieder seitens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion übermittelt, der auch ihnen, meine Damen und Herren des GR, vorliegt. In diesem sind bereits die Änderungen eingearbeitet. Über diesen neuen Vorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der ebenfalls nur die Mitglieder der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind.

Ich ersuche daher die Mitglieder der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Die Ausschüsse gelten somit in der vorgeschlagenen Form als einstimmig gewählt.

Wir haben auch noch eine Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstgebers im Personalbeirat zu vollziehen. Unter diesem Tagesordnungspunkt ist es auch bedingt durch die personellen Änderungen im Stadtsenat und im Gemeinderat notwendig, die Zusammensetzung der Vertreter des Dienstgebers im Personalbeirat zu beschließen.

Seitens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wurde mir hierfür ein Vorschlag übermittelt, der anstelle des ausscheidenden Herrn Stadtrates Wilhelm Spöck Herrn Gemeinderat Richard Gollatsch neu vorsieht.

Entsprechend den Bestimmungen des OÖ. Objektivierungsgesetzes ist der diesbezügliche Beschluß durch den gesamten Gemeinderat zu fassen.

Ich ersuche daher um die Abstimmung über die Neubestellung des Herrn Gemeinderates Richard Gollatsch zum Mitglied im Personalbeirat als Vertreter des Dienstgebers und bitte sie, wenn sie diesem Vorschlag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Danke vielmals. Ist jemand gegen diesen Vorschlag? Das ist nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall, daher ist Herr GR Richard Gollatsch einstimmig in den Personalbeirat gewählt.

Wir kommen zu Pkt. 7 - Behandlung von allfälligen Anfragen.

Herr Gemeinderat Arno Thummerer richtete mit Schreiben vom 5. 9. 1996 folgende schriftliche Anfrage an mich:

„Gem. § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stelle ich im Namen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion folgende schriftliche Anfrage an Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Die Stabsstelle für Controlling wurde 1993 geschaffen. Ihr ehemaliger Sekretär, Herr Augustin Zineder, wurde mit diesem Posten betraut und genoß infolge eine umfangreiche und für den Magistrat Steyr sehr kostenaufwendige Ausbildung zum Controller.

Nach bekannten Komplikationen mit dem Stabsstelleninhaber wurde dieser nun 1996 zum stellvertretenden Leiter in den Geschäftsbereich IV überstellt.

Meine konkreten Fragen an sie lauten:

1) Bezieht Herr Mag. A. Zineder weiterhin den Gehalt samt Zulagen als Leiter der Stabsstelle f. Controlling?

Wenn ja, wurde das von Ihnen beansprucht?

2) Gibt es weitere Mitarbeiter im Magistrat, die erhöhte Zulagen aufgrund einer vorhergehenden Position beziehen?

3) Der Dienstposten eines Controllers wurde neu besetzt, was hat sie dazu veranlaßt, vom Organisationsschema einer Stabsstelle abzugehen?“

Hiezu kann ich ihnen folgendes mitteilen Hr. Thummerer:

Die Versetzung von Herrn Zineder erfolgte nicht auf den Posten des stellvertretenden Leiters im Geschäftsbereich IV, sondern in eine Mitarbeiterfunktion. Die Beibehaltung seiner früheren Zulagen und Nebengebühren resultieren aus der Rechtslage des Beamtendienstrechtes, sowohl aus dem darin verankerten Versetzungsschutz, als auch den Maßnahmen im Zuge von Disziplinarverfahren. Die durchgeführte Gehaltskürzung durch das Disziplinarverfahren hat jedoch mit dem grundsätzlichen Einkommensgefüge nichts zu tun. Wäre die Versetzung durch den Mitarbeiter selbst beantragt worden, so wären selbstverständlich, so wie das auch bei anderen leitenden Bediensteten erfolgt ist, eine Anpassung im Einkommensgefüge erfolgt.

Zu 2)

Finanzielle Einbußen, die durch einseitige Versetzung seitens des Dienstgebers erfolgen, dürfen den

Bediensteten nicht belasten. Wie im vorigen Punkt angeführt, werden selbstverständlich Nebengebühren und Zulagen angepaßt, wenn die Versetzung über Wunsch des Bediensteten erfolgt. Nicht betroffen hiervon sind Funktionszulagen, d.h. wenn der Bedienstete eine Zulage kraft einer speziellen Funktion erhalten hat. Ausnahmen hiervon sind grundsätzlich möglich, nur ist in diesem Fall der Stadtsenat als beschlußfassendes Kollegialorgan zu befassen, so daß die entsprechende Deckung für eine derartige Vorgangsweise durch den Stadtsenat gegeben ist.

Zu 3)

Der Dienstposten des Controllers soll aufgrund eines Beschlusses in der Budgetklausurtagung neu besetzt werden. Aus diesem Grund ist auch die Ausschreibung dieses Postens erfolgt. Aufgrund der im ganzen Magistrat durchgeführten und auch weiter beabsichtigten und durchzuführenden Stellenreduzierungen scheint es zweckmäßig zu sein, den Dienstposten des Controllers mit dem des Kostenrechners zusammenzulegen. Die von ihnen, sehr geehrter Herr Gemeinderat, angesprochene Person ist zwar im Zuge eines Akademikertrainings, das vom österr. AMS durchgeführt wird, im Haus beschäftigt, steht jedoch derzeit nicht auf unserer Lohnliste. Damit das auch einmal klargestellt wird. Ob diese betreffende Person als Controller eingestellt wird, entscheidet der Stadtsenat in seiner nächsten Sitzung höchstwahrscheinlich.

Eine weitere Anfrage richtete Herr GR Arno Thummerer mit Datum vom 5. 9. 1996 an mich, sie lautet:

„Gemäß § 10 der Geschäftsordnung der Stadt Steyr stelle ich im Namen der Freiheitl. Gemeinderatsfraktion folgende schriftliche Anfrage an Herrn Bürgermeister Leithenmayr:

Die Europäische Staatengemeinschaft kommt mit einer Beamtenschaft von durchschnittlich 15 % aller Beschäftigten aus. In Österreich hingegen sind 21 % aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst, daher ist man bundesweit bestrebt, Stellen im öffentlichen Dienst einzusparen. In Steyr hingegen gehen die Zahlen offensichtlich anders.

Zur Beschaffung des Budgets 1995 hat man einstimmig einen Aufnahmestop beschlossen und es sollten alle Privatisierungsmöglichkeiten einzelner Bereiche des Magistrates Steyr überprüft werden.

Sinn und Absicht der gemeinsamen Budgetbeschlußfassung 1995 war, daß der Aufnahmestop bis auf weiteres, dh. nicht nur auf das Jahr 1995 beschränkt, gültig sein sollte.

Durch eine einseitige Rechtsauslegung werden jedoch gerade für Spitzenpositionen immer wieder neue Bedienstete aufgenommen.

Meine konkreten Fragen an sie lauten:

Warum werden Dienstposten nicht vermehrt durch Umgruppierungen im Hause nachbesetzt. (Personalentwicklung!)

Warum werden bzw. wurden zusätzliche Mitarbeiter eingestellt und diese Positionen am Personalanlaß im Stadtsenat vorbei, einseitig von ihnen vergeben (Stichwort Controller)?

Wird der durch Pensionierung freiwerdende Stellen innerhalb der Stabsstelle Presse und Information nachbesetzt?

Warum nimmt man dies nicht zum Anlaß, um Personal einzusparen?

Wie stellen sie sich die Nachbesetzung vor?“

Ich kann dazu folgendes sagen:

Es ist richtig, daß anlässlich der Beschlußfassung durch den Gemeinderat betreffend das Budget 1995 ein Aufnahmestopp beschlossen wurde, der eine Personaleinstellung nur dann zuließ, wenn eine einstimmige Beschlußfassung im Stadtsenat erfolgte. Diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren und Hr. GR. Thummerer, wurde lückenlos eingehalten, und das ist jederzeit überprüfbar. Die Beschlußfassung im Gemeinderat ist keine einseitige Rechtsauslegung, wie sie das festgestellt haben, sondern es ist eindeutig ersichtlich, daß es sich bei diesem Beschluß und bei dieser Bestimmung um einen integrierenden Bestandteil für das Budget 1995 gehandelt hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich feststellen, daß Personaleinstellungen ab dem Jahr 1996 ausschließlich im Sinne des OÖ. Objektivierungsgesetzes durchgeführt wurden, so daß jeweils der Personalbeirat als empfehlendes Organ bzw. als beschlußfassendes Organ der Stadtsenat mit der Einstellung befaßt wurde und es ist auf jeden Fall Sache des Stadtsenates, ob Personal eingestellt wird oder nicht. Was mit anderen Worten heißt, es ist ohne Personalbeirat und ohne Stadtsenat keine einzige Einstellung erfolgt. Damit das in dieser Klarheit beantwortet ist.

Zu den Fragen:

Die drastischen Personaleinsparungen - sowohl im Jahre 1995 als auch jetzt im Jahre 1996 - waren nur möglich, da die von ihnen angeführten Umgruppierungen im Hause durchgeführt wurden. In letzter Zeit wurden im speziellen durch hausinterne Umgruppierungen auch leitende Stellen nachbesetzt. Ich verweise darauf, daß das auf das Amt für Schule und Sport zutrifft als Fachabteilungsleiter oder auf das APT. Es gibt auch noch andere solche Stellen, die wir rundherum eigentlich, wenn es nur irgendwie möglich ist, aus dem Haus besetzen. Eine Voraussetzung, meine Damen und Herren, muß allerdings gegeben sein, nämlich daß wir die geforderte Qualifikation bei entsprechenden Mitarbeitern im Haus natürlich auch zur Verfügung haben. Letztendlich geht es ja darum, daß die Funktion dort in einer optimalen Weise auch von den betreffenden Stelleninhaber wahrgenommen werden kann. Wir greifen also nur dann auf externe Bewerber zurück, wenn hier diese Qualifikationen im Haus nicht vorhanden sind.

Die Vorgangsweise, welche Gremien bei der Einstellung bzw. Bestellung von leitenden Bediensteten zu befassen sind, ist nicht Sache der Stadt, sondern wird durch das OÖ. Objektivierungsgesetz, das ja ein Landesgesetz ist, geregelt und kann von der Stadt nicht willkürlich ausgelegt werden. Der angeführte Personalausschuß - richtig wohl Personalbeirat - ist für die Bestellung von leitenden Bediensteten nicht zuständig, so daß hierfür, sofern es um die Bestellung und Aufnahme geht, die Begutachtungskommission bzw. als Entscheidungsträger bei Einstellungen der Stadtsenat zum Zuge kommt. Das angeführte Stichwort „Controller“ geht an der Sache vorbei, da für die Besetzung des Dienstpostens des Controllers sehr wohl der Personalbeirat befaßt worden ist und am 3. Oktober 1996 der Stadtsenat befaßt wird. Daß bereits eine Frage in dieser Richtung aufgetaucht ist hängt damit zusammen, daß hier eben einer der Bewerber, der jetzt für die Besetzung dafür in Frage kommt, im Zuge eines Arbeitsmarkttrainings, eines Akademikertrainings des Arbeitsmarktes bereits im Hause tätig ist. Ich habe aber schon gesagt, das ist eine Leistung, die vom Arbeitsmarktservice hier durchgeführt wird und in anderen Betrieben wird auch Akademikertraining betrieben. Wir haben hier nach Prüfung festgestellt, daß dieser Mann von der Qualifikation her zum einen aber auch von den Gehaltsforderungen zum anderen der geeignete Bewerber wahrscheinlich ist. Daher wird der Stadtsenat darüber in seiner nächsten Sitzung zu beraten und zu beschließen haben.

Zur Frage Nachbesetzung - Presse und Information darf ich mitteilen, daß ja allgemein bekannt ist, daß der bisherige Leiter der Stabsstelle Presse und Information, Herr OAR. Kerbl, noch im heurigen Jahr ausscheidet. Auch dort lassen wir uns von dieser Sparphilosophie leiten und wollen hier diesen Posten nicht nachbesetzen. Allerdings muß bei dieser Gelegenheit auch gesagt werden und wir haben es auch mehrfach in anderen Gremien diskutiert, wissen wir nicht, ob wir das mit 2 Leuten in diesem Bereich, Presse und Information und Öffentlichkeitsarbeit durchhalten können. Wenn wir sehen, daß

zB nächste Woche die Oberösterreich-Vision sozusagen auf Sendung geht, daß es landesweit und noch dazu im Bezirk daneben kommunale Nachrichten geben wird und wer denn, als so eine Stelle, muß doch hier qualifizierte, autorisierte Meldungen, Informationen zusammenstellen, die über dieses neue Medium transportiert werden können. Ich möchte auch daran erinnern, daß natürlich auch beabsichtigt ist und wir beschlossen haben Standortmarketing, Stadt-Citymarketing zu betreiben, und daß natürlich auch in diesem Bereich eine intensive Zusammenarbeit mit dieser Stabsstelle gepflogen werden wird müssen. Zwangsläufig wird das also so sein. Wir strengen uns sehr an, es ist eine große Anspannung drinnen. Aber ich darf doch erinnern, daß es in Österreich einen Gebührenurlaub gibt, und daß auch einmal jemand krank werden kann, und wenn von 2 Personen jemand ausfällt oder gar alle beide, dann ist in diesem Bereich wahrscheinlich ein gewisser Handlungsbedarf gegeben. Das will ich ehrlichkeithalber sagen. Es ist mit den beiden Dienstnehmern vereinbart, daß wir jedenfalls jetzt keine Nachbesetzung durchführen.

Spargedanke soll umgesetzt werden.

Eine weitere Anfrage richtete Frau Gemeinderätin Anna Jeloucan an mich und ersuchte um Weiterleitung und Beantwortung durch den Verkehrsreferenten, Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

Herr Vizebürgermeister ich würde sie bitten, nunmehr die Verlesung dieser Frage bzw. die Beantwortung vorzunehmen:

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH TRIFFT UM 15.00 UHR EIN.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir sind heute nicht im Verkehrsausschuß. Gemeinderat ist heute, das möchte ich nur klarstellen. Offensichtlich hat heute hier jemand den Ausschuß verwechselt.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gem. § 12 (2) des Statutes für die Stadt Steyr und § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stelle ich folgende Anfrage und ersuche um Weiterleitung sowie Beantwortung durch den Verkehrsreferenten der Stadt Steyr, Herrn Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil, in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 26. September 1996:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister!

Es ist verwunderlich und oft auch zum Ärgern, wenn man in den Abendstunden in Steyr mit Verkehrslichtsignalanlagen geregelte Kreuzungen befährt. Einige sind gelb blinkend gestellt, viele in Betrieb. Ich frage mich, welches System sie bei der Schaltung der Verkehrslichtsignalanlagen verfolgen.

So war am 20. 6. 1996 d. J. um 21.15 Uhr die Verkehrslichtsignalanlage Ennser Straße - Haushoferstraße eingeschaltet. Eingeschaltet waren auch die Kreuzungen Ennserstraße - Resselstraße (Fußgeher), Taborspinne, Porschestraße, Blümelhuberberg.

Ausgeschaltet war am 20. 6. d. J. um 23.00 Uhr die Kreuzung Ennserstraße - Siemensstraße sowie auch die Kreuzungen Haratzmüllerstraße, Stadtbad und Plenkberg.

Am 25. 6. 1996, 21.15 Uhr, waren eingeschaltet:

Forum: Werndlstraße - Tomitzstraße

Bahnhofstraße - Pachergasse

Johannesgasse - Pachergasse

Am 25. 6. 1996, 21.15 Uhr, waren ausgeschaltet:

Eybl: Tomitzstraße - Dukartstraße

Sommerhuber: Pachergasse - Dr. Klotzstraße

Haratzmüllerstraße - Stadtbad - Plenklberg

Am 29. 6. 1996, 21.30 Uhr, waren eingeschaltet:

Taborspinne

Porschestraße

Posthofberg

Am 29. 6. 1996, 21.30 Uhr, waren ausgeschaltet:

Annaberg

Seifentruhe

Wolfernstraße - Kaserngasse

Tankstelle Paulmayrstraße

Haratzmüllerstraße

Stadtbad

Plenklberg

Am 22. 8. 1996, 24.00 Uhr, waren eingeschaltet:

Ennser Straße - Haushoferstraße

(Fußgeher) Ennser Straße - Resselstraße

Taborspinne

Porschestraße

Blümelhuberberg

Am 22. 8. 1996, 24.00 Uhr, waren ausgeschaltet:

Haratzmüllerstraße

Stadtbad

Plenklberg

Ist das ihr System zur Beschleunigung des Verkehrs in den Abend- und Nachtstunden?

Ich ersuche sie, ihre Gründe für die angeführten Schaltungen anzugeben.“

Mit freundlichen Grüßen Anna Jeloucan!

Sehr geehrte Frau GR Jeloucan!

Ich möchte ihnen ganz kurz meine persönliche Meinung zu den Verkehrslichtsignalanlagen in der Stadt in der Nacht geben.

Zuerst herrscht das Gebot der Sicherheit und in zweiter Linie die Flüssigkeit des Verkehrs, nicht die Beschleunigung des Verkehrs. Das ist eine Unterstellung, die ich nicht auf mich nehme, denn wir haben kein Interesse, daß der Verkehr in der Nacht unmäßig beschleunigt wird. Wir wollen, und das ist eine verkehrspolitische Absicht und ich glaube, hier haben wir keine Schwierigkeit oder unterschiedliche Auffassung im Verkehrsausschuß, den Verkehr in der Nacht verflüssigen, aber nicht um den Preis der Sicherheit. Ich habe mich auch deshalb nie und ich werde mich auch nie politisch in die Schaltung einer Verkehrslichtsignalanlage einschalten. Da gibt es Fachbeamte dazu, die das besser können und die selbstverständlich auch darüber berichten. Man wird natürlich immer wieder nachjustieren müssen. Ich habe mich persönlich eingeschaltet, wo es Probleme gegeben hat, wie zB bei der Tomitzstraße und Werndlstraße. Hier gibt es die berühmte Forumkreuzung. Da hat es auch im letzten Jahr immer wieder Probleme in den Nachtstunden, aber besonders in den Abendstunden gegeben. Ich weiß nicht warum, aber das ist mit Recht immer wieder kritisiert worden. Hier war voriges Jahr und vor zwei Jahren im Sommer plötzlich immer eine extrem kurze Grünphase, dh., es kamen max. 2 Autos über die Kreuzung drüber und wenn eine Veranstaltung zu Ende war, sind sie teilweise bis zum Wehrgraben hinunter gestanden. Das hat böses Blut gegeben und es ist wirklich nicht leicht gewesen, das aus der Welt zu schaffen, obwohl man glauben hätte müssen, daß es leicht gewesen wäre. Ich möchte ihnen aber nicht die Stellungnahme des Fachmannes verheimlichen. Hr. Ing. Hutter hat heute über die MD - dieses Schreiben hat mich heute erreicht - seine Stellungnahme als Fachmann abgegeben.

FRAU VIZEBÜRGERMEISTER FRIEDERIKE MACH UND HERR STADTRAT ROMAN EICHHÜBL VERLASSEN UM 15.08 UHR DIE SITZUNG.

Zur Anfrage von GR Anna Jeloucan wurde folgender Sachverhalt erwogen. Ich muß das so genau machen, weil sie haben das auch so genau angeführt und die tatsächlichen festgelegten Schaltungen möchte ich ihnen damit bekanntgeben:

Verkehrslichtsignalanlagen:

Ennserknoten 05:30 bis 24:00 Uhr

Porschestraße 05:30 bis 21:00 Uhr

Posthofstraße 05:30 bis 24:00 Uhr

Resselstraße 05:30 bis 24:00 Uhr

Neumannstraße 05:30 bis 21:00 Uhr

Siemensstraße 05:30 bis 21:00 Uhr

Paulmayrstraße 05:30 bis 21:00 Uhr

Wolfernstraße 05:30 bis 21:00 Uhr

Kaserngasse 00:00 bis 24:00 Uhr

Wiesenberg 05:30 bis 21:00 Uhr

Schwimmschulstraße 05:30 bis 20:30 Uhr

St. Anna 05:30 bis 21:00 Uhr

Werndlstraße 00:00 bis 24:00 Uhr

T- Knoten (Eybl) 05:30 bis 21:00 Uhr

Bahnhofstraße 00:00 bis 24:00 Uhr

Johannesgasse 05:30 bis 21:00 Uhr

Klotzstraße 05:30 bis 21:00 Uhr

Grenzgasse 05:30 bis 21:00 Uhr

Seitenstettnerstraße 05:30 bis 21:00 Uhr

Plenklberg Mo. - Fr. 05:00 bis 21:00 Uhr

Plenklberg Sa. 05:00 bis 13:30 Uhr

Die morgendlichen Einschaltzeiten sind durch die Schichtbeginne der Industrie erforderlich, da in diesen Unternehmen in der Regel um 06:00 Uhr Dienstbeginn (Frühschicht) ist. Die Ausschaltzeiten am Abend richten sich nach den von der Bundespolizeidirektion erhobenen Unfallstatistiken.

Die Verkehrslichtsignalanlagen Werndlstraße, Bahnhofstraße u. Kaserngasse wurden nach zahlreichen schweren Verkehrsunfällen auf Dauerbetrieb umgestellt.

Im Rahmen der Verkehrssicherheitsaktion -10% des Kuratoriums für Verkehrssicherheit wurde auch die Unfallsituation in Steyr eingehend untersucht (Unfallstatistik der BPD- Steyr) und als Folge davon, durch die Bundesstraßenverwaltung die Betriebszeiten der Verkehrslichtsignalanlagen Ennserknoten und Resselstraße bis 24:00 Uhr ausgedehnt.

Wie aus dem vorstehenden Bericht hervorgeht, handelt es sich bei den Betriebszeiten der Verkehrslichtsignalanlagen um bewußt festgelegte Schaltzeiten. Allfällige Abweichungen können jedoch immer wieder vorkommen, da durch Gangabweichungen der verwendeten Schaltuhren kleine Zeitdifferenzen entstehen können.

Das ist das eine. Zum anderen wissen sie vielleicht aus den Besprechungen, daß sehr viele unserer Verkehrslichtsignalanlagen relativ stark veraltet sind, und daß eine große Menge unbedingt renovierungs- und erneuerungsbedürftig sind. Renovieren geht gar nicht mehr, man bekommt teilweise gar nicht mehr die Ersatzteile dafür. Das ist ein Problem, wo sich der Verkehrsausschuß mit dem Programm „Verbesserung der Verkehrslichtsignalanlagen“ eben auseinandersetzt. Ich möchte ihnen, Frau Jeloucan, aber auch diesbezüglich - weil es mir wirklich wichtig erscheint und das Thema Sicherheit hier im Vordergrund steht - auch die Stellungnahme der Bundespolizei nicht vorenthalten.

Bei der Prüfung der Frage, ob eine Verkehrsampel zur Nachtzeit abgeschaltet werden soll oder nicht muß bewußt sein, daß hier ein Spannungsverhältnis zwischen den Belangen der Verkehrssicherheit einerseits und das Interesse an der Flüssigkeit des Verkehrs andererseits besteht. Fraglos wird die Flüssigkeit des Verkehrs in den überwiegenden Fällen durch die Abschaltung einer Verkehrsampel gefördert. Ebenso unbestritten ist aber, daß in diesem Fall die Verkehrssicherheit im erhöhten Maße gefährdet wird. Die BPD Steyr hat daher, gestützt auf Erfahrungswerte und Verkehrsunfallstatistik, immer wieder entsprechende Anträge an die zuständige Stelle des Magistrates Steyr gestellt. So wurde zB die Verkehrsampel zur Nachtzeit bei den Kreuzungen Tomitzstraße - Werndlstraße und Rooseveltgasse - Kaserngasse vor einigen Jahren wieder durchgehend geschaltet, weil eine übergroße Anzahl von schweren Verkehrsunfällen dies geboten erscheinen ließen. Als objektive Kriterien für die Entscheidungsfindung dienen die Fahrzeugfrequenz, die Übersichtlichkeit der Kreuzung, Fahrgewohnheiten der einheimischen Bevölkerung und vor allem die monatlich erstellte Verkehrsunfallstatistik. Der beigelegten Verkehrsunfallstatistik 1995 kann entnommen werden, daß die jahrelang unfallträchtigste Straßenkreuzung Tomitzstraße - Werndlstraße nur mehr im unteren Bereich der Statistik aufscheint.

Soweit die Antwort auf ihre Frage. Ich stehe ihnen, Frau Jeloucan, selbstverständlich gerne jederzeit hier mit einer Nachfrage gerne zur Verfügung, aber ich glaube, es wäre günstiger, wenn wir das im Verkehrsausschuß besprechen würden. Vielleicht haben sie Gelegenheit, ich lade sie auch als Gast ein, wenn ihre Fraktion sie nicht nominiert oder keinen Stellvertreter in den Ausschuß entsendet, und ich würde mich freuen, sie als Gast im Verkehrsausschuß einmal begrüßen zu können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke Herr Dr. Pfeil. Ich hoffe, daß die Frage zunächst ausreichend beantwortet ist, oder gibt es noch eine Zusatzfrage? Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN ANNA JELOUCAN:

Herr Dr. Pfeil, ihre Antwort finde ich auch sehr ausführlich, so wie meine Fragestellung auch im Grunde genommen war. Ich kann mir das nicht gut vorstellen, wenn eine Kreuzung, wie Ennsnerstraße, ausgeschaltet ist und zur selben Zeit die Haushoferstraße eingeschaltet ist. Hier sehe ich nicht die Flüssigkeit, die sie soeben dargestellt haben. Ich hoffe und ich fordere sie trotzdem auf, den Autoverkehr in Steyr so flüssig zu regeln, daß er wirklich auch flüssig zu fahren ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte hier noch eine kurze Antwort auf die Frage geben. Ich kann mich nur wiederholen. In erster Linie steht nicht die Flüssigkeit am Programm, sondern die Verkehrssicherheit. Und wenn es

aus gegebenen Umständen geboten erscheint diese Kreuzung nicht auszuschalten, wir haben uns alle Kreuzungen angesehen, dann werden wir sie nicht ausschalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ihr werdet noch weiter diskutieren müssen, so habe ich den Eindruck.

Meine Damen und Herren, damit sind die Anfragen beantwortet worden, so gut es uns möglich war. Zu Pkt. 8 - Mitteilungen des Bürgermeisters - werde ich mich bemühen, das kurz zu machen.

Erfreulich ist zu Berichten, was zum Teil über die Medien transportiert wurde, daß unsere Fachhochschulbemühungen recht erfolgreich verlaufen. Daß nämlich hier auch für das zweite Studienjahr ein enormer Andrang an Bewerbern vorhanden ist. 90 Bewerbungen, nur 60 können aufgenommen werden. Wir werden immerhin im nächsten Studienjahr ab Oktober bereits über 100 Studenten bei uns im Steyrer Wehrgraben haben. Insgesamt 33 Professoren sind bereits tätig. In 4 Jahren, also im Studienjahr 2000 - 2001, wird es also insgesamt 300 - 320 Studenten und 80 haupt- und nebenberufliche Professoren geben. Dazu möchte ich noch sagen, daß wir uns beim Baufortschritt im Rahmen des Ausbaues des Gebäudes und der FAZAT-Baulichkeiten am Hackspitz im Plan befinden und die Fachhochschule und VPTÖ errichtet wird, und jedenfalls schon im Studienjahr 1998 bezugsfertig sein soll. Wir haben, und das möchte ich auch im GR berichten, uns abgestimmt auch auf der Ebene des Stadtsenates, daß wir uns um einen weiteren Studiengang bemühen. Hier bietet sich die Gelegenheit an für Berufstätige einen sogenannten Produktions- und Managementtechnologie-Telestudiengang durchzuführen, d.h. unter Zuhilfenahme des Regionalinformationssystems und dieser Telekommunikationsmöglichkeiten können wir auch ein Fernstudium anbieten. Die Studenten müßten nur zu Blockzeiten nach Steyr kommen. Das ganze könnte sehr kostengünstig deswegen dargestellt werden, weil man nicht 1 : 1 die Räumlichkeiten schaffen muß und auch das Lehrpersonal durch eine Ausweitung ihrer Dienstzeit nicht 1 : 1 aufgestockt werden müßte. Wir rechnen uns Chancen aus, daß das beim Land und auch beim Bund auf guten Boden fällt und wir hier unserem Ziel, eigener Fachhochschulstandort zu werden, näher kommen.

Meine Damen und Herren, erfreulich ist die Entwicklung auch bei den Gewerbebeanmeldungen. Wir wissen, daß es sich dabei erst um kleine Betriebe handelt, aber immerhin können wir feststellen, daß sich die positive Entwicklung des Vorjahres auch heuer wieder so niederschlägt, und daß wir hier bereits im heurigen Jahr 142 neue Gewerbeberechtigungen vergeben haben, 73 Gewerbe wurden abgemeldet. Es ergibt hier einen Nettozuwachs von 64 zusätzlich Gewerbeausübungen, die es hier in der Stadt gibt und wir erwarten, daß wir, wie im Vorjahr, auf jeden Fall auf die 100 oder leicht darüber kommen.

Betreffend der Errichtung der GSM-Sendeanlage haben wir hier einen Beschluß im letzten GR im Sommer gefaßt, eine Resolution beschlossen. Ich darf ihnen mitteilen, daß ich mich mit dem Präsidenten der OÖ Post, Herrn Mag. Siegfried Lackinger, ins Einvernehmen gesetzt habe, ihm die Ängste und Besorgnisse der Bevölkerung nähergebracht habe und er mir zugesagt hat, daß er diese Standortfrage noch einmal überprüfen läßt und bemüht ist, hier einen geeigneten Standort zu finden, der sowohl technisch möglich ist, natürlich auch aus ihrer Sicht wirtschaftlich und der hier in der entsprechenden Entfernung von der Anrainerwohnbevölkerung zum liegen kommt.

Die Stadt Steyr ist hier Anschlußnehmer am Internet. Wir haben also auch diese Telekommunikationsmöglichkeit hier bereits erschlossen und uns in dieses Netz eingeklinkt. Es ist vielleicht in diesem Zusammenhang interessant, daß 25 % der österr. Gemeinden einen Internetanschluß haben, und daß wir jedenfalls dazugehören und die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, auch ausschöpfen können.

Wir sind dabei, meine Damen und Herren, die Arbeiten über ein Stadtmarketingkonzept voranzutreiben und es ist so, daß wir hier ein solches Leitbild erarbeitet haben. Hier haben sich Fachleute, Wirtschaftstreibende, Experten aus Tourismus und Gastronomie, Mitarbeiter aus Ämtern und Behörden und anderen gesellschaftlichen Bereichen ein Jahr zusammengesetzt. Wir haben im Kreis der Fraktionsvorsitzenden beschlossen S 1,5 Mio. heuer noch dafür locker zu machen und es geht jetzt darum, hier qualifizierte Unternehmungen, die ein solches Konzept erstellen können - Agenturen sozusagen - eingeladen werden, oder daß hier dann auch ein entsprechendes Konzept ausgewählt wird, das dann auch umgesetzt werden soll. Die Vorarbeiten sollen heuer noch geschehen, die Vergabe soll auch geschehen und das ganze müßte zum neuen Jahr auch in die Tat umgesetzt werden.

Ich darf berichten, daß - wer nicht selbst das gesehen hat - der Tag der offenen Tür beim Steyrer Magistrat eigentlich sehr erfolgreich verlaufen ist, daß sehr viele Menschen sich dafür interessiert haben und hier besonders in den Bereichen, welche die neuen Bauvorhaben, Projekte etc. betreffen, teilweise richtige Massenansammlungen stattgefunden haben. Auch die Außendienststellen sind hier sehr gut besucht worden und ich glaube, es ist wichtig, daß sich auch der Dienstleistungsbetrieb „Magistrat“ entsprechend präsentiert, und das ist, glaube ich, in diesem Zusammenhang geschehen.

Erfreulich ist auch zu berichten, daß wir entgegen dem österreichischen Trend ein sehr gutes Tourismusjahr zustande bringen werden. Die Steigerung bei den Nächtigungen 6,5 % ist also wirklich diametral entgegengesetzt den Auswirkungen des Tourismussektors generell und in den meisten anderen Bereichen. Wir liegen hier ausgezeichnet und haben hier Grund zur Freude, daß unsere Bemühungen auf diesem Sektor nunmehr auch Erfolg zeitigen.

Die erfreulichste Mitteilung, die heute auch in einem Dringlichkeitsantrag zur Behandlung kommt, ist die, daß wir nunmehr gestern bei einer Versteigerung des „Röderhauses“ für die Schaffung von Raum für das Jugendkulturzentrums erfolgreich gewesen sind und zum Mindestgebot diese Liegenschaft mit dem Objekt erwerben konnten.

Es war natürlich nicht so ganz einfach, wie sich das nach einen oder zwei Sätzen anhört. Es hat natürlich andere Interessenten gegeben, die hier auch Mitbieter gewesen wären bzw. auch sind. Wir haben hier im Vorfeld recht intensive Verhandlungen durchgeführt mit diesen Interessenten und sind hier doch zu dem Ergebnis gekommen, daß wir von diesem Rufpreis von S 4,1 Mio. dieses Haus erwerben können. Dazu liegt ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag vor, über den ich froh bin und wo ich bitte, daß wir das dann nach Debatte auch beschließen werden.

Besonders erfreulich ist natürlich, weil das Haus nur ein Problem ist, aber die Finanzierung ein anderes und ein zusätzliches Problem, das uns natürlich belastet hat, daß es möglich geworden ist nahezu Zeitgleich einem Interessenten an diesem „Röderhaus“ die Möglichkeiten, die sich für eine Betriebsgründung hier in unserer ehemaligen Busgarage ergeben, in einer so geeigneten Weise näherzubringen, daß hier die Busgarage eben an die Fa. Strauß verkauft werden kann. Daß dieser Abschluß an und für sich perfekt ist, natürlich vorbehaltlich der Zustimmung in den entsprechenden Gremien, und zwar zu einem Preis, der auch unseren Erwartungen, unseren Verkaufserwartungen entspricht, so daß aus diesem Titel auch

ZWISCHENRUF:

Wird hier nichts mehr ausgeschrieben?

Nein, hier wird nichts mehr ausgeschrieben. Es war ja erklärte Absicht dieses Haus zu verwerten.

Wir können über das diskutieren. Es wird ja ein eigenes Prozedere sein. Das wird ja über Amtsberichte in den Stadtsenat gehen und natürlich in die Fraktionen und natürlich in den GR. Aber irgend jemand muß ja verhandeln, Hr. Fürweger, und es ist ja bemerkenswert, wie sie schon wieder dagegen sind, obwohl sie noch nicht einmal den Kaufpreis wissen. Es ist wirklich bemerkenswert. Auf diese Art und Weise ist es sehr schwierig im Sinne der Gemeinde wirklich tätig zu werden. Jugendkultur - dazu stehen, ein Haus dafür zu kaufen, das Geld dafür auch zu beschaffen und das alles zu tun im Sinne dessen, was die Grundlinie im Stadtsenat und bei den Budgetgesprächen war, Hr. Kollege Fürweger, das bedarf dann intensiver Gespräche geeignete Interessenten zu finden, und das alles dann auch noch in der Zeit über die Runden zu bringen. Das ist eigentlich aus meiner Sicht erfreulich und ich hoffe, daß auch die meisten Mitglieder des GR es so sehen. Das wollte ich zum Schluß berichten.

APPLAUS

Einige Sätze noch zum Arbeitsmarkt, der natürlich auch Sorgen bereitet, aber doch insgesamt betrachtet auch zeigt, daß hier auch Verbesserungen eingetreten sind und möglich erscheinen. Wir haben gegenwärtig 2906 Arbeitslose Ende August gemeldet. Die Arbeitslosenquote ist 6,9 %, das sind immerhin um 1,4 % weniger als ein Jahr zuvor. Es ist so, daß 1299 Männer und 1607 Frauen arbeitslos gemeldet sind. Sorgen bereitet der Lehrlingsmarkt. Es gibt hier 203 Lehrstellensuchende. Das sind um 76 % mehr als ein Jahr zuvor. Ich habe gerade im Vorfeld der Sitzung erfahren, daß das Arbeitsmarktservice hier vor Ort auch aktiv wird und hier diese Minderaufnahme in der Lehrwerkstätte der Steyr Nutzfahrzeuge AG auch zum Anlaß nimmt, um in dieser Lehrwerkstätte zusätzliche Lehrlinge auszubilden. Ich begrüße das außerordentlich. Ich habe in dieser Angelegenheit auch an alle maßgeblichen Politiker in OÖ, aber auch auf Bundesebene Briefe geschrieben und aufmerksam gemacht, daß natürlich hier eine kürzere, kleinere Zahl von Ausbildungsplätzen im Bereich der gewerblichen Berufe auf die Dauer zu einem massiven Defizit einer Verminderung der Attraktivität des Standortes führen würde. Wir haben hier die Investitionen der großen europäischen Konzerne dem Umstand zu verdanken, daß hier ausreichend qualifizierte Menschen vorhanden sind, und wir dürfen es nicht bei den Bemühungen der schulischen Ausbildung alleine belassen, sondern müssen auch gerade die Ausbildung in Lehrberufen entsprechend weiter mit Nachdruck betreiben. Es liegt uns dann auch noch ein Antrag zu diesem Thema vor, wo wir im Haus dazu etwas zu diskutieren haben werden.

Meine Damen und Herren, das waren hier die Berichte des Bürgermeisters. Ich ersuche sie nunmehr unter Pkt. 9 die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen, die mit den Unterlagen zugegangen sind. Wir kommen zum Pkt. 10, nämlich Behandlung der Verhandlungsgegenstände und dazu darf ich mitteilen, daß mir 3 Dringlichkeitsanträge zugegangen sind. Ein gemeinsamer Antrag, den ich bereits angesprochen habe, betrifft hier den Ankauf des „Röderhauses“ um S 4,1 Mio. zuzüglich der Rechtsanwaltskosten, Vorsteuerrückverrechnung, Grunderwerbssteuer, Eintragungsgebühr, notarielle Beglaubigung, zusammen S 300.000,--, also insgesamt S 4,4 Mio. Hier kann auch dann gleich über die Bedeckungsvorschläge debattiert werden. Es ist nämlich hier auch vorgesehen aus dem Verkauf der Busgarage den größten Teil der Bedeckung dieser zusätzlichen, außerplanmäßigen Ausgabe zu finanzieren. Das ist der erste Dringlichkeitsantrag, der gemeinsame, der vorliegt. Ich gehe davon aus, daß diesem Antrag jedenfalls einmal die Dringlichkeit zuerkannt wird, und wenn das so ist, dann bitte ich sie um ein Zeichen. Es wird das als erster Tagesordnungspunkt behandelt.

Danke sehr. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt.

Es sind mir zwei Dringlichkeitsanträge der Freiheitlichen Fraktion zugegangen. Der zweite

Dringlichkeitsantrag ist ebenfalls ordnungsgemäß eingereicht und unterstützt. Es ist hier vorgesehen, daß der Bürgermeister die zuständigen Organe und Dienststellen spätestens mit Beginn des nächsten Berufschuljahres beauftragt, im Magistrat Lehrstellen für die Ausbildung zum Bürokaufmann sowie zu handwerklichen Berufen im Dienstleistungsbereich zu schaffen. Die Begründung lautet: Die Bereitschaft von Unternehmen Lehrlinge auszubilden, nimmt seit geraumer Zeit ständig ab. Selbst die einst größte Lehrlingsausbildungsstätte in der Stadt Steyr (em. Steyr-Daimler-Puch AG) geht einer ungewissen Zukunft entgegen. Diese Entwicklung führt in wirtschaftlich angespannten Zeiten zu einem Anstieg der (verdeckten) Jugendarbeitslosigkeit mit all ihren negativen Auswirkungen. Die sozialen Folgeprobleme wird man nicht alleine mit der Errichtung eines Jugendkulturhauses in den Griff bekommen. Denn so begrüßenswert es ist, sich der Freizeitbedürfnisse von Jugendlichen anzunehmen, so sehr muß es ein Anliegen der Gesellschaft und des Gemeinwesens sein, Schulabgängern berufliche Zukunftsperspektiven zu bieten. Die Stadt sollte dabei mit gutem Beispiel vorangehen und eine alte Tradition wieder aufnehmen.

Dieser Antrag steht ebenfalls zur Debatte bzw. zur Abstimmung, ob ihm die Dringlichkeit zuerkannt wird. Ich erteile Herrn StR. Spanring das Wort zur Geschäftsordnung.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich möchte den Antrag stellen, daß beide Dringlichkeitsanträge zuerkannt werden und diese auch zu besprechen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das heißt, du sagst, wenn ich dich richtig verstanden habe, wir sollten namens der sozialdemokratischen Fraktion beiden Anträgen die Dringlichkeit zuerkennen und stellst den Antrag eine kurze Sitzungsunterbrechung zur Beratung anzuberaumen. Gehen wir so vor, wenn das hier allgemeine Meinung ist.

Zunächst zur Dringlichkeit selber, Hr. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Dringlichkeit selber: Dieser Antrag spricht für sich, und auch aus den Wortmeldungen des Hrn. Bürgermeisters am Anfang haben wir gehört, dieses Problem „brennt“ unter den Nägeln in der Gesellschaft. Wir haben extremen Nachholbedarf im Bereich der Lehrlingsausbildung aber auch generell in der Ausbildung der jugendlichen Menschen. Auch ein Studium ist nicht mehr der Garant dafür, daß man dann im Abschluß dessen einen gesicherten Beruf bekommt, aber hier in diesem Bereich haben wir in OÖ und besonders in der Stadt Steyr einen Nachholbedarf. Deshalb würde ich sie wirklich dringend ersuchen, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Wir haben 900 arbeitslose Lehrlingssuchende in OÖ. Es ist auch deshalb dringlich, weil das natürlich in den Vorberatungen für das Budget der Stadt Steyr auch seinen Niederschlag finden muß.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Will noch jemand zur Dringlichkeit sprechen? Wenn nein, dann kommen wir gleich zur

Abstimmung, ob dem Antrag - Überlegungen Aufnahme von Lehrlingen beim Magistrat - die Dringlichkeit zuerkannt wird und wer das tut, den bitte ich um ein Zeichen.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF:

Ich schlage vor, daß wir die Anträge am Beginn der Sitzung behandeln, weil dem einen haben wir auch schon die Dringlichkeit einstimmig gegeben, bei Einstimmigkeit am Beginn der Sitzung. Ich würde sagen, daß wir diese drei Anträge am Beginn der Sitzung behandeln und dann die normale Tagesordnung. Wir können nicht den einen Antrag am Beginn der Sitzung machen und die anderen Anträge an Ende der Sitzung. Da wäre ich schon für eine gewisse Systematik.

ZWISCHENRUF:

Alle am Ende der Sitzung machen?

Da habe ich die Befürchtung, daß uns dann das Quorum vielleicht fehlt dann, weil heute ist das gar nicht so leicht.

Wer dafür ist, daß man diesem Antrag auch die Dringlichkeit zuerkennt mit der Maßgabe, daß wir die Dringlichkeitsanträge am Beginn der Sitzung durchführen, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Keine Gegenstimme. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Auch diesem Antrag ist die Dringlichkeit zuerkannt und er wird an zweiter Stelle behandelt.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag liegt vor. Er lautet folgendermaßen und ist ausreichend unterstützt:

Beförderungen innerhalb des Hoheitsbereiches des Magistrates Steyr werden innerhalb von befristeten Bestellungen nicht mehr durchgeführt.

Zulagen, die im Rahmen einer befristeten Verwendung gewährt werden, werden grundsätzlich nur mehr auf den Verwendungszeitraum ausgesprochen.

Begründung: Durch Personalrochaden der letzten Jahre und insbesondere im letzten Sommer, kommt es zu jenen unerfreulichen Situationen, daß Bedienstete für einen höheren Dienstposten bezahlt werden, den sie jedoch nicht ausüben. Ähnlich verhält es sich auch mit den Zulagen.

In diesem Fall ist natürlich auch die Frage zu prüfen, ob diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird. Gefahr in Verzug sehe ich in diesem Zusammenhang nicht unmittelbar, wenn ich mir das selber erlauben darf. Herr Dr., zur Dringlichkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, hier sehe ich schon Gefahr in Verzug. Gerade bei den Bestellungen der letzten Monate und Wochen ist es dringsten notwendig einmal im GR einen Grundsatzbeschuß

diesbezüglich zu fassen. Ich ersuche sie nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Punkt 1) das Wort im ersten Satz „des Hoheitsbereiches“ zu streichen. Danke. Die beiden Wörter „des Hoheitsbereiches“.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

„Beförderungen“ - wie heißt das - „innerhalb des Hoheitsbereiches“?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es soll heißen „Beförderungen innerhalb des Magistrates“.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

„Hoheitsbereiches“ streichen! Wünscht noch jemand zur Dringlichkeit das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wird diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt? Wenn ja, dann geben sie bitte ein Zeichen der Zustimmung. Wer stimmt gegen den Antrag? 15 :15 - Dartsituation. Der Antrag hat keine Mehrheit. Dem Antrag ist die Dringlichkeit daher nicht zuerkannt. Aber natürlich kann man jederzeit darüber

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der kommt automatisch auf die Sitzung der nächsten Tagesordnung drauf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

.....das Gespräch führen. In Wahrheit wird es im Pkt. 2) ja sowieso gemacht und die Frage der Beförderung während befristeter Zeiten, das ist ja ein Minderheitenprogramm. Das muß man sich ja bei Einstellungen wirklich anschauen. Ich habe gar nichts dagegen. Aber ich sehe die Dringlichkeit dieser Angelegenheit nicht unbedingt, nachdem sowieso dauernd Gespräche über Beförderungslinien laufen.

Meine Herrschaften, wir unterbrechen die Sitzung, wie beantragt, für 15 Minuten.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 15.40 BIS 16.00 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte die Plätze einzunehmen. Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung

wieder auf und gehen zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages Nr. I. Ich darf diesen kurz zum Vortrag bringen, er lautet:

Herr Bürgermeister!

Die unterfertigten Mitglieder des GR der Stadt Steyr erlauben sich höflich, gem. § 7 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr folgenden DRINGLICHKEITSANTRAG einzu- bringen:

Entsprechend des gem. § 47 Abs. 5 Statut für die Stadt Steyr gefaßten Beschlusses des Stadtsenates der Stadt Steyr hat der Bürgermeister namens der Stadt Steyr ein Kaufangebot für das in Konkurs stehende Grundstück samt Objekten der Röder GesmbH, Gaswerkgasse 2 - 4, zu dem vom Masseverwalter festgesetzten Preis von S 4,1 Mio. abgegeben. Am 25. 9. 1996 erhielt die Stadt Steyr den Zuschlag als Bestbieter zum Kaufpreis von S 4,1 Mio. netto, vorbehaltlich der Genehmigung durch den GR.

Da sich der Kaufpreis mit dem Schätzwert des gerichtlich beeideten Sachverständigen nahezu deckt und die bei einem Meistbieterverfahren sonst üblichen Steigerungen des Kaufpreises nicht eingetreten sind, kann von einer sehr günstigen Gelegenheit gesprochen werden, dieses Objekt in einer derart zentralen Lage mit vielfältiger Verwendungsmöglichkeit zu erwerben.

Der GR der Stadt Steyr möge daher beschließen:

Dem Kauf der Liegenschaft EZ. 1140, Grundbuch 49233 Steyr, Grundstücksadresse Gaswerkgasse 2 - 4, im Flächenausmaß von 1.511 m², samt den darauf befindlichen baulichen Anlagen, sowie mit allem tatsächlichen und rechtlichen Zubehör und der Unterfertigung des darüber abzuschließenden Kaufvertrages zu einem Kaufpreis von S 4,1 Mio. zuzüglich den Rechtsanwaltskosten, der Vorsteuerrückverrechnung, der Grunderwerbssteuer, der Eintragungsgebühr und den notariellen Beglaubigungskosten von zusammen ca. S 300.000,--, insgesamt also rund S 4,4 Mio., wird zugestimmt.

Die zur Begleichung dieser Kosten notwendige Kreditüberschreitung auf der VSt. 5/8460/010000.5 im Ausmaß von S 4,4 Mio. wird genehmigt.

Die Bedeckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen aus dem Verkauf der Liegenschaft „Busgarage“ im Ausmaß der 1. Rate in Höhe von S 4 Mio. und für die restlichen Mittel im Ausmaß von ca. S 400.000,-- durch eine Kreditübertragung der für die Adaptierung des Jugendkulturhauses vorgesehenen Mittel auf dieser Voranschlagsstelle zu erfolgen.

Der Antrag ist ausreichend unterstützt durch alle Fraktionen. Ich möchte gleichzeitig noch bitten zuzustimmen, daß wir die Tagesordnung gem. § 19 unserer Geschäftsordnung für den GR insofern umstellen, daß wir den Punkt 25, der nämlich hier die Beschlußfassung über die Anbotstellung, die das Mitbieten betrifft, das wir heute formal hätten beschließen sollen und das im Stadtsenat schon beschlossen wurde, gleichzeitig in der Debatte mit abzuwickeln und nachher in der Abstimmung auch durchzuführen, damit wir formalrechtlich hier richtig vorgehen. Sind sie damit einverstanden? Danke.

Dann würde ich bitten, in die Debatte einzugehen und möchte fragen, wer als erster das Wort wünscht? Kollege Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bürgermeister. Im Prinzip eine sehr erfreuliche

Situation, daß es nun gelungen ist dieses Grundstück zu einem akzeptablen Preis zu erwerben. Ich ersuche sie auch diesem Antrag zuzustimmen, obwohl hier - und das ist der Wermutstropfen dabei - eine notwendige Kreditüberschreitung vorliegt. Ich habe immer gesagt bei Kreditüberschreitungen kann und werde ich nicht mittun. Ich werde hier eine Ausnahme machen. Ich kann aber formal mit der Verbindung zu einem eventuellen Verkauf einer anderen Liegenschaft hier auch nicht viel anfangen. Das ist eine echte Kreditüberschreitung, das müssen wir uns bewußt sein. Was mir fehlt - das ist klar aufgrund der Situation, da müssen wir schleunigst daran arbeiten - das ist ein Raumkonzept für dieses Objekt, damit es uns nicht geht wie mit „Reithoffer“, daß wir nach längerer Zeit nach Ankauf erst studieren, was wir mit diesem wunderschönen Gebäude machen. Was mich besonders interessiert, insbesondere in Richtung Budgetfassung 1997, sind die Kosten für die Umsetzung der Wünsche die in diesen Räumlichkeiten realisiert werden sollen und insbesondere die Folgekosten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster Hr. Kollege Philipps, dann Kollege Schloßgangl.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertee Präsidium, werte Gäste. Sie sehen hier eine einmalige Chance ein Problem, das schon einige Zeit im Raum steht, endlich einmal und einigermaßen rasch zu erledigen. Ich glaube, daß es sich hier um einen Kompromiß handelt zwischen den einzelnen Fraktionen. Sie haben sicherlich alle verfolgt, wie viele Möglichkeit plötzlich gefunden wurden, die Jugendkultur in verschiedensten Häusern und Liegenschaften unterzubringen. Ich denke, daß das jetzt die beste Lösung ist und ich glaube, daß die Möglichkeit besteht diese Liegenschaft möglichst rasch in Betrieb zu nehmen. Ich glaube, es ist das einmalige Verhandlungsgeschick unseres Bürgermeisters, dem es zu verdanken ist, der also hier gleichzeitig auf der einen Seite eine Liegenschaft ankaufen möchte - nach einen Gemeinderatsbeschluß selbstverständlich - und auf der anderen Seite sofort auch wieder die Geldquelle dafür schaffen konnte, um nicht die Stadt übermäßig damit zu belasten. Dh. also hier die rascheste Entwicklung, die man sich eigentlich vorstellen kann, wurde ins Auge gefaßt und ich verstehe nicht, daß zwischendurch dann wieder einer der GR von der „F“ sich gezwungen fühlt mittels eines Zwischenrufes offensichtlich sein Unbehagen kundzutun und damit, glaube ich, die Gefahr heraufzubeschwören wieder eine Verzögerung zu schaffen. Ich glaube, daß es in Zukunft unbedingt notwendig ist, daß wir solche Chancen, solche Gelegenheiten in ähnlicher Art und Weise abwickeln und speziell im Bereich der Jugendkultur dieses Manko so rasch wie möglich beseitigen können. Ich darf sie daher ersuchen, diesem Dringlichkeitsantrag, hier möchte ich betonen, daß ich es sehr wohl verstehe, daß es ein Dringlichkeitsantrag ist, ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Wir haben ja in der

Fraktionsobmännerbesprechung einstimmig beschlossen und befürwortet nach Möglichkeit dieses Gebäude anzukaufen und ich bin auch sehr froh darüber, daß es zum Anbotpreis an die Stadt gegangen ist. Meine erste Frage lautet: Es wird hier angeführt, daß eine erste Rate in Höhe von S 4 Mio. durch den Verkauf der Busgarage getilgt wird. Wie teuer oder um wie viel wird die Busgarage verkauft? Hier gibt es keine Informationen, weder an die Fraktionsobmänner noch an die GR. Ich glaube, daß das Verhandeln im Vorfeld gut war, damit man dadurch, daß man sich hier geeinigt hat und die Busgarage einem Mitbewerber angeboten hat, eine Erhöhung des Preises hintangehalten hat. Trotzdem würde es uns interessieren, wie dieser Preis und der Verkauf von der Busgarage aussieht. Das Zweite ist, daß wir glauben, nachdem es jetzt dort unten im Wehrgraben neben dem Gaswerkareal liegt, wo ja unser ursprünglicher Plan und Vorschlag für ein Jugendkulturhaus, glaube ich, beste Voraussetzungen gehabt hat, auch dieses Bauvorhaben in erste Linie für ein Jugendkulturhaus in Betracht gezogen wird, und daß man in rascher und kürzester Zeit daran geht hier die Planungen entsprechend voranzutreiben. Bezüglich der Kreditüberschreitung - die ist unvermeidlich, glaube ich, - gibt es keine besondere Einwände unsererseits. Ich glaube nur, daß wir mit diesem Kauf und mit dem Erwerb dieses Grundstückes den Grundstein geschaffen haben, daß wir endlich dieses Kulturhaus in die Realität umsetzen können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Herr Kollege Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter GR. Ich möchte mich gleich den Worten meines Fraktionsobmannes anschließen. Wir stehen natürlich dem Ankauf des Objektes „Röderhaus“ positiv gegenüber. Aber der Herr Bürgermeister ist immer für Überraschungen gut. Es ist im Grunde nur der letzte Absatz in diesem Dringlichkeitsantrag zu kritisieren, und das darf, glaube ich, erlaubt sein. Mein Vorredner hat sie auch schon gefragt, und ich frage sie jetzt auch, von wo her sie das Pouvoir nehmen, die Kompetenzen die sie dauernd überschreiten, daß sie jetzt hier die Busgarage verquicken mit dem Ankauf des Objektes Röder. Wie viel hat ihnen Herr Strauß geboten, um wie viel wollen sie es verkaufen? Das sind Fragen, die haben mit diesem Antrag hier - Ankauf Röder - überhaupt nichts zu tun.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Hr. Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im GR. Ich muß mich einfach freuen, daß das heute endgültig zu einem Ende kommt. Diese ganze Geschichte, die uns eigentlich allen seit Jahren im Magen liegt, und wie man aus den Wortmeldungen der diversen Fraktionen erfahren durfte, sind alle einverstanden damit, einzelne sogar hoch erfreut. Mir ist es schon gegangen wie dem heurigen Sommer, speziell zu der Jugendkulturhausfrage. Er war ziemlich verregnet und die Stimmung war ziemlich düster. Es ist fast zufällig, daß heute der erste Sonnenstrahl herunterschaut, und daß wir die Gelegenheit haben über dieses Projekt heute abzustimmen, und zwar positiv abzustimmen. Ich muß

mich beim Herrn Bürgermeister bedanken, für die - meiner Ansicht nach - ausgezeichnete Verhandlungs- taktik, die er hier an den Tag gelegt hat, und ich bin nicht einverstanden mit dem Kollege Fürweger, der anscheinend hier ständig Sachen vermischt, von denen er wahrscheinlich in der Praxis relativ wenig Ahnung hat, was es bedeutet ein Bauwerk in dieser Größe, wie die Busgarage, hier an den Mann oder an die Frau zu bringen. Wenn wir also die Gelegenheit haben, im gleichen Atemzug den Ankauf und gleichzeitig dazu eine Bedeckung zu finden, sollte man nicht in dieser Art und Weise lästig nachfragen, sondern man soll still in sich gehen und sich darüber freuen, daß es möglich ist.

ZWISCHENRUF:

Leicht überzogen!

Eines müssen wir uns klar werden. Was wir hier beschließen ist letztlich der Ankauf eines Hauses. Ich denke, dieses Haus wird mit Leben erfüllt. Ich glaube, daß es auch ein Ansporn ist für die Jugend, die in diesem Haus ihre Tätigkeiten vornehmen wird, und ich bin mir fast 100 %ig sicher, daß sie an einem Konzept bereits gearbeitet haben und dieses Konzept dann mit der Stadt abstimmen werden. Ich bedanke mich noch einmal für diese positive Grundeinstellung die hier besteht und ich freue mich schon, wenn die erste Veranstaltung dort durchgeführt wird. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Ich möchte mich den Worten des Kollegen Apfelthaler anschließen, möchte aber noch einen Satz anfügen, denn der wurde nämlich jetzt vergessen. Wir müssen einfach den Jugendlichen gratulieren, die als erste darauf gekommen sind, daß wir das „Röderhaus“ als Jugendkulturzentrum schaffen sollen und die dann eigentlich zum Herrn Bürgermeister gegangen sind und ihn überzeugten, daß das verwirklicht werden könnte. Das müssen wir auch feststellen, daß die Jugendlichen hier einen guten Tip gehabt haben und ich freue mich auch, daß wir endlich eine Lösung gefunden haben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Es sind keine weiteren Wortmeldungen vorhanden. Einige Fragen sind aufgetaucht. Erstens einmal die Frage, zu welchem Preis die Busgarage verkauft werden soll. Der Preis soll 9 Mio. betragen. Ich glaube, daß das ein ausgezeichneter Preis ist für dieses Objekt. Es war einigermaßen Schwierig diesen Preis zu erzielen, weil natürlich nicht alle Interessenten an den gesamten Komplex interessiert waren. Uns ist es aber um die Gesamtverwertung gegangen. Das ist mit der Fa. Strauß gelungen. Es ist allerdings beabsichtigt.... Diesen Vertrag wird ja der Stadtsenat - der Kauf ist ja natürlich nur vorbehaltlich der Zustimmung durch die Gremien der Stadt möglich - jetzt einmal mündlich abschließen, der Kauf wird ja nur möglich, wenn auch die Gremien hier dem

zustimmen. Es wäre vorgesehen, daß S 4 Mio. nach Vertragsabschluß durch die Fa. Strauß entrichtet werden, und daß die weiteren S 5 Mio. in jeweiligen Jahresraten zu je S 1 Mio. dann bezahlt werden. Also S 4 Mio. bei Abschluß und fünf gleiche Jahresraten wertgesichert in den Folgejahren. Ich möchte doch daran erinnern, daß uns die Idee, das Röderhaus zu kaufen, zwar zunächst fasziniert hat und man kann es sich vorstellen, daß es dort möglich wäre, allerdings die finanzielle Bedeckung allen Fraktionen ziemliche Sorgen bereitet hat. Weil wir ja vom Sparbudget und allen Notwendigkeiten ausreichend informiert waren nach vielen Klausurtagungen zum Budget und im Budgetvollzug usw. Daher war eine der Bedingungen, daß man das tun kann, nämlich die finanzielle Bedeckung zu schaffen, daß wir anderweitige Objekte oder Liegenschaften verkaufen können, um auch hier uns zu refinanzieren. Daß das in dieser kurzen zeitlichen Abfolge, also zum gleichen Zeitpunkt defacto innerhalb weniger Stunden möglich war, ist auch ein bißchen ein Glücksfall, aber natürlich schon sehr dem intensiven Bemühen zuzuschreiben, mit allen Interessenten die Gespräche zu führen. Zum Zweiten: Hr. Dr. Pfeil hat die Frage „Raumkonzept“ angesprochen für das Jugendkulturhaus. Also für den Jugendkulturbereich möchte ich persönlich die Jugend und den Trägerverein hier nicht bevormunden, in welcher Weise

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe gesagt für das gesamte Objekte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin ja einverstanden. Ich wollte nur einmal Jugendkultur und Raumkonzept trennen. Nach meiner Vorstellung, diese ist aber auch natürlich nur die Vorstellung eines Mitgliedes des GR, sollte hier der mittlere Teil für das Jugendkulturhaus vorgesehen werden. Der nördliche Teil, also jener Teil, der dem Museum zugeordnet ist, sollte für einen Gastronomiebetrieb vorgesehen und nach Ausschreibung verpachtet werden, Hr. Fürweger. Weil da kann man doch leicht ausschreiben, wenn man einen Wirt sucht, nichts dagegen. Ich bin auch jetzt noch bereit mit dem Hrn. Strauß zu reden, daß er sein Angebot zurückzieht, wenn irgend jemand einen bringt, der uns mehr als S 9 Mio. bezahlt. Ich bin wirklich hier offen. Aber es ist ja so einfach auch wieder nicht. Also soll ausgeschrieben werden und soll ein Wirt dort nach Ausschreibung den Zuschlag erhalten diesen Teil des Hauses und die Taubenmühle zu pachten. Es könnte ein schöner gastronomischer Betrieb werden. Es ist allerdings ein Investment auch erforderlich. Es ist ja so, daß hier die mit dem Haus verbundenen Schauräumlichkeiten der ehemaligen Fa. Röder drinnen bleiben, und daß das - meiner Meinung nach - nur für gastronomische Verwendung genutzt werden kann. Aus den Pachterträgen, die sich dort ergeben, würde ich mir vorstellen, daß ein Teil der Folgekosten, der Betriebskosten hier bedeckt werden kann. Einen anderen Teil, den im Norden gelegenen, wo jetzt die Lackierung der Fa. Röder war, der könnte an das Museum vermietet werden, die nämlich dringend einen Platz für ihren Fundus suchen. Und auch von dort könnten wir Miet- oder Pachterträge erwirtschaften. Ich würde also die Pachterträge gerne hier für die Betriebskostenbedeckung des Jugendkulturhauses - die werden uns ja nicht so viel zahlen wollen, wie ich es einschätze - verwenden wollen. So könnte die Konzeption aussehen. So kann ich mir das vorstellen. Das wird noch Gegenstand von Debatten und Beratungen in den Gremien sein. Ich glaube, im Großen und Ganzen müßte das funktionieren, wenn wir heute diesen Beschluß tätigen und der Herr Masseverwalter von uns morgen den unterschriebenen Kaufvertrag bekommt. Dann wird er auch unmittelbar die Nutzer dieser Räumlichkeiten noch auffordern unverzüglich zu räumen, und es könnte also in wenigen Wochen hier Jugendkultur, Trägerverein usw. auch dieses Haus übernehmen. Es wären natürlich dann noch allerhand andere Fragen abzuklären sein und man wird natürlich im Gespräch mit dem Trägerverein versuchen zu müssen zu schauen, wie man eben mit ökonomischen Mitteln auch noch gewisse Adaptierungsmaßnahmen, die wahrscheinlich sein werden müssen, finanzieren kann. Aber das

Objekt ist jetzt für diesen Zweck gesichert. Damit ist eine fast jahrzehntelange Diskussion, die in den letzten 2 Jahren sehr intensiv geführt wurde, wie ich hoffe, beendbar und ich glaube, daß einer der größten Vorzüge dieser Lösung ist, daß sie so ist, daß wahrscheinlich alle Fraktionen diesem Vorgang zustimmen können, was mich persönlich sehr freut, weil das war ja vor kurzer Zeit noch bedeutend anders.

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Fragen gibt es momentan keine mehr, dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Dringlichkeitsantrag - „Kauf des „Röderhauses“, Bedeckungsvorschlag liegt bei. Wer für den stimmt, bitte ich ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Jemand gegen diesen Vorschlag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Ich bedanke mich für die Einstimmigkeit in dieser wichtigen Angelegenheit.

In der Abstimmung werden wir dann den Pkt. 25 an dritter Stelle abstimmen. Das war diese Anbotssache aus dem Stadtsenat, damit diese formell richtig erledigt wird.

Wir behandeln nunmehr den zweiten Dringlichkeitsantrag, der hier die Lehrlingsausbildung beim Magistrat betrifft. Diesen Antrag habe ich schon vollinhaltlich vorgelesen. Ich möchte fragen, wer dazu das Wort jetzt nimmt? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte zur Lehrlingsausbildung und grundsätzlich zur Jugendausbildung etwas sagen. Die Situation ist tatsächlich dramatisch und hat sich insbesondere im letzten Jahr zugespitzt, weil eben auch und besonders durch das Sparpaket an den Universitäten der freie Zugang zu den Universitäten nicht mehr gewährleistet ist. Wo früher selbstverständlich alle Maturanten und Studienberechtigten auf die Universität gegangen sind ist es heute so, daß sie vermehrt in die Lehrstellen oder andere Ausbildungen drängen. Hier gibt es eine gewisse Diskrepanz, einerseits vermehrtes Angebot an Lernwilligen, andererseits ein hochgradig vermindertes Angebot. Hier gibt es eine Diskrepanz, wo man entgegensteuern sollte. Ich bin auch grundsätzlich der Meinung, daß eine höhere Allgemeinbildung den jungen Menschen nicht schadet, ganz im Gegenteil, daß wir es uns leisten können und sollten, daß auch Maturanten Lehrlinge sein können. Man soll nicht alles nachmachen, was Deutschland vorgemacht hat. Aber sehr viele private Betriebe in Deutschland nehmen seit Jahrzehnten mit besten Erfolg sogenannte „Auszubildende“, das sind in der Regel Maturanten und diese haben aber auch tatsächlich den sogenannten „Marschallstab im Tornister“ - glaube ich, heißt das. Die können wirklich in dieser Firma alles werden. So würde ich mir vorstellen, daß auch der Magistrat Steyr in seinem Bereich vermehrt Lehrlinge aufnimmt und natürlich nach einem Plan einsetzt, aber auch nicht nur Kosten damit verursacht. Ich könnte mir schon vorstellen, daß auch Kosten hier sogar eingespart werden können, daß man diese Lehrlinge richtig einsetzt, und daß sie sogar sehr großen Nutzen für die Stadt bringen. Ich ersuche sie alle, diesem Antrag, und es ist ja ein Grundsatzbeschluß für die Aufnahme von Lehrlingen, diesem Grundsatzbeschluß zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Stadtrat Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist dem nur beizupflichten, daß sich hier in der Frage „Lehrlingsausbildung“ und „Jugendausbildung“ in den letzten Jahren und speziell in den letzten Monaten eine doch sehr besorgniserregende Entwicklung durchgesetzt hat. Es ist jede Aktivität, die in Richtung zusätzliche Lehrlingsausbildung geht, an und für sich zu unterstützen und nur zu begrüßen. Zum Dringlichkeitsantrag ist natürlich schon zu sagen, daß es hier in der Stadt nicht um eine Grundsatzentscheidung geht, ob die Stadt Lehrlinge ausbildet oder nicht ausbildet. Die Stadt bildet Lehrlinge aus. Das nur zum Antrag selbst. Es werden im Gaswerk in verschiedenen Bereichen Lehrlinge ausgebildet.

ZWISCHENRUF:

Wie viele?

In einem bescheidenen Ausmaß, keine Frage. Man kann aber nicht die derzeitige Situation als Anlaß nehmen und hier die ganze Problematik der Lehrlingsausbildung in Richtung der öffentlichen Hand hintransportieren und hinschieben. Ich glaube, hier würden wir den Ernst der Situation nicht erkennen. Wenn wir als Stadt einige Lehrlinge zusätzlich ausbilden würden, würde das Problem der Lehrlingsausbildung insgesamt nicht gelöst werden. Das muß man dabei sehen. Es sind im heurigen Jahr in Steyr nach letzten Berichten 210 Jugendliche zum heutigen Zeitpunkt ohne Lehrplatz. Wir müssen dieses Problem „Lehrlingsausbildung“ großflächiger betrachten. Wenn ich hier vielleicht ein bißchen in die Tiefe gehen darf zu diesem Thema, weil mir dieses Thema auch ein großes Anliegen ist, müssen wir auch die Entwicklung sehen, wieso es dazu gekommen ist. Den großen Anteil der Lehrlingsausbildung in vielen Regionen haben in der Vergangenheit die großen Industriebetriebe übernommen gehabt. Alleine wenn wir das als Steyrer sehen, weil wir uns als Steyrer GR mit dem Thema beschäftigen, vielleicht auf Steyr bezogen, bis zum Jahr 1986 haben wir in der ehemaligen Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG jährlich 140 - 150 junge Kolleginnen und Kollegen aufgenommen. Für 140 - 150 war die Möglichkeit in der Lehrwerkstätte einen Beruf zu erlernen. 1986, wie die neue Lehrwerkstätte ihrer Bestimmung übergeben wurde, war es ja hier auch unser Bürgermeister, der in seiner damaligen Funktion maßgeblich dazu beigetragen hat, daß diese erneuert wurde und auch die Stadt Steyr einen wesentlichen Teil dazu beigetragen hat mit Förderungsmitteln, daß diese Lehrwerkstätte überhaupt realisierbar und umsetzbar war. Ab diesem Zeitpunkt sind Kapazitäten für 100 Lehrlinge pro Lehrjahr geschaffen worden und es sind bis zum Jahr 1992 auch Lehrlinge in diesem Ausmaß jährlich ausgebildet worden. Das alles nur von einer Lehrwerkstätte. Im Jahr 1990, wo die Steyr-Daimler-Puch AG zerteilt worden ist, wo es hier Ausgliederungen gegeben hat, wurde von der Steyr-Nutzfahrzeuge GesmbH die Lehrwerkstätte käuflich erworben und übernommen mit dem Ziel, diese Lehrwerkstätte auch anderen Betrieben in der Region Steyr für Ausbildungsmöglichkeiten anderer Betriebe zur Verfügung zu stellen. Es bilden mittlerweile einige Betriebe, wie BMW, Steyr-Daimler-Puch, SKF, die Steyr-Nutzfahrzeuge, die Steyr-Mannlicher in dieser Lehrwerkstätte Lehrlinge aus. Durch bestimmte Umstände werden seit 1992 immer weniger Lehrlinge von den Unternehmungen ausgebildet. Also auf den Punkt gebracht; auch die jungen Menschen sind Opfer der Kosteneinsparungen in den Betrieben. Und ich möchte hier keine einzelnen Betriebe anführen, aber es befinden sich alle in bester Gesellschaft. Kosteneinsparungen werden hier durchgeführt und es werden hier auch im Bereich der Lehrlingsausbildung massive Einschränkungen gemacht. Dort ist das Problem, wenn wir wissen, daß Steyr-Daimler-Puch in seiner Zeit die 150 Lehrlinge, die ausgebildet wurden, nicht für den eigenen Bedarf ausgebildet hat, sondern weit über den eigenen Bedarf hinaus. Heute ist die Linie in der Wirtschaft in den Betrieben jene, daß nur mehr unbedingt jene ausgebildet werden, die sie dann auch nach 3 - 4 im eigenen Betrieb benötigen und verwenden können. Hier ist doch eine sehr mangelhafte gesellschaftspolitische Einstellung von vielen - ich möchte nicht alle meinen - Industrien und mittleren Betrieben erkennbar. Dort müßte eigentlich der Ansatz sein, und nicht einfach das Thema

„Lehrlingsausbildung“ der öffentlichen Hand zuschieben und jetzt sollen die Gemeinden, Länder oder der Bund Lehrlinge ausbilden. Hier müßte man weit stärker an die gesellschaftliche Verpflichtung der Wirtschaft insgesamt appellieren, um den Lehrlingen auch eine Ausbildung zu ermöglichen. Ich glaube, gerade für unsere Region wissen wir sehr genau, wie wichtig die Lehrlingsausbildung in dieser Lehrwerkstätte war. Es haben ja jene Betriebe oder die gesamte Region die Wirtschaftsbetriebe, die Unternehmungen haben in den Jahrzehnten profitiert, weil sich ja viele aus diesem Topf der „Gutausgebildeten“ bedient haben. Es wird bei allen Sonntagsreden darauf hingewiesen, daß BMW nicht aus Liebe zur schönen Stadt Steyr zu uns gekommen ist, sondern aus dem Grund, weil hier ein hohes, großes Potential an gut ausgebildeten Facharbeitern zur Verfügung gestanden ist. Die gleiche Entscheidung hat auch für die MAN gegolten, daß sie hier nach Steyr gekommen sind. Viele andere sehen das auch so. Hier muß es darum gehen, daß wir hier vielen Jungen Möglichkeiten schaffen einen Lehrberuf zu erlernen und nicht hier, weil es vielleicht tagespolitisch gerade interessant ist zu meinen, am Magistrat der Stadt Steyr in der Gemeinde sollten ein paar zusätzliche Lehrlinge ausgebildet werden. Ich bin hier nicht dagegen. Ich bin nicht dagegen, daß alle Bereiche angesprochen werden, aber ich glaube, wir sollten uns an dem Problem, und wenn das eine dramatische Entwicklung ist, wie es Hr. Dr. Pfeil gesagt hat, nicht „vorbeischwindeln“. Wir sollten das Problem großflächig sehen und auch sehen, daß wir ganz anders ansetzen müssen auch als politisch Verantwortliche, als nur dort und da vielleicht einen zusätzlichen Lehrplatz zu erreichen.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bremm, sie leben in der Vergangenheit.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nunmehr wenden wir uns wieder denen zu, die sich zu Wort gemeldet haben. Als nächstes der Hr. GR Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich bin nicht ganz gescheit worden aus der Stellungnahme des Hrn. StR Bremm. Er hat zwar am Anfang sehr schön davon gesprochen, daß er an und für sich dafür ist, daß diese Situation besser werden muß aber, aber..... Er hat dann minutenlang über allgemeine Dinge gesprochen und hat sich sehr schön herausgeredet und hat im Grunde nicht das getroffen, was dieser Antrag beinhaltet. Er hat einfach gesagt, die gesamte Gesellschaft muß verantwortlich sein bla, bla, bla. Die Wirtschaftsbetriebe müssen sozusagen die Verantwortung aufnehmen. Ich glaube aber, daß der Magistrat der Stadt Steyr ebenso ein Bestandteil dieser Gesellschaft ist und daher auch eine gewisse Verantwortung übernehmen muß. Daher glaube ich, daß man in bestimmten Dingen schon überlegen sollten, wie wir im Magistrat diese Lehrstellensituation verbessern können. Ich werde genauso wie mein Kollege diesem Antrag zustimmen und verstehe trotzdem darunter, daß dieser Antrag als Anstoß genommen werden soll, daß einmal überlegt wird, wie der Magistrat auf diese Situation reagieren soll.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der nächste zu Wort gemeldet ist Hr. GR Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Hr. Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte gleich auf den letzten Satz des Hrn. Kollege Vanek eingehen. Meines Erachtens, wenn wir diesen Antrag in diesem Wortlaut so beschließen, haben wir sicherlich spätestens nächsten Jahres um diese Zeit die große Debatte, warum hat den die Stadt Steyr nicht - was weiß ich wie viele - Lehrlinge zusätzlich aufgenommen. Ich pflichte ihnen zu 100 % bei, daß wir diesen Antrag zum Anlaß nehmen, um ernsthaft darüber zu diskutieren, um Möglichkeiten abzuschätzen, wo es möglich ist. Ich bin aber auch genauso überzeugt, daß der F-Fraktion mit diesem Antrag wirklich etwas Ernsthaftes dahintersteckt und nicht irgend welche populistischen Überlegungen, weil momentan das Lehrlingsproblem groß in Diskussion ist, daß man solche Sachen, solche Anträge formuliert, um dann vielleicht in der Diskussion punkten zu können. Wenn man an das Problem sachlich herangeht, dann muß man aber wissen.....

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

Lassen sie mich bitte ausreden. Ich glaube, das Problem ist wirklich zu ernst, um hier nicht sachlich zu diskutieren. Der Hr. Kollege Bremm hat es ja schon gesagt, daß bei uns in der Stadt Steyr Lehrlinge ausgebildet werden. Es ist ja nicht so einfach zu sagen; nehmen wir Lehrlinge auf und bilden wir sie aus. Man braucht ja, wie bekannt ist und hier sitzen ja etliche Gewerbetreibende herinnen, die mir das hoffentlich bestätigen werden, eine sogenannte Genehmigung, daß man Lehrlinge ausbilden kann, in welchen Bereich auch immer.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da gibt es eine ganze Reihe von Arbeit.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Nach meinen Informationen ist die einzige Möglichkeit im Magistrat der Stadt Steyr, daß im Gaswerk Lehrlinge ausgebildet werden können, weil dort haben wir einen Meister, der diese Lehrausbildungsbefähigung hat.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da haben sie falsche Informationen Hr. Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Bitte sehr, dann hat mich der Leiter der Personalabteilung bzw. der Hr. Magistratsdirektor falsch informiert. Aber ich gehe von dem aus, daß diese Information schon richtig ist. Wir können momentan nur im Gaswerk ausbilden und dort wird ausgebildet. In der Hoheitsverwaltung kaufmännische Lehrlinge auszubilden ist überhaupt nicht möglich, weil wir als Stadt Steyr keine Ausbildungsberechtigung haben. Es gibt eine einzige Stelle, und das ist die Bestattung. Dort ist der Hr. Dir. Wein persönlich befähigt Lehrlinge auszubilden. Jetzt frage ich sie, wo wir sonst dann noch Möglichkeiten haben? Es soll uns aber nicht hindern, in Zukunft darüber zu diskutieren, ob es nicht anderweitige Möglichkeiten gibt, daß wir in der Stadt selber ausbilden können. Das sind die Fakten und ich kann nicht sagen, bilden wir Lehrlinge aus.....

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sie sagen, daß es nicht geht. Sie sollen sagen, daß es geht.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Nein, ich sage nicht, daß nichts geht. Dann kommen sie heraus.....

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

Dann melden sie sich zu Wort Hr. Fürweger, dann kommen sie heraus und erklären uns, wie das geht. Ihr müßt euch ja doch dabei Gedanken gemacht haben. Einfach zu fordern Lehrlinge auszubilden und gleichzeitig zu wissen, daß das eigentlich rechtlich momentan nicht geht, glaube ich, ist nicht der richtige Weg. Ich erlaube mir daher, damit das Problem auch wirklich andiskutiert wird und weiter permanent diskutiert wird, einen diesbezüglichen Abänderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag einzubringen, wo in der Formulierung im ersten Absatzes des Antrages „Dienstleistungsbereich zu schaffen“ steht, die letzten zwei Wörter „zu schaffen“ gestrichen werden und ersetzt werden durch „wie bisher auch in Zukunft zur Verfügung zu stellen“. Dann bin ich überzeugt, daß dieses Thema auch thematisiert ist und wir weiterhin diskutieren können. Ich hoffe, ich habe hier keinen Formfehler gemacht. Meines Erachtens muß das schriftlich eingebracht werden und sie erlauben, daß ich ihren Antrag verwende, mit meinen Namen versehen, und dem Hrn. Bürgermeister hier schriftlich übergeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dieser Abänderungsantrag steht mit in Diskussion. Nächster zu Wort gemeldet, Hr. Kollege Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wertcs Präsidium, werte Gäste. Ich glaube, es ist notwendig, daß wir uns zur sachlichen Thematik zurückziehen. Ich glaube, ich verstehe hier einen Antrag, sowohl den Abänderungsantrag natürlich als auch den ursprünglichen Antrag, daß hier der Ernst der Lage zitiert wird. Ich sehe hier die Problematik der Beschäftigungslosigkeit der Jugendlichen die Möglichkeit hier Lehrlinge wieder unterzubringen, verstärkt unterzubringen und ich glaube, der Grundgedanke dieser ganzen Anträge ist doch nach wie vor ein guter. Ich glaube, daß hier die Möglichkeit geschaffen werden soll, weitere Jugendliche zu beschäftigen. Diese Beschäftigung möchte ich allerdings noch versehen mit einem kleinen Vermerk. Ich sehe darin die verantwortungsbewusste Möglichkeitsschaffung, Lehrlinge hier in unserem Magistrat auch unterzubringen. Damit meine ich, wir sollten hier darauf bedacht nehmen, daß wir nicht wahllos Lehrlinge aufnehmen, sondern Lehrlinge so aufnehmen, daß wir auch einigermaßen garantieren können, daß sie in Zukunft im Magistrat Arbeit finden. Ich wünsche ihnen, und ich wünsche mir damit auch sehr viel Vergnügen für die Zukunft, meine Damen und Herren, sollte das nicht gelingen. Wenn ich jetzt im Magistrat Jugendliche aufnehme mit einer wahllosen Zahl und darauf nicht bedacht nehme, daß hier ein gewisser Bedarf im Magistrat gedeckt werden muß, so möchte ich sehen, wer hier den Jugendlichen dann beibringen muß, daß sie wieder zu gehen haben. Daher darf ich sie ersuchen auch diesen Aspekt dringlich einzubringen, und ich stehe auf alle Fälle dafür, daß man Lehrlinge auch im Magistrat die Gelegenheit verstärkt gibt unterzukommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster Hr. StR Holub bitte.

GEMEINDERAT HERMANN BACHNER VERLÄSST UM 16.55 UHR DIE SITZUNG.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des GR. Ich glaube, ich muß hier vorerst einmal einige Dinge aufklären. Es wurde viel Unrichtiges behauptet. Tatsache ist, daß öffentliche Gebietskörperschaften, wie Bund, Land u. Gemeinden, Lehrlinge ausbilden können. Voraussetzung ist, daß entweder jemand dort beschäftigt ist, der in den Jahren 1970-1979 auch in der Privatwirtschaft schon Lehrlinge ausgebildet hat, oder daß um einen Bestellungsbescheid angesucht wird, damit ein Ausbilder bestellt wird. Der muß dann die Ausbilderprüfung ablegen und dazu gibt es eine Übergangsfrist von 18 Monaten, dann können die Lehrlinge auch bei den öffentlichen Körperschaften ausgebildet werden. Soweit einmal dazu. Nun das Zweite: Grundsätzlich möchte ich sagen ist die Idee ja bekannt und auch gut und soweit wir wissen, werden auch beim Magistrat Steyr in den Stadtwerken Lehrlinge ausgebildet. Ich weiß im Moment nicht wie viele es sind. Aber das schon seit vielen, vielen Jahren. Das ist mir bekannt. Die ganze Situation, die hier heute angesprochen wurde, möchte ich auch ein bißchen beleuchten. Warum haben wir die Problematik, daß zuwenig Lehrplätze da sind? Auf der einen Seite waren es sicherlich der Niedergang der verstaatlichten Betriebe und der halbstaatlichen Betriebe, die ja keine Lehrlinge mehr ausbilden. Das ist einmal Tatsache. Das ist eine ganz erklärliehe Zahl. Das Zweite wurde vom Kollegen Bremm angesprochen. Nämlich daß die Lehrwerkstätte für die Steyrer Betriebe ausgebildet hat und nunmehr diese Betriebe nicht mehr in der Lage sind, so viele Lehrlinge zu rekrutieren, nachdem die Steyr-Werke ja fast zur Gänze hier weg sind, und daher Probleme haben die Werkstätte hier weiterzuführen. Eine Problematik hat es auch immer gegeben. Und zwar, daß vor 1986, bevor die

Lehrwerkstätte errichtet wurde und dort die Lehrlinge ausgebildet wurden, das Gewerbe, der Handel, die Betriebe speziell in Steyr und im Bezirk Steyr viele, viele Lehrlinge - beste Lehrlinge - ausgebildet haben, und die dann von den Steyr-Werken, von der Industrie durch höheren Kollektivvertrag, durch höhere Löhne abgesogen wurden. Tatsache ist auch, daß die Lehrwerkstätte ab 1986 sehr gute Ausbildung geleistet hat und auch in den neu hier ansässigen Betrieben BMW, SKF, SNF die Lehrlinge von dort sich rekrutiert haben. Bezüglich der Verwendung von Lehrlingen im Magistrat wird das natürlich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Denn es kann nicht so sein, daß wir hier von Sparmaßnahmen, von Personaleinsparung reden und dann eine große Anzahl von Lehrlingen einstellen und praktisch eine öffentliche Lehrstellensubventionierung seitens des Magistrates durchführen. Aber dort, wo die Möglichkeit besteht, wo auch eine sinnvolle Verwendung gegeben ist, ist es durchaus zu prüfen, einige Lehrlinge aufzunehmen und einzustellen. Wie viele es sind, kann und will ich gar nicht beurteilen. Eines muß jedoch Grundvoraussetzung sein, und zwar das, daß man sich aus dieser Ausbildung hier im Magistrat nicht automatisch eine Weiterverwendung nach Beendigung der Lehrzeit bzw. der Behaltspflicht ableiten kann. Wenn dem einen oder anderen dadurch die Chance gegeben wird eine berufliche Ausbildung zu bekommen, so ist das zu begrüßen. Man muß sich aber auch wirklich Gedanken machen, was geschieht mit diesen Abgängern, die dann hier im Magistrat nicht mehr weiterbeschäftigt werden können. Dort könnte man sie sinnvoll weiterbeschäftigen, wo durch Pensionsübergänge Leute aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Und wenn der jetzt schon 3 oder 4 Jahre hier gelernt und gearbeitet hat und sehr vertraut ist mit der Materie, dann wäre es auch sinnvoll, den einen oder anderen Posten durch diese Leute nachzubersetzen. Grundsätzlich werden wir diesem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zweite Wortmeldung, Kollege StR Bremm, Hr. Gabath in Vorbereitung.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich möchte nur zu dem schon sagen, Kollege Vanek, wenn du sagst bla, bla, bla, du bist sicherlich versiert, was das Thema Studenten und Schulen anbelangt. Dort hast du dich ja bis zu deinem jetzigen Werdegang bewegt. Natürlich, im Lehrlingsbereich mag das schon sein. Ich bin dir auch gar nicht böse, wenn du es nicht so verstanden hast, was ich gemeint habe. Ich wollte eigentlich ausschließlich darauf hinweisen, daß wir, wenn wir das Thema Lehrlingsausbildung ernst meinen, auch die Vergangenheit sehen müssen und nicht „das ist einmal gewesen“, sondern wir wissen ganz genau, wo qualifizierte Lehrlingsausbildung auch von den Kosten her gesehen möglich ist. Dort muß natürlich auch die öffentliche Hand einwirken und mitwirken mit der Wirtschaft gemeinsam um wieder zu Lehrlingszahlen zu kommen, die auch die Wirtschaft in Zukunft benötigt und auch braucht und uns nicht einfach mit dem Thema isoliert von der Stadt Steyr aus, was die Ausbilderlehrlinge im Magistrat anbelangt, zu beschäftigen. Es ist, wie der Kollege Schloßgangl gesagt hat, ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wenn wir aber die Lehrlingsausbildung ernst meinen, dann dürfen wir uns nicht mit dem Tropfen auf dem heißen Stein alleine begnügen, sondern wir müssen das Problem insgesamt sehen. Natürlich bin ich dafür und habe das auch eingangs gesagt. Jede Kleinigkeit hilft uns hier, aber es ist natürlich nicht die Lösung des Problems. Das hätte ich gemeint gehabt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Meine Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Lehrlingsausbildung, Jugendarbeitslosigkeitsproblem, hier möchte ich zu einigen Vorrednern einige Korrekturen anbringen. Hr. Dr. Pfeil, der Vergleich mit Deutschland hinkt sehr stark. In Österreich haben wir wesentlich weniger Jugendarbeitslosigkeit als in Deutschland. In Österreich haben wir genau so die Maturanten- und Lehrlingsausbildung kombiniert. Warum sollen wir da hinaussehen. Es ist eher schlechter. Öffentliche Hand - Lehrlinge ausbilden. Dieser Antrag bringt mich persönlich in einen Gewissenskonflikt. Ich möchte, daß 14-15jährige, die keinen Lehrplatz finden, sinnvoll beschäftigt werden. Ich möchte nicht, daß sie auf der Straße herumlungern. Sinnvoll beschäftigen kann ich sie, wenn ich ihnen die Möglichkeit gebe einen Beruf zu erlernen, weil Schulplatz haben sie vielleicht keinen oder wollen sie auch nicht. Wer bezahlt das? Wird dieser Antrag ein Wohlfahrtsunternehmen Magistrat, das 200 Lehrlinge ausbildet. Was machen wir dann mit ihnen? Es gibt in den verschiedenen Branchen verschiedene Behaltefristen, die sind gesetzlich bzw. kollektivvertraglich vorgeschrieben. Ich weiß von der Metallbranche ganz genau, dort sind es 6 Monate. Sie müssen diese Personen 6 Monate im Facharbeiterverhältnis, oder in welchem auch immer, aufnehmen. Die Mindestbeschäftigungsdauer ist, glaube ich, 3 - 4 Monate, wenn ich richtig informiert bin. Diese Probleme sind in ihrem Antrag nicht einmal angerissen. Ich stimme voll zu für zusätzliche Posten für Lehrlingsausbildung im Magistrat. Es kann jeder Fachabteilungsleiter oder jeder Chef die Lehrberechtigungsprüfung machen. Da braucht man keinen zusätzlichen Lehrer einstellen. Der Hauptpunkt - und sie können mir glauben, ich weiß es aus leidvoller Erfahrung in der Vergangenheit, wir haben auch immer Lehrlinge ausgebildet in unserem Betrieb - sind die großen Kosten für die Ausbildung. Wir haben in der Metallbranche 110 % Lohnnebenkosten, Lehrlinge 300 %. Es gibt, wie ich mir in der Gastronomie angehört habe, große Probleme. Bis 22 Uhr darf der Lehrling nur arbeiten, bis 5 Uhr früh geht er dann in die Disco. Irgendwo müßte man hier über diese Probleme reden. Vielleicht könnte man manches besser machen, und es wären wieder mehr Gewerbetreibende bereit Lehrlinge aufzunehmen. Ich bin auf jeden Fall, daß wir den Antrag befürworten, aber es würde mir natürlich in weiteren Verhandlungen sehr gut gefallen, wenn diese Probleme, die sie in ihrem Antrag anreißen, definitiver geschildert werden, daß das ausdiskutiert wird, und daß wirklich zielstrebende Maßnahmen ergriffen werden können. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Koll. Bauer.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Sehr verehrte Damen und Herren des GR, wertres Präsidium. Die finanziellen Sorgen, was ein Lehrling dem Gemeinwesen kostet, die sind mir die letzten Sorgen. Es kostet jeder Student dem Steuerzahler Geld, es kostet jeder Mittelschüler dem Steuerzahler Geld. Warum auch nicht der Lehrling? Das ist mir eigentlich egal, was das dem Wohlfahrtsstaat Magistrat oder Österreich kostet. Wenn man rechnet, was ein Jugendlicher, der ohne Ausbildung auf der Strecke bleibt, auf die schiefe Bahn kommt, ein Leben lang dem Wohlfahrtsstaat dann kosten wird, glaube ich, hier kann man die Kosten nicht umrechnen. Mir ist es lieber es kostet ein Lehrlingsplatz Geld, als ich brauche ein Leben lang eine Betreuung durch irgendwelche Nachfolgeinstitutionen, die ich dann brauche, um die dann wieder aufzufangen. Diese Auffanginstitute kosten weit mehr Geld als die Ausbildung vorher. Daran darf und soll es nicht scheitern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. Dr. Pfeil, die Zweite.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Als Hauptantragsteller möchte ich mich schon noch gegen Ende der Debatte diesbezüglich zu Wort melden. Ich möchte auf einen wirklich eklatanten Widerspruch von Hrn. StR Bremm hinweisen, weil einerseits ist er dafür, daß die öffentliche Hand die Lehrlingsausbildung fördern soll, andererseits hat er in seiner ersten Wortmeldung gesagt, die öffentliche Hand soll nicht die Lehrlingsausbildung fördern. Jetzt weiß ich nicht, was er wirklich meint. Ich kenne mich bei seiner Wortmeldung, wo er sehr viel von der Vergangenheit gesprochen hat und sehr viele Geschichten erzählt hat, nicht aus. Ich kann auch mit einem Abänderungsantrag des Hrn. Oppl nichts anfangen, weil das ist ja das Problem der Sozialdemokratie. Seien sie mir nicht böse, aber das ist wirklich ein fundamentales Problem. Die Sozialdemokratie hat sehr viel Verdienste, was die Bildungschancen in den 60iger Jahren betrifft. Zweifelsfrei! Aber man muß jetzt auch trachten, daß man diese Bildungschancen nicht leichtfertig vergibt. Es ist eines passiert. Gerade im Lehrlingssektorbereich hat man sehr große Fehler gemacht. Diese Fehler wirken sich jetzt aus. Wir haben ein großes Manko an gut ausgebildeten Facharbeitern. Das ist ein Manko. Hier sollte man und muß man eingreifen, und da muß auch der Magistrat

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wo war hier ein Fehler?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

.....daß in der Bevölkerung auch der Lehrling nichts mehr gegolten hat. Lehrlinge wurden eher schief angesehen. Für diejenigen, die nicht in eine höhere Schule gehen können oder die kein Studium dann später machen können, muß der Hebel angesetzt werden, daß auch das Image dieser jungen Leute gehoben wird. Dazu gehören selbstverständlich auch die Rahmenbedingungen dahingehend geändert und gestaltet, daß es wieder möglich sein wird, auch für Privatbetriebe möglich sein wird, Lehrlinge aufzunehmen. Deshalb ersuche ich sie noch einmal, nicht dem Abänderungsantrag zuzustimmen, weil dann passiert ja wieder nichts, weil im Abänderungsantrag heißt es ja „so wie bisher“, dh. ewig „weiterwursteln“, es passiert wieder nichts. Ich ersuche sie wirklich, dem Antrag, der ja „nur“ ein Grundsatzbeschuß ist, damit hier die Situation geändert wird, ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Koll. Payrleithner hat sich noch gemeldet.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR. Es geht bei diesem Antrag, wie der Koll. Bremm auch gemeint hat, es ist sicher nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wenn wir alle wollen, was in diesem Antrag steht, dann soll es nicht an Kleinlichkeiten, an Formulierungen oder an ähnlichen Dingen scheitern, sonder dann kann man das auch in der Form beschließen, wie es im Antrag steht. Ich möchte aber auch beim Hrn. Koll. Schloßgangl noch etwas anfügen. Er hat sicherlich richtig gemeint, der Niedergang der verstaatlichten Industrie, er hat wahrscheinlich auch die damals noch verstaatlichte Steyr-Werke gemeint, haben mit dazu beigetragen - und jetzt sprechen wir von größeren Volumen und großen Zahlen - warum auch die Lehrlinge in diesem Ausmaß nicht mehr ausgebildet werden. Aber eines hat er schon vergessen und wahrscheinlich steckt hier ein bisserl die Funktion des Handelskammerchefs dahinter, warum der das nicht sagt. Es sind ja andere Betriebe anstelle dieser Steyr-Werke getreten. Wir haben jetzt einen Betrieb, der ist fast so groß wie die Steyr-Nutzfahrzeuge, der größte Betrieb in Steyr und hier muß man auch einmal sagen, warum bildet dieser Betrieb nur alibimäßig ein paar Lehrlinge aus. Warum werden dort kaum mehr oder überhaupt keine kaufmännischen Lehrlinge mehr ausgebildet. Hier muß man auch einmal diese Betriebe am „Krawadl“ packen. Sie haben ja auch ordentliche Förderungen vom Staat, von der Gemeinde, vom Bund, vom Land usw. erhalten. Wenn der Hr. Bürgermeister und viele Funktionäre bei jeder Gelegenheit bei BMW bei Empfängen dort sitzen und mit den doch manchmal sehr „die Nase in die Höhe haltenden“ Managern beisammensitzen und am Buffet sich laben, da soll man vielleicht einmal den Herrschaften sagen, wo auch die Verpflichtungen der Manager in diesem Bereich liegen. Ich weiß nicht, manchmal habe ich den Eindruck, daß man hier ein bisserl Angst hat, diesen Herren das auch einmal zu sagen. Weil ich glaube, ein Betrieb der netto S 1,2 Mrd. Gewinn gemacht hat im abgelaufenen Jahr kann sich auch leisten, daß er mehr als 5, 6 oder 7 Lehrlinge ausbildet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der nächste zu Wort gemeldet ist Hr. StR Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des GR, wertees Präsidium. Ich bin eigentlich auf die letzte Wortmeldung vom Koll. Payrleithner ganz besonders dahintergekommen, daß wir hier Herrinnen uns Gedanken machen, warum die Lehrlingsausbildung zurückgegangen ist. Die Steyr-Daimler-Puch haben im Jahr 1986 - das wurde vom Hrn. Koll. Bremm schon gesagt - eine neue Lehrwerkstätte mit jährlich mind. 100 neu auszubildenden Lehrlingen begonnen, sowohl gewerblich, wie auch kaufmännisch und technisch. Das jetzt fast die gleiche Anzahl in dem Betrieb beschäftigt sind, wie damals bei Steyr-Daimler-Puch durch BMW und andere Betriebe, die jetzt die Nachfolgebetriebe sind, und dennoch die neu aufzunehmenden Anzahlen der Lehrlinge um 50 % zurückgegangen sind, also 50 % reduziert, das ist eigentlich das Problem. Wir haben zu der besten Zeit - hier war ich der zuständige Lehrlingsreferent - 167 Lehrlinge aufgenommen. Das waren Zeiten, da wurde uns vorgehalten, warum wir das dort oben gebaut haben, wir brauchen ja die Lehrlinge draußen in den Betrieben. Wir haben genau gewußt, daß die Zeit einmal kommt, daß irgendwann die Facharbeit wieder gefragt wird. Eine zeitlang hat es so ausgesehen, es kann im Betrieb nur mehr einer aufgenommen werden, der von einer HTL udgl. kommt und einen gewissen Titel bereits hat. Das ist die Frage, die uns in nächster Zeit berühren wird. Ich sehe es, daß jetzt schon eine große Auswahl getroffen wird und es hat jeder eine Freude, wenn er sich von 300 ca. 5 Lehrlinge aussuchen kann. Das ist das Problem. Es bleiben dabei sehr viele übrig. Ich kann dem Antrag als solches auch nur marginal zustimmen, weil er von der Sache her nicht ganz das richtige trifft. Ich meine aber, von der Dringlichkeit her ist es wichtig, daß wir uns damit beschäftigen müssen. Um das geht es. Ich würde nur bitten - Othmar ist ja nicht mehr der Vorsitzende in der Kammer, aber würde bitten

ZWISCHENRUF:

Er ist es noch.

Entschuldige! Aber es ist schon bestimmt, daß der nächste nachkommt. Entschuldige! Ich würde aber trotzdem bitten in diesem Zusammenhang - Othmar entschuldige, daß ich dich schon dort nicht mehr gesehen habe -, daß man auch in der Wirtschaftskammer ganz besonders darauf hinweisen sollte, in jedem Betrieb Lehrlinge auszubilden. Ich glaube, ein jeder Betrieb ist gut beraten dazu, wenn er sich die Lehrlinge selber ausbildet, weil die Kapazität, die er von der fachlichen Seite her braucht, er sich sicher selber am besten ausbilden kann und auch prägen kann. Ich sage das immer wieder. Es sollte auch nicht davon abgegangen werden, die Lehrlingsausbildung in dieser Form, wie wir es bisher gemacht haben, weiterzuführen. Sie haben es ja vorerst gesagt, so wie in den 60iger Jahren, da hat es ja wunderbar funktioniert. Ich glaube auch noch in den 70iger und 80iger Jahren. Nur jetzt ist es eingebrochen. In den letzten 3 - 4 Jahren ist es eklatant zurückgegangen. Die große Kapazität, die dort aufgenommen wurde, ist jetzt um 50 % reduziert. Wir brauchen sie in Zukunft, wenn wir auf weitere Betriebsansiedlungen Wert legen. Ich sage das einmal, weil alleine mit der Schule kann man es nicht machen. Man braucht auch die praktische Arbeit dazu. Das wird unser Problem sein, wo wir uns darauf konzentrieren müssen. Die Meinung, daß das Magistrat das jetzt ausfüllen soll, was draußen am Markt frei ist, das wird nicht der Fall sein, weil es teilweise gar nicht möglich ist. Ich bitte sie noch einmal den Antrag abzuändern, damit er dem entspricht, was wir uns alle miteinander vorstellen. Wir sollten das schon ausweiten und verbessern. Davon gehe ich aus. Vielleicht können wir es in einigen Bereich vielleicht noch zusätzlich verbessern. Wir können aber nicht davon ausgehen, daß wir Lehrlinge ausbilden und dann sagt man, es müssen dafür andere gehen, weil man sich die Jungen behalten will. Meine Damen und Herren, das wird wahrscheinlich nicht gut gehen, weil hier gibt es rechtliche Verträge, die man nicht umgehen kann. Auch nicht wenn man möchte.

ZWISCHENRUF:

Überhaupt nichts machen ist das schlechteste.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Koll. Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das man gar nichts macht, Hr. Dr. Pfeil, stimmt sicherlich nicht. Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, wir müssen immer in die Länge ziehen. Aber es ist schon interessant. Es ist heute schon ein bisserl durchgedrungen, bei den vielen Wortmeldungen, daß auf einmal hier der Ruf ist mehr Staat oder Stadt und weniger Privat. Da wird der Flexibilisierungsbegriff schon ganz schön auf die Folter gespannt, wenn ich das so sehe. Hier wurde gerufen nach Personalverminderung und Privatisieren, vor allem die gewerblichen Bereiche soll man nach der Reihe ausgliedern. Und jetzt kommen wir dann daher und sagen Lehrlinge sollen wir ausbilden. Ich bekenne mich grundsätzlich

voll dazu und habe auch meine Probleme im Betrieb, vor allem auch mit den kaufmännischen Lehrlingen, die es grundsätzlich nicht mehr gibt. Riesen Auseinandersetzungen mit dem Generaldirektor, wobei man es ihm relativ schwer entgegenbringen kann, seine Argumente und die, die wir alle miteinander, die in diesen Gremien tätig sind auch haben, wenn dann die Handelsschule aus ist, wenn die HAK aus ist, Ferienbeginn und die Eltern dann vor der Türe stehen und sagen, jetzt bringe meine Tochter unter. Gleichzeitig stehen die selben Eltern da und sagen, ein Lehrmädchen hätte ich eigentlich auch noch unterzubringen. Ob jetzt dann der Jugendliche mit 14 oder mit 16 Jahren auf der Straße ist, ist beides schlimm. Hier müssen wir wirklich alle miteinander trachten, was wir hier dagegen bewirken können. Ich glaube grundsätzlich, daß es sicherlich nicht passieren kann, daß einfach diese Verantwortung, die die Industrie und Wirtschaft trägt, so in die öffentliche Hand hinübergeleitet werden kann. Hier kann ich den Begriff sicherlich nicht nachfolgen, hier würde auf einmal Verstaatlichung oder Verstadtlichung oder öffentl. Hand gelten. Das hat auch der Hr. Koll. Bremm so gemeint. Er hat nicht gesagt die öffentliche Hand soll nicht fördern. Fördern oder übernehmen ist hier die Diskrepanz. Die Förderung als solches, die an sich ja sowieso gegeben ist und die an sich ein permanenter Vorgang ist, die ist ja vorhanden. Aber das die öffentliche Hand die Verpflichtung der Lehrlingsausbildung grundsätzlich übernimmt, glaube ich, ist eine sehr problematische Entscheidung und wird sicherlich nicht nachzuvollziehen sein. Die Lehrlinge aus dem Gewerbe - Othmar du hast schon recht, daß die Großteils in die Steyr-Daimler-Puch gegangen sind, aber eine Reihe von Lehrlingen aus dem Gewerbe sind auch bei uns im Magistrat beschäftigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Meine Damen und Herren, wer wünscht noch das Wort zu diesem Themenkreis? Niemand mehr. Ich möchte vielleicht schon bemerken, daß das Thema aus meiner Sicht natürlich hochaktuell ist, und daß natürlich auch etwas geschehen muß. Das Problem ist nur wahrscheinlich nicht damit zu lösen, daß wir um 200 oder 300 % mehr Lehrlinge beim Magistrat aufnehmen. Dann werden es vielleicht 6 oder 7 sein. Nur das man das auch einmal sichtbar macht. Ich habe heute am Beginn bei meinem Bericht gesagt, 76 % mehr Lehrstellensuchende als vor einem Jahr. Es ist ja aus verschiedenen Seiten versucht worden auch zu erläutern, warum das ist. Ich kann mich mit vielen Dingen identifizieren. Es nur schwierig, wenn die großen Unternehmungen, und jetzt rede ich noch gar nicht von den kleinen und mittleren, da kenne ich die Umstände nicht so genau, aber die großen Unternehmungen und die kann man nur festmachen an der Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG, die vom Krieg bis jetzt 6000 Lehrlinge ausgebildet hat. Vor 10 Jahren ist diese Lehrwerkstätte neu hingebaut worden, modernsten Gesichtspunkten damals entsprechend. Die Kosten haben rund S 45 Mio. betragen und S 23 Mio. davon hat die öffentliche Hand finanziert, S 18 Mio. das Sozialministerium - ich war selber damals mit in diesen Verhandlungen involviert. Die Stadt Steyr hat damals S 5 Mio. bezahlt. An das möchte ich erinnern. Dh., wir haben das Thema immer erkannt, wir haben ihm immer Wichtigkeit beigemessen. Das Problem, das ich sehe, ist nur das; bei dieser Lehrwerkstätte gibt es ausgezeichnetes Ausbildungspersonal. Also die Ausbilder dort sind hervorragend darauf ausgebildet Lehrlinge auszubilden. Der Beweis dafür ist ja der, daß diese bei Weltmeisterschaften, Berufsolympiaden usw. hervorragend abgeschnitten haben und höchste Preisträger in ihren Reihen haben bei den Ausgebildeten. Sie haben auch erst vor weniger Monaten den Staatspreis bekommen. Und daß dort 50 % der Kapazität leerstehen, das muß man ja erst einmal sehen. D.h. also, wenn wir das im lichte dieses Antrages sehen, dann sage ich natürlich ist jeder aufgefordert mehr Lehrlinge auszubilden, wenn es die Möglichkeit gibt und ich bekenne mich dazu, das auch beim Magistrat zu tun. Nur zu einem bekenne ich mich nicht. Daß wir auf einmal Bürokaufleute oder sonst irgend etwas ausbilden, ohne wirklich auch die Gewähr dafür haben, daß die Ausbildung eine qualifizierte ist. Nur das wir ein Mädchen oder einen jungen Burschen quer durch die Abteilungen durchmarschieren lassen, das kann ich mir nicht gut vorstellen. Es ist auch so, daß die Ausbildungsmöglichkeit - auch wenn sie es nicht so interessiert Fr. Koll. Bauer - wir haben uns mit diesen Dingen wirklich viele Jahre eindringlich beschäftigt, das können sie mir glauben. Ich habe da überhaupt keinen Spaß bei diesen Dingen. Ich möchte das nur festhalten, daß hier viele

herinnersitzen aus hohem Bereich die sich mit der Materie intensiv jahrelang beschäftigt haben. Es ist nicht so einfach, einfach zu sagen, so wir tun jetzt die Lehrlingsanzahl aufstocken. Ich glaube, daß es möglich ist und ich bin auch dafür, daß wir das tun. In Wahrheit kommt es aber darauf an, daß in der Wirtschaft wieder mehr Lehrlinge ausgebildet werden. Und weil der Hr. Koll. Payrleithner gesagt hat, irgendwer hat Hemmungen, ich weiß es nicht, das zu sagen in Gegenwart von - wie hast du gesagt - „die Nase hochtragenden Managern“, da bist du ja schon fast so stark wie der Holub. Ich kann nur sagen, ich habe die Gelegenheit vorige Woche beim Richtfest beim BMW nicht ungenutzt vorbei gehen lassen, genau dieses Thema anzusprechen. Es waren einige Kollegen aus unserem Kreis dort. Ich habe sie aufgefordert Lehrlinge auszubilden und zwar im eigenen Interesse, weil die Wirtschaft die Standortattraktivität maßgeblich verlieren wird, würden wir über einen längeren Zeitraum keine Facharbeiter ausbilden. Da bin ich überzeugt davon. So sehr wir uns im Schulbereich anstrengen müssen von der Volksschule bis zur Hochschule, genauso wichtig brauchen wir auch die Ausbildung gewerblicher Dienstnehmer. Die Wirtschaft wird sie selber brauchen und es mir lieber, sie käme rechtzeitig darauf, als erst dann, wenn es zu spät ist. Daher habe ich auch wirklich mit allen maßgeblichen Politikern hier schon einen brieflichen Kontakt aufgenommen und habe bereits im Jahr 1994 dem Hrn. Bundeskanzler anlässlich seines Besuches neben der Nordspange die Lehrwerkstätte ans Herz gelegt und habe verlangt, daß im schlechtesten Fall eine Bundeshaftung übernommen wird. Es geht nämlich darum, daß die Kapazitäten dort genutzt werden. Die können nämlich Lehrlinge ausbilden, die haben das bewiesen. Wir sollten nicht krampfhaft irgend etwas anderes aus dem Hut zaubern. Ausbildung beim Magistrat - ja, ich bin dafür. Es steht allerdings drinnen, wir sollen so etwas schaffen. Das brauchen wir nicht, weil das gibt es bereits. Was wir machen könnten und dazu bekenne ich mich, daß wir versuchen mehr auszubilden. Allerdings muß gewährleistet sein, daß Ausbildung auch wirklich zum Ergebnis führt, was gewünscht wird, daß der nämlich dann ein qualifizierter Facharbeiter oder Fachfrau oder eine Bürokauffrau oder sonstiges ist. Wobei natürlich eines zutrifft, Hr. Dr., da bin ich nicht einmal ausnahmsweise, sondern öfter mit ihnen voll einer Meinung, daß natürlich das alles kein Zufall ist, daß das ein jahrzehntelanger Prozeß ist. Es haben die Leute eben das Gefühl, daß die „Bleistifthockn“ angenehmer und sicherer ist, was nicht unbedingt zutreffen muß, aber subjektiv jedenfalls so empfunden wird. Daher gehen alle lieber an die Schulen und die Eltern meinen, die Kinder sollen es besser haben. Daher will keiner so gerne einen gewerblichen Beruf ergreifen, wo er sich unter Umständen auch dort und da die Finger schmutzig machen muß. Da ist ein Umdenken in der Gesellschaft erforderlich und genau diese selbe, fast wortgleiche Rede habe ich vor 10 Jahren im Parlament zu diesem Thema gehalten, das können sie nachlesen. Weil ich das kenne. Es ist eben ein Problem. Als erstes werden in einem Betrieb die Arbeiter hinausgeschmissen. Außerdem werden sie noch von oben herab angesehen. Die spüren das mit der Zeit und versuchen sich beruflich zu verbessern. Sie verdienen eben auch am wenigsten. All das spielt eine Rolle und alle sind gut beraten, auch wir, Einfluß zu nehmen, wo wir auch immer können, daß wir in der Zukunft hier diesen Moment wirklich mehr Bedeutung zumessen, und daß wir auch Meinungen bilden in allen Bereichen, soweit wir das können, daß hier auf diesem Gebiet das besser wird. Die Wirtschaft wird in der EU ohne gute Facharbeiter sicher weniger Chancen haben, als wenn wir diese Fachkräfte zur Verfügung haben. Da kann ich auch nur sehr appellieren an dich, lieber Koll. StR Schloßgangl, auch in deinem Bereich diese Meinung zu verbreiten. Ich bin ziemlich sicher, daß du das auch so siehst. Damit kommen wir, wenn keine Wortmeldung mehr ist, zur Abstimmung. Es ist hier ein Abänderungsantrag gestellt, über den ich zuerst abstimmen lassen muß. Ich werde ihn noch einmal zur Kenntnis bringen. Es ist eigentlich der F-Dringlichkeitsantrag mit einer kleinen Änderung, nämlich wo steht „Dienstleistungsbereich zu schaffen“ ist das Wort „zu schaffen“ gestrichen und es soll heißen „wie bisher auch in Zukunft zur Verfügung zu stellen“, weil Schaffung ist inhaltlich falsch, weil die Möglichkeit auch jetzt besteht und auch wahrgenommen wird. Was wir tun könnten wäre hier stärker in diese Richtung zu orientieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann ist die bisher falsch, wenn wir stärker Lehrlinge einstellen sollten in der Richtung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe den Antrag nicht gestellt. Ich habe in wiederholt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben ihn kommentiert und haben gesagt, daß

Stimmen wir es ab.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Es ist kein Problem, wenn man es trotzdem ausbessert.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Du bist der Antragsteller. Vielleicht kannst du eine Formulierung vorschlagen, hinter der sich alle versammeln. Das wäre gut.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

Wie heißt das jetzt? Dazu muß auch noch Zeit sein, daß wir das jetzt richtig formulieren. Es soll ja einen Sinn haben.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Darf ich das jetzt noch einmal allgemein vorlesen. Der Abänderungsantrag lautet:

Die ersten 3 Zeilen bleiben unverändert und dann „sowie zu handwerklichen Berufen im Dienstleistungsbereich nach Bedarf vermehrt zu Verfügung zu stellen“.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da ist der Abänderungsantrag!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Geschäftsordnung?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte Hr. Dr., zur Geschäftsordnung.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Es kann nicht sein, daß wir 20 Gasinstallateure ausbilden im Gaswerk, wenn der Bedarf nicht da ist.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Oppl, ich verstehe ihren Abänderungsantrag sinngemäß nicht. Wollen sie mir bitte erklären, was jetzt genau der Unterschied zwischen ihrem Abänderungsantrag und dem Hauptantrag ist. Ich habe ihn nicht verstanden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es steht der Antrag der FPÖ dann zur Abstimmung, und es steht dieser Antrag in der Form des zuletzt vom Koll. Walter Oppl vorgetragenen Abänderungsantrages zur Abstimmung.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

Kannst du das noch einmal wiederholen? Darf ich das einmal vorlesen, was er hier hergeschrieben hat. Ich bitte um Konzentration.

„Der Bürgermeister beauftragt die zuständigen Organe und Dienststellen, spätestens mit Beginn des nächsten Berufschuljahres, im Magistrat Lehrstellen für die Ausbildung zum Bürokaufmann sowie zu handwerklichen Berufen im Dienstleistungsbereich nach Bedarf vermehrt zur Verfügung zu stellen.“

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

Das ist der Antrag. Ich habe ihn einmal vorgeschlagen. Und jetzt lassen wir abstimmen über den Abänderungsantrag und dann über den Hauptantrag. Wer stimmt für den Abänderungsantrag? 14 Stimmen.

Wer stimmt für den Hauptantrag? 16 Stimmen (7 F, 7 V, 2 GAL).

16 : 14 ist der Antrag angenommen? Abgelehnt?

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

Der Hauptantrag ist angenommen. Das habe ich gemeint. Ich habe bereits im Vorfeld erklärt, daß ich dafür bin, daß wir mehr Lehrlinge ausbilden.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

Der Hauptantrag ist angenommen.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Du hast den Antrag verlesen und ich nehme an, daß die Mitglieder des GR gemeint haben, daß jetzt über diesen Antrag abgestimmt wird.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

Das war jetzt der Abänderungsantrag. Über den wurde abgestimmt und dieser hat keine Zustimmung erfahren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Abänderungsantrag hat keine Mehrheit erhalten.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

Vielleicht macht das einer nach dem anderen. Der Abänderungsantrag hat keine Mehrheit erhalten.

ZWISCHENRUF:

Nein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was nein? Meldet euch zu Wort. Jetzt wird das schon ein bisserl unkonzentriert. Abgestimmt ist der Abänderungsantrag, der zuerst von mir zur Abstimmung gestellt wurde, und er hat keine Mehrheit erhalten.

ZWISCHENRUF:

Der Hauptantrag hat eine Mehrheit mit 16 : 14 Stimmen.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

ZWISCHENRUF:

Das stimmt nicht. Wir haben erst einmal abgestimmt.

ZWISCHENRUF:

Wir haben doch zweimal abgestimmt.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben über den Abänderungsantrag abstimmen lassen. Die einen haben dafür gestimmt und die anderen dagegen.

ZWISCHENRUF:

Das ist nicht wahr!

Können wir hören, was das für ein Ergebnis war? 16 dagegen, 14 dafür. Ich gehe davon aus, daß wir über den Hauptantrag noch nicht abgestimmt haben. Ist das so, oder haben wir über den auch abgestimmt?

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

Also ich habe den Fehler gemacht. Ich habe nämlich nicht fertig abstimmen lassen über den Abänderungsantrag. Was ja kein Wunder ist hier bei dem

Der Abänderungsantrag hat keine Mehrheit gefunden. Dh. eigentlich, daß wir über den Hauptantrag noch abstimmen müssen.

ZWISCHENRUF:

Nein, das haben wir schon.

Das habt ihr auch schon. Also bitte, wenn ihr das so seht. Der Hauptantrag hat die Mehrheit gefunden?

Da meint jeder etwas anderes.

ZWISCHENRUF:

Wir haben doch den Präsidialdirektor, der doch etwas sagen kann.

Wir werden das jetzt einmal rekonstruieren, alle sind schon so müde, nervös und unkonzentriert. Ich schließe mich selber nicht aus.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Wir haben dann den Hauptantrag zur Abstimmung gestellt. Für den Hauptantrag hat es 16 Pro-Stimmen gegeben. Ich weiß aber nicht, wie viele Contra-Stimmen und Stimmenthaltungen es für den Hauptantrag gegeben hat. Das weiß ist nicht.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gollatsch zur Geschäftsordnung.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Meine Damen und Herren. Abgestimmt wurde über den Abänderungsantrag: 14 Pro-Stimmen. Dann hast du, Hr. Bürgermeister, gesagt: Und jetzt stimmen wir über den Hauptantrag ab. Das waren dann 16 Prostimmen. Daher ist es vollkommen egal, ob wir über Abänderungsantrag abstimmen. Eine Stimmenthaltung ist genauso dagegen. Daher ist das egal.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das stimmt. Inhaltlich ist der Antrag entschieden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Lassen sie darüber abstimmen, wer beim Hauptantrag dagegen ist und wer Stimmenthaltung übt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer beim Hauptantrag dagegen stimmt, bitte ein Zeichen zu geben. Wer sich der Stimme enthält, bitte ein Zeichen zu geben. 14 Stimmen.

Der Hauptantrag ist sowieso angenommen. Das habt ihr ja selber alle einhellig festgestellt. Ich habe ja nur ein Problem beim Hauptantrag, weil hier steht „zu schaffen“ und das ist schon geschaffen. Das hat übrigens auch die ÖVP 3 mal bemerkt in ihren Wortmeldungen. Ich glaube, jetzt machen wir eine Pause.

PAUSE VON 17.40 BIS 17.55 UHR

HERR GEMEINDERAT ROHRAUER FRANZ VERLÄSST UM 17.45 UHR DIE SITZUNG.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Als nächster kommt der Tagesordnungspunkt 25 zur Antragstellung bzw. Debatte und Abstimmung. Debattieren wird man sich sparen können. Koll. Tatzreiter bitte ans Pult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren, wertres Präsidium. Es geht eigentlich nur mehr um die formale Beschlußfassung über den Konkurs der Brigitte Röder, vor allem aber über die Abgabe eines Kaufanbotes seitens der Stadtgemeinde. Wie wir ja schon heute erfahren konnten bzw. berichtet erhalten haben, wird dieses Kaufanbot auch zum Ausrufungspreis in die Richtung des Vertragswerkes über die Bühne gehen. Ich darf jetzt den Formalakt, also den Antrag bringen und es möge daher der GR. beschließen:

ÖAG-38/96 Konkurs Brigitte Röder, Abgabe eines Kaufanbotes für die Liegenschaft Gaswerksg. 2-4

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 9. 8. 1996 wird zum möglichen Erwerb der Liegenschaft Gaswerksgasse 2 - 4 der Abgabe eines Angebotes an den Masseverwalter, Herrn Rechtsanwalt Dr. Erhard Hackl, in den Konkursen gegen Brigitte Röder bzw. Helmut Röder GesmbH zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt. Das Angebot hat demnach den Betrag von S 4,1 Mio. zuzüglich einer möglichen Umsatzsteuer gem. §§ 12 Abs. 10 und 14 Umsatzsteuergesetz zu enthalten. Gleichzeitig wird die Steuerberatungskanzlei Dr. Schwarz mit der Überprüfung betraut, ob eine Umsatzsteuer im Sinne dieser Gesetzesstelle anfällt. Da die Frist zur Abgabe des Angebotes mit 6. 9. 1996 in der Rechtsanwaltskanzlei einlangend festgesetzt wurde, wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug ermächtigt.

Ich bitte dem die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort gewünscht zu dem Antrag, der eigentlich schon überholt ist? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich übergebe den Vorsitz an Koll. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz und gebe zur Berichterstattung Hrn. Bürgermeister Leithenmayr

das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Vizebürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Wir haben einige Ehrungen zu beschließen. Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Verleihung der Ehrenmedaille an Hrn. Konsulent Alfred Kaulich. Der Antrag lautet:

Präs- 333/96 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Konsulent Alfred Kaulich

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 3. 7. 1996 wird Herr Konsulent Alfred Kaulich gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBL. Nr. 9/1992, mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet. Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste, die er sich als Mitbegründer und jahrelanger Obmann der Kunstgruppe Steyr, langjähriger Stabführer der Stadtkapelle sowie im Rahmen seines gesamten, weit über die Stadtgrenzen anerkannten künstlerischen Wirkens erworben hat“.

Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben den Antrag gehört. Wer meldet sich diesbezüglich zu Wort? Ich sehe niemanden. Schlußwort gewünscht?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke nein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Verleihung der Ehrenmedaille an Herrn Komm-Rat Ennsthaler. Der Antrag lautet:

Präs-334/96 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Komm-Rat Wilhelm Ennsthaler

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 3. 7. 1996 wird Herr Komm-Rat Wilhelm Ennsthaler mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr gem. § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, ausgezeichnet. Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um den Auf- und Ausbau des Buch-, Verlags- und Druckereiwesens und seiner engagierten und erfolgreichen Tätigkeit in den verschiedenen regionalen und überregionalen Fachgremien.“

Ich bitte hier ebenfalls um Debatte und Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer meldet sich zu Pkt. 2 der Tagesordnung zu Wort. Ich sehe niemanden. Schlußwort? Wird nicht gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der dritte Antrag beschäftigt sich mit der Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn DI Dr. Ernst Feizlmayr. Der Antrag lautet:

Präs-335/95 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn DI Dr. Ernst Feizlmayr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 3. 7. 1996 wird Herr DI Dr. Ernst Feizlmayr mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gem. § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, ausgezeichnet. Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste, die er sich um die Sicherung und Stabilisierung der Arbeitsplätze bei Steyr Daimler Puch und bei der Steyr Nutzfahrzeuge AG erworben hat sowie für seinen persönlichen Einsatz bei der Realisierung von wichtigen kulturellen Forschungs- und Bildungseinrichtungen der Stadt“.

Auch hier bitte ich um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer wünscht diesbezüglich das Wort? Ich sehe niemanden. Schlußwort? Wird nicht gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag Nr. 3? Danke. Wer ist dagegen?

Stimmenthaltungen werden nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Förderung des VPTÖ. In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den GR:

Ha-12/93 Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ) Finanzierungsbeitrag für das Jahr 1996

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 19. 7. 1996 wird der Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ), Wehrgrabengasse 5, 4400 Steyr, für das Jahr 1996 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 2,7 Mio. gewährt. Zum genannten Zweck wird ein Betrag von S 2,7 Mio. bei der VSt. 5/2890/777000.2 freigegeben. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 2,7 Mio. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Betrag herbeigeführt werden.

Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer wünscht zu Pkt. 4 das Wort? Niemand. Schlußwort wird auch nicht gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag Nr. 4? Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft den Bericht der FA für Kontrolle und Revision für das Jahr 1995. Es ergeht der Antrag des Prüfungsausschusses an den GR:

Rp-2/95 Jahresbericht 1995 gem. § 39 Abs. 3 StS

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1995 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen.

Dieser Bericht wurde in der Sitzung des Prüfungsausschusses vom 1. 7. 1996 angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Ich sehe eine Wortmeldung dazu. Herr StR Spöck bitte.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Das letzte mal darf ich hier Dankeschön sagen als Mitglied des Prüfungsausschusses. Dankeschön sagen der FA f. Kontrolle und Revision für ihre Tätigkeiten, der FA Kontrolle und Revision unter der Leitung von Herrn SR Dr. Gottlieb-Zimmermann. Vor allem möchte ich ein Dankeschön sagen für die Preisverhandlungen. Gerade die Preisverhandlungen haben in den letzten Jahren Millionen Schillinge für die Stadt erbracht. Ebenso positiv zu bewerten ist die Tätigkeit der FA f. Kontrolle und Revision, die begleitende Kontrolle, die sich sehr positiv auch in Zahlen für die Stadt ausgewirkt hat. Der heutige Jahresbericht behandelt nur Überschriften, die Verhandlungsgegenstände wurden ja ausführlich in den Sitzungen behandelt. Ich stimme diesem Antrag natürlich zu und bitte den Herrn Magistratsdirektor den Dank an die Beamenschaft, die Kolleginnen und Kollegen der FA f. Kontrolle und Revision weiterzugeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau GR Radmoser bitte. Sie verzichtet. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich sehe, daß ist nicht der Fall. Schlußwort wird nicht gewünscht. Dann kommen wir zur Abstimmung des Antrages des Prüfungsausschusses. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Danke Herr Bürgermeister Leithenmayr. Ich gebe den Vorsitz somit wieder zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme wieder den Vorsitz. Anstelle der Koll. Mach, die ja beim Verkehrsverbund heute in Linz im Landhaus Unterschrift leisten wird für die Stadt Steyr und auch der Koll. Eichhübl sowie die Koll. Lohnecker wird jetzt in Vertretung der Koll. Mach der Koll. Spanring die Anträge uns vortragen. Bitte sehr Hr. Koll. Spanring.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING ANSTELLE VON
BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im ersten Antrag den ich vorbringen möchte, wertest Präsidium, meine Damen und Herren, geht es um den Transfer des Kindergartens Promenade in das Volkshochschulgebäude und Vergabe der erforderlichen Arbeiten, Bewilligung einer Kreditüberschreitung. Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

Bau H-159/96 Transfer des Kindergartens Promenade in das Volkshochschulgebäude - Vergabe der erforderl. Arbeiten, Bewilligung einer Kreditüberschreitung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 2. 7. 1996 wird der Vergabe der

erforderlichen Arbeiten für den Transfer des Kindergartens Promenade in das Volkshochschulgebäude wie folgt zugestimmt:

P.1 Baumeisterarbeiten

P.1.1 Fa. Held & Francke, Steyr, netto S 900.467,29

P.2 Elektroinstallation

P.2.1 Fa. Elektrobau AG, Steyr, netto S 225.538,57

P.3 Fliesenlegerarbeiten

P.3.1 Fa. Seyrlehner, Steyr, netto S 65.382,66

P.4 Trockenbauarbeiten

P.4.1 Fa. Perchtold, Gmunden, netto S 193.577,00

P.5 Heizungs- und Sanitärinstallation

P.5.1 Fa. Haas, Steyr, netto S 129.074,56

P.6 Spenglerarbeiten

P.6.1 Fa. Wittner, Steyr, netto S 20.098,00

P.7 Schnelltauschfenster

P.7.1 Fa. Reform, Steyr, netto S 278.650,03

P.8 Schlosserarbeiten

P.8.1 Fa. Fratu, Steyr, netto S 104.262,20

P.9 Vorhänge, Bodenbeläge

P.9.1 Fa. Löger, Steyr, netto S 63.205,20

P.10 Malerarbeiten

P.10.1 Fa. Huber, Steyr, netto S 43.806,00

P.11 Tischlerarbeiten

P.11.1 Fa. Schlimmerer & Schnell, Salzburg netto S 614.158,85

12. Für diverse Leistungen, die mittels Bestellschein beauftragt werden, werden Mittel in Höhe von netto S 65.000,00 genehmigt. Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 2.024.100,00 für die Punkte P.1.1 - P.10.1 bei VASSt. 5/2400/01000.7 sowie in Höhe von S 679.500,00 für Punkt P 11.1 und 12 bei VASSt. 5/2400/043000.8 bewilligt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet Hr. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dieser Antrag wird aus 5 Gründen nicht meine Zustimmung finden.

Wir haben hier einen Kindergarten, der anstelle einer Schule kommen soll. Wir haben auf der anderen Seite eine Promenadeschule, wo aus der Schule jetzt ein Kindergarten werden soll. Das muß man den Steuerzahler erst einmal erklären, daß aus Schulklassen Kindergartenräumlichkeiten gemacht werden und aus Kindergartenräumlichkeiten Schulklassen gemacht werden. Dann ist uns im Sommer gesagt worden, daß eine Integrationsschule - und für diese ist ja die Platzmachungsprengel gebunden ist. Das ist eine nicht richtige Aussage. Integrationsklassen sind nicht sprengelgebunden. Man hat auch vergessen, daß dadurch auch höhere Kosten entstehen, wenn man nun von der Stelzhamerstraße Volkshochschulräumlichkeiten wegnimmt, daß weitere, höhere Kosten, Mietkosten für die Volkshochschule auftreten. Man muß sich vorstellen, wir haben jetzt schon alternative Schulklassen mit ca. 30 externen Unterrichtsmöglichkeiten bei der VHS. Und jetzt kommt mit Dringlichkeit und mit Kreditüberschreitung ein Antrag herein, für den ich absolut in dieser Form kein Verständnis habe. Es war bekannt, daß es aus dem Schulversuch - 4 Klassen Integrationsklassen Volksschule - natürlich etwas weiterführendes geben muß. Das war bekannt. Ich habe absolut kein Verständnis, daß wir jetzt Ende September über einen tatsächlichen Bestand bzw. über das fertige Projekt mit Dringlichkeit rückwirkend abstimmen sollen. Mir fehlt bei dieser Vorgangsweise absolut das Verständnis dafür, und auch als Kulturreferent bin ich mit dieser Vorgangsweise nicht einverstanden und habe das auch im Vorfeld ganz klar zum Ausdruck gebracht. Das ist jetzt keine Beurteilung der Notwendigkeit einer Integrationsklasse, das möchte ich ganz klar hier betonen, sondern eine Beurteilung der Vorgangsweise über diese Raumaufteilung bzw. den Raumtausch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht noch das Wort. Hr. StR Bremm, dann Hr. Lengauer.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie ich vor ca. einem schwachen Jahr die Funktion als Schulreferent angetreten habe, habe ich mir auch die Zeit genommen und einige Schulen, die im städt. Eigentum sind, besucht. Ich habe hier gerade in der Promenadeschule feststellen müssen, daß in diesem Bereich eine immense Raumnot vorhanden ist. Diese Situation hat sich dadurch noch verschärft, was Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil angeführt hat, daß das Weiterführen einer Integrationsklasse aus der Volksschule in die Hauptschule geplant war und dies nur möglich war, als daß diese aus dem Wehrgraben auf die Promenade verlagert werden muß. Es hat keine andere Alternative dazu gegeben. Es ist unmöglich irgendwo in anderen Stadtbereichen solche Integrationsklassen hin zu verlagern. Es war hier einfach die Entscheidung zu

treffen, die Integrationsklasse weiterzuführen oder diese nicht weiterzuführen. Wenn wir hier diese Räumlichkeit in der Promenadeschule nicht freigemacht hätten, wäre das Weiterführen der Integrationsklasse nicht möglich gewesen. Ich glaube, daß hier doch die Verlagerung des Kindergartens in die Volkshochschule - was ja nur eine Zwischenlösung war und auf Dauer kein begrüßenswerter Zustand ist, daß wir Schule und Kindergarten in einem Haus unterbringen - notwendig und auch gut war und somit können wir auch diese Integrationsklasse weiterführen. Es war nicht so, daß wir hier justament irgend jemanden aus einem Gebäude bringen wollen, sondern das war aus der Not heraus und deshalb auch unumgänglich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Koll. Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Bei den Budgetverhandlungen des Vorjahres haben wir manchmal hingewiesen, daß für die Integration der Hauptschulen Mittel vorgesorgt werden müßten. Unser Hinweis, unsere Bemerkungen wurden nicht ernst genommen, daher ist jetzt eine Überschreitung notwendig. Also wiederum ein Grund, aus dem wir damals sagten, wir könnten dem Budget nicht zustimmen. Dies nur als Vorbemerkung. Zweitens - Die Integration ist sicherlich keine Pflicht. Die Integration war an den Volksschulen Pflicht und es hat sich dann leider so ergeben, daß der Bund, der Staat, die Weiterführung nicht vorgesehen hat. Nun war es aber so, daß wir in Steyr in fast allen öffentlichen Volksschulen Integrationsklassen geführt haben und die Eltern nun vor dem Dilemma gestanden sind, ihre Kinder müßten nun einen Weg weiter machen können. Es hat nur zwei Möglichkeiten gegeben. Entweder Integrationsklassen an den Hauptschulen oder die Sonderschulklasse als Weiterbesuch für ihre Kinder. Hier haben die Eltern einfach diese Integrationsklassen gefordert und verlangt. Sicherlich sind auch die Integrationsklassen nicht an Sprengel gebunden. Das stimmt. Aber es hat sich gezeigt, daß überall dort, wo Hauptschulen sind, auch Eltern Integrationsklassen verlangt haben. Wir haben jetzt Integrationsklassen am Tabor, auf der Ennsleite und in der Promenadeschule. Der Wunsch der Eltern ist uns hier einfach zuvorgekommen. Unsere Hinweise wurden nicht gehört. Tatsache ist, daß wir diese Integrationsklassen einfach gebraucht haben, weil das im Zug der Zeit drinnen liegt. In 10 Jahren wird man vielleicht wieder anders denken, meine ich. Das ist aber meine persönliche Meinung. Der Zug der Zeit ist, daß Eltern diese Integrationsklassen wünschen. Wir werden diesem Antrag zustimmen, weil wir einfach meinen, den Forderungen und Wünschen der Eltern müssen wir entgegenkommen. Wir meinen noch einmal hinweisen zu müssen, daß unsere Hinweise nicht gehört worden sind. Hr. Dr. Pfeil, ich sehe auf der einen Seite ihre Argumentation ein, weil es keine Pflichtschule ist, daß sie Angst und Sorge haben, oder daß es für sie nicht ganz gut war, daß der Volkshochschule jetzt Klassen oder Räume für den Kindergarten genommen worden sind. Auf der anderen Seite ist das eben eine Notwendigkeit der Eltern und ich glaube, es fehlt uns auch im Kulturbereich das Konzept ein bißchen. Wenn ich mir so die Ergebnisse der Befragung über Kultur in Steyr angesehen habe..... Natürlich haben sie recht, wenn sie hinweisen, daß die Kultur durch die Konstruktion - Stadtrat für Kultur und Vorsitzender im Kulturausschuß - damit Schwierigkeiten hat. Aber wenn ich ihr Denken konsequent nachgehe, und wenn irgendwo ein Kanaldeckel nicht stimmt und dann der StR Schloßgangl als Baureferent die Schuld hat, dann muß ich in ihrem Denken auch sagen, wir müßten auch im Kulturbereich wirklich ein Konzept setzen und hier auch schauen, daß wir die Volkshochschule richtig unterbringen. Wir werden dem Antrag unter dem Hinweis zustimmen, wir hätten gemeint, Vorsorge wäre für Integrationsklassen zu treffen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe vielleicht eines noch vergessen zu erwähnen, das sind die Kosten. Es wurde bei der ersten Begehung in diesem Frühjahr gesagt, die Kosten werden ca. S 1 Mio. bis S 1,2 Mio. sein. Dann kamen die Leute vom Land, die Kindergärten professionell planen und haben gesagt, unter S 2,5 Mio. werdet ihr nicht auskommen. Es wurde im Steyrer Haus hier bestritten. Wie wir heute sehen, die Leute vom Land haben leider recht gehabt, daß das so teuer ist. Ich möchte noch einmal betonen, es ist ein Schulversuch für den jetzt Schulklassen errichtet werden, zum Nachteil einerseits des Kindergartens der abziehen muß und in zweiter Linie insbesondere der Volkshochschule. Hr. StR Bremm ich habe in ihrer Wortmeldung nicht heraushören können, warum eine andere Lösung nicht möglich war. Sie haben nur gesagt, und das höre ich schon ein dreiviertel Jahr, es geht nicht anders, wir müssen in die Volkshochschule hinein. Das verstehe ich bis heute nicht. Wenn sie mir irgend einen plausiblen Grund nennen, warum das ausgerechnet immer in der Volkshochschule oder im kulturellen Bereich sein muß, dann sagen sie es mir bitte. Herr GR Lengauer, die Verbindung zum Kulturkonzept habe ich nicht verstanden. Vielleicht bin ich hier etwas zu begriffsstutzig. Die Verbindung zwischen Schulversuch, Integrationsklassen und Kulturkonzept müssen sie mir vielleicht noch ein bisserl erklären. Das mit dem Kanaldeckel und so...

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Weil wir in keiner anderen Hauptschule Möglichkeiten gehabt hätten diese Integrationsklasse unterzubringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich möchte vielleicht aus meiner Sicht als Finanzreferent festhalten, die Frage der Finanzierung und der Notwendigkeit, daß das wirklich so rasch geschehen muß, ist erst Ende Mai - Anfangs Juni vom Bezirksschulinspektor an mich herangetragen worden. Ich habe, nachdem wir mehrere Zuständigkeiten sind, nämlich der Hr. Dr. Pfeil, weil wir nach Untersuchung die Volkshochschule ins Auge gefaßt haben, die Koll. Mach als Kindergartenreferentin, der Koll. Bremm als Schulreferent, die Herrschaften eingeladen, und wir haben über dieses Thema geredet. Ich glaube, auch in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz haben wir darüber geredet. Es ist nämlich hier meine Aufgabe die Koordination wahrzunehmen, wenn bereichsüberschreitende Themen auftreten und zu behandeln sind. Es war in Wirklichkeit die Frage, machen wir Integration weiter, wie sie gesagt haben Hr. Koll. Lengauer auch in der Hauptschule, oder machen wir das nicht. Da waren die Eltern mit den Kindern und auch die Lehrer hier und alle waren der Meinung, man muß das in kurzer Zeit tun. Es hat sich keine andere Möglichkeit ergeben, als das dort hin zu machen. Dazu kommt noch, daß auch dieser Kindergarten, der hier in der Promenadeschule untergebracht wurde, auch in einem Zustand war, daß er zu den Kindergärten gehört, die am ehestens substituiert werden sollten. Wir haben hier auch dazu Landesmittel angesprochen. Ich möchte noch dazu sagen, daß die Verteuerung, die hier jetzt zur Debatte kommt, auch von ihnen Hr. Dr. Pfeil, nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, weil wir einen Vollwärmeschutz an den Außenfassaden angebracht haben, was dem ganzen Gebäude natürlich auch nicht abträglich ist, sondern ganz im Gegenteil. Das muß bei dieser Gelegenheit gesagt werden. Noch eines möchte ich sagen. Kein einziger Kurs der

Volkshochschule mußte deswegen abgesagt werden. Also die Volkshochschule nimmt ihr volles Programm wahr. Es ist auch durch Umschichtungen gelungen, das Meiste ohnehin im Volkshochschulbereich in der Schule zu belassen. Einige Veranstaltungen werden allerdings in der Promenadeschule durchgeführt und die Schulen stehen ja traditionell auch, wie die Volkshochschule, zur Verfügung. Das ist ja ein miteinander und soll auch kein gegeneinander sein. Daher ist es ja nicht zutreffend, daß dort Mietkosten auftreten. Das stimmt nämlich nicht, weil natürlich die Promenadeschule keine Mietkosten Richtung Volkshochschule verrechnet, wenn dort ein paar Kurse mehr durchgeführt werden. Sie gehen ja ohnehin mit einem Teil ihrer Kurse schon traditionell in die Promenadeschule. Jetzt sind es ein paar mehr. Kosten entstehen keine mehr. Das wollte ich zur Aufklärung noch sagen. Ich darf fragen, ob Hr. Koll. Spanring ein Schlußwort wünscht? Bitte sehr.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im großen und ganzen wurde alles gesagt. Ich möchte vielleicht noch darauf hinweisen, was der Bürgermeister angeschnitten hat, daß die Deckung der Mieten durch Landesförderungen vor sich geht. Dh., wenn ich das buchhalterische System betrachte, wie es da läuft, daß ich dann Eingänge und Ausgänge gegenüberstelle, kann man durchaus mit der Ablehnung dieses Antrages dem Land Freude bereiten und auf die Landesförderungen verzichten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber bitte, wollen wir doch klarstellen, daß der Kindergarten „im Eck“ war, was seine Ausrüstung und Ausstattung angeht. Ich bin sehr froh, daß wir wieder einen Kindergarten ersetzt haben, und daß das in Ordnung ist. Ich weiß schon, daß das nicht die beste Lösung ist, Hr. Dr. Pfeil. Da gebe ich ihnen schon recht. Am besten wäre es gewesen, wir hätten noch einen zusätzlichen Kindergarten gebaut. Das hätten wir uns aber nicht leisten können und wäre auch in dieser Zeit nicht möglich gewesen. Wir haben nämlich jetzt beides. Wir haben das Kursprogramm nach wie vor voll angeboten und wir haben auch einen neuen Kindergarten. Darüber sollten wir uns eigentlich freuen. Dazu kommen noch maßgebliche Mittel vom Land, die auch noch möglich waren zu erreichen. Ich sehe eigentlich eine gute Lösung, weil Integrationsunterricht auch wichtig ist. Und das sage ich auch ganz unverblümt. Wenn ich zu entscheiden habe, ob behinderte Kinder unterrichtet werden nach einem System, das sich bewährt und wo Eltern, Kinder, Lehrer und Pädagogen sich einig sind, oder ob wir dort vielleicht einen Kurs der Volkshochschule, der auch bedeutsam und wichtig ist und unterstützt gehört, aber der sich eben in vielen Bereichen eher des Freizeitgeschehens, nicht nur eine Bildung, sondern auch Hobby, wenn ich an Seidenmalerei und Korbschnitzer usw. denke, in Vergleich ziehe, dann muß ich mich einfach für diese schulpolitisch wichtige Frage entscheiden. Das war letzten Endes auch ausschlaggebend, warum wir das gemacht haben. Hr. Dr. Pfeil, so schwer tragen sie an dem Ding auch wieder nicht. Es wäre schon schön, wenn sie für die Kinder auch einmal die Hand heben täten.

Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Wer ist dagegen. Keine Gegenstimme. Stimmenthaltung? 5 Enthaltungen. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

FRAU GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER VERLÄSST UM 18.33 UHR DIE SITZUNG.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING ANSTELLE VON
BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im nächsten Antrag geht es um die Einrichtung der Streetworkers.

JW-17/95 Streetworker

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 9. 8. 1996 wird vom GR als zuständigem Organ der Stadt Steyr gemäß § 46 Abs. 1 Z. 12 des Stadtstatutes die beiliegende Kostenbeteiligungsvereinbarung zwischen dem Land OÖ und der Stadt Steyr, betreffend Errichtung einer Projektstelle für Streetworker in Steyr, beschlossen, mit der sich die Stadt Steyr verpflichtet, in den nächsten 3 Jahren jeweils 1/3 der Gesamtkosten für eine Projektstelle (= 2 Streetworker), d.s. ca. S 415.000,-- pro Jahr zu übernehmen.

Ich ersuche um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Hr. Koll. Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR. Sie haben es erraten, ich werde diesem Antrag nicht zustimmen. Ich befinde mich aber, wie ich meine, in bester Gesellschaft. Der Vorgänger, der leider heute abwesenden Vizebürgermeisterin Mach, der, glaube ich, über Parteigrenzen hinweg von uns allen sehr geschätzt wurde, hat einmal gemeint, daß ist so ungefähr das letzte was wir in dieser Stadt brauchen. Ich kann mich dem eigentlich wirklich nur anschließen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist eine Gemeinheit.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das ist ja ganz interessant. Wenn man die Medien vor ein paar Wochen verfolgt hat, und das läßt auch etwas tiefblicken, was man von den Beschlüssen des GR und vom GR an sich in Steyr offensichtlich hält. Denn es ist bereits vor 2 Wochen in den Zeitungen gestanden, daß die Streetworker in Steyr bereits aktiv sind und heute werden erst die finanziellen Mittel dazu beschlossen. Das ist, meiner Meinung nach, eine etwas bedenkliche Vorgangsweise. Man könnte die Diskussion, die wir heute bei den Lehrlingen geführt haben, eigentlich nahtlos weiterführen. Denn, wie ich meine, es wird wieder einmal das „Pferd verkehrt aufgezäumt“. Es gebe viele Möglichkeiten, daß wir überhaupt einmal von Haus aus verhindern, daß wir derartige Einrichtungen bräuchten. Das fängt an bei den Sportstätten, Koll. Bremm. Die Sportvereine, die Förderung der Sportvereine, das

Freizeitangebot für Jugendliche, oder wie es zB in Deutschland bereits diskutiert und teilweise durchgeführt wird, daß Lehrlinge die Berufsschule besuchen können, auch dann, wenn sie noch keinen fixen Ausbildungsplatz in einer Firma haben. Über das Magistrat ist heute ja schon gesprochen worden. Es überrascht mich auch etwas, daß die Volkspartei diesem Ergebnis sozialistischer Familienpolitik zustimmt, weil eigentlich, wenn man so zurücksieht, warum ist es zu einer doch in gewissen Maße vorhandenen Jugendverwahrlosung gekommen. Es ist schon diese Politik, die hier betrieben wurde und die auch im letzten Belastungspaket wieder seinen Niederschlag gefunden hat. Kürzung der Karenz, oder ich weise auf das familienfeindliche Besteuerungssystem usw. in Österreich hin. Es ist ja kaum mehr jemand bei den Kindern zu Hause. Einen Arbeiter, wo die Frau mit 1, 2 Kindern zu Hause ist, den gibt es ja praktisch schon nicht mehr, weil es so ist, daß man sich das nicht mehr leisten kann. Hier wäre es notwendig, den Hebel anzusetzen. Es ist auch etwas absurd meiner Meinung nach, wenn man zB Organisationen, wie das Sputnik - im letzten Jahr haben wir diesem Spuk nicht mehr zugestimmt - auf der einen Seite aus dem „Stadtsäckel“ der Gemeinde Steyr subventioniert und auf der anderen Seite, wie ich sogar von eingefleischten sozialistischen Funktionären gehört habe, daß ihnen der kalte Schauer über den Rücken hinunterläuft, wenn sie daran denken, was sich im Hinterhof des Casinos, wo sich das Parteilokal befindet, abspielt. Vielleicht sollten wir auch dort einmal eine ordentliche Jugendbetreuung einführen. Es gibt ja auch Organisationen, wo man sich um die Jugendlichen schon seit Jahrzehnten in vorbildlicher Weise kümmert und die es auch Wert wären, sie in Zukunft vielleicht auch verstärkt zu unterstützen. Alpenverein, kath. Jugendbewegungen, Pfadfindergruppen usw. Das sind ordentliche Jugendorganisationen. Der Landesreferent der Streetworker hat vor kurzen in den OÖ Nachrichten erklärt, der Hauptgrund, warum wir so etwas brauchen, ist, weil den Jugendlichen so „fad“ ist. Da haben wir uns gedacht, ein Abänderungsantrag könnte vielleicht auch einen kleinen Schritt in diese Richtung setzen. Ich stelle einen Abänderungsantrag zu diesem Amtsbericht, daß wir diese finanziellen Mittel, die hier vorgesehen sind für diese unserer Meinung nach unnötige Einrichtung, der Lehrwerkstätte zur Verfügung zu stellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht mit in Behandlung. Zum Wort gemeldet Hr. Koll. Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Unsere Jugend hat heutzutage Probleme, das kann auch Koll. Payrleithner nicht abstreiten. Die Ursache für die Probleme unserer Jugendlichen sind viele. Ich gebe ihnen recht, daß wir alles tun müssen, um der Jugend Wege zu zeigen, daß sie ihre Freizeit sinnvoll verbringen kann, daß die Jugend wieder Werte sieht, daß die Jugend wieder an die Zukunft glauben kann. Hier müssen wir alles tun und deswegen unterstützen wir ja auch im GR die Ansuchen für Pfadfinder, für Jugendgruppen, für Jugendliche usw. Deswegen unterstützen wir im GR die Ansuchen der Sportvereine, wenn sie für Jugendliche etwas tun wollen, wenn sie Sportstätten bauen wollen, wenn sie Jugendveranstaltungen machen wollen. Aber das alles hilft uns nicht über die Tatsache hinweg, daß es Probleme gibt. Sie nennen das: „Schaut doch, was in den Hinterhöfen da irgendwo geschieht“. Wenn wir das sehen und dann noch sagen, es ist hinausgeworfenes Geld, wenn wir Fachleute, die diese Jugendlichen betreuen, in der Stadt Steyr anstellen, dann verstehe ich sie nicht. Ich verstehe sie nicht, wenn sie nicht begreifen können, daß die ÖVP-Fraktion mitstimmt, daß etwas getan wird für Jugendliche, die Probleme und Schwierigkeiten haben. Was anderes wäre es, wenn wir sonst nichts täten, wenn wir die Jugendarbeit und die Sportarbeit nicht unterstützen würden. Das tun wir ja. Aber wir müssen feststellen, daß das alleine nicht geholfen hat, und daß es auch die anderen Probleme gibt. Und hier müssen wir die Fachleute hinschicken. Eines meine ich müssen wir in unserer Stadt sagen: „Gott sei Dank, haben

wir diese Probleme noch nicht so radikal, wie vielleicht in Wien oder in Deutschland“. Ich meine, vorbeugen ist auch hier besser als heilen. Daher glaube ich, ist es eine ganz notwendige Sache. Wie oft klagen sie denn über die Problematik im Resthof, was hier geschieht, was hier mit den Jugendlichen los ist? Keine Wohnungsausschußsitzung geht vorbei, wo sie nicht klagen und jammern. Jetzt setzen wir eine Tat, jetzt tun wir etwas und da meinen sie, das wäre überflüssig. Ich bitte alle Damen und Herren des GR hier die Problematik zu sehen und hier wirklich zwei Punkte zu sehen, den Jugendlichen zu helfen, die auf Abwege gekommen sind und bitte auch zu sehen, daß wir durch die Hilfe der Streetworker manches abhalten können, was vielleicht ohne diese Damen und Herren in Zukunft auf uns noch zukommen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster, Koll. Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertres Präsidium. Die heutige Zeit ist leider Gottes gekennzeichnet von Streß, wenig Zeit für einander, und auf der anderen Seite von Gewalttätigkeit, die daraus resultiert. Ich glaube, es war eine sehr bestürzende Meldung von meinem Koll. Payrleithner, der da meint, die sozialistische Politik hat er gesagt - es ist die sozialdemokratische Politik für mich - hätte hier Einfluß genommen in einem Zeitfaktor, der auf der ganzen Welt vorhanden ist. Ich glaube, sie überschätzen uns ein bißchen in dieser Richtung. Unser Koll. Sablik hätte gesagt, er wäre auch dagegen. Diese Äußerung müssen sie belegen, weil ich glaube, das möchte ich mit dem schärfsten zurückweisen, daß der Vorgänger von Frau Koll. Mach, eben der Koll. Sablik, eine solche Äußerung jemals in seinem Leben getätigt hätte oder hat. Zeitungen hätten geschrieben es wird bereits gearbeitet. Ja gearbeitet daran, aber es ist geplant, daß hier Streetworker installiert werden, aber es ist nicht drinnen gestanden - ich habe den selben Artikel gelesen - daß sie bereits aktiv sind. Und mit welchem Wunder vernehme ich die Äußerung eines Koll. Payrleithners der da sagt, die Sportvereine gehörten gefordert und im nächsten Augenblick würde er sofort hier sagen, die Förderungen sind wesentlich zu hoch für eben dieselben Sportvereine. Daher weiß ich nicht, welch wundersame Veränderung hier vorgegangen ist, aber ich nehme an es ist ein positiver Aspekt. Wir fördern ja alle diese Sportvereine, wir versuchen ja die Freizeit zu gestalten, wir versuchen die Jugendlichen selbstverständlich hier auch in der Freizeit dementsprechend mit sinnvollen Betätigungen zu versorgen. Aber ich glaube, und mein Vorredner Koll. Lengauer hat das bereits gesagt, das alleine kann nicht ausreichen. Daher kann es nur heißen, den Forderungen der Jugendlichen selbst zu entsprechen, die sich dessen bewußt sind, daß es hier doch diese Prolongate gibt und ich glaube, das alleine sind wir ihnen schon schuldig, nicht zuletzt auch deswegen, weil wir ihnen das Gefühl geben wollen - und dafür stehe ich besonders gerade - ernst genommen zu werden. Ich kann mir schon vorstellen, daß gewisse Zunahmen an Gewalttätigkeiten für so manche politische Strömung verwendet werden kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau das wollen wir verhindern. Daher bitte ich um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster, Hr. Koll. Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Ich habe mir zwei ältere Protokolle herausgesucht, die zu diesem Thema passen. Das erste ist vom vorigen Jahr vom 6. 7. - „2. Sitzung des Jugendgemeinderates“. Unser Jugendgemeinderat Kaiser war auch, glaube ich, dabei. Da habe ich mich beim Thema Streetworker zu Wort gemeldet und habe gemeint, es wäre eine Hilfe, wenn sich die Jugendlichen in der Freizeit sinnvoll beschäftigen könnten. Ich habe dann auch angeführt, daß es gerade ein Problem ist für Jugendliche in den Ferien eine Arbeit zu finden, Ferialjobs etc. Ich habe auch das Personalproblem des Sozialamtes erwähnt. Mir ist es nicht klar, warum das Sozialamt diese Aufgabe nicht übernehmen kann. Bis jetzt nicht. Ich bin damals in dieser Sitzung natürlich von meinem jetzigen Vorredner interessanter Weise vom Hrn. Koll. Philipps hier ein bisserl kritisiert worden: „Wenn ich dem Koll. Fürweger zuhöre, wenn er einen Satz bringt, wie „die Jugendlichen gehören in der Freizeit beschäftigt“, dann kommt es nicht nur einer Entmündigung gleich. Wir erreichen damit genau das Gegenteil, was wir erreichen müssen.“ Das hat er gesagt vor einem Jahr. Heuer sagt er am 18. 4. 1996 beim Thema „Förderung Glaser-Sportcity“: „Wir müßten schon darauf schauen, daß es jede erdenklich mögliche Hilfe gibt, hier in diesem - ich nenne es einmal - „Krisengebiet der Jugend“, gemeint ist der Resthof, die Möglichkeit zu geben, sich sportlich zu betätigen, damit diese Jugend von der Straße wekommt.“ Und um das geht es uns auch in unserem Abänderungsantrag, daß die Jugendlichen eine Beschäftigung haben. Es ist nicht damit getan nur jetzt Wiesen zum Ballspielen zu eröffnen, das ist zu wenig. Wir müssen auch schauen, daß die 14 - 18jährigen die Freizeit und im speziellen die Ferien sinnvoll verbringen können. Daß sie sich ihr Geld verdienen können, damit sie dann auch wohin fahren können mit dem Geld. Und jetzt so zu tun, als ob im Resthof hier kein Problem vorhanden ist..... Sie haben ja wieder die Gewaltsszene angesprochen. Ich habe heute erst gelesen: „Über 15 Selbstmorde in den letzten Jahren“. Das soll uns zu denken geben. Diese Problematik entsteht aber in den Familien. Das müssen wir uns einmal vor Augen halten. Ich möchte jetzt von ihnen wissen, Hr. Koll. Philipps, wie sie jetzt zum Wort „beschäftigen“ stehen. Ob sie jetzt wollen, daß sie beschäftigt werden, ja oder nein.

GEMEINDERAT HERMANN BACHNER TRIFFT UM 18.50 UHR WIEDER EIN.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Gestatten sie mir dazu ein paar persönliche Worte, so wie ich die Sache sehe. Ich möchte da meine Familie ein bisserl heranziehen. Meine Große, die Katrin ist heuer 14 Jahre alt geworden. Sie ist gerade noch heuer mit uns auf Urlaub mitgefahren. Nächstes Jahr will sie nicht mehr mitfahren, sie will Lernferien in England machen. Die ganze Sache ist verhältnismäßig für uns sehr plötzlich gekommen, das Selbständigwerden. Das Selbständigwerden mit all den Problemen, die sich in ihrem Alter - kleine Verliebtheit und, und, und - ergeben. Unser Katrin hat aber das Glück, sie hat eine Familie, sie hat mich und insbesondere meine Frau, die Zeit hat für sie. Es war schon des öfteren, daß sie sich mit meiner Frau lange zusammengesetzt hat und sie sich ausgesprochen haben. Sie hat das Glück. Leider gibt es sehr viele Jugendliche die nicht diese Möglichkeit haben. Beide Elternteile sind voll berufstätig, haben wenig Zeit für die Familie, oder es ist überhaupt nur ein Elternteil zu Hause. Meistens ist es die Frau, aber auch sie muß dann oft einem Beruf nachgehen und hat ebenso keine Zeit für ihr Kind. Hier ist in meinen Augen der Streetworker gefragt. Wie wir bereits gehört haben, ist leider die Zahl von Jugendlichen mit Verhaltensstörungen gestiegen. Es soll auch zu keiner Ausgrenzung kommen, sondern zu einem Gespräch, so sehe ich das, zu einem persönlichen Kontakt. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß das die Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen Fraktion nicht berührt. Sie haben ja auch Familie, sind Mütter, Väter vielleicht sogar Großväter. Ich hoffe nicht, aber es kann sie genauso treffen wie uns. Daher hier wirklich die Bitte, sich nochmals die Abänderung zu

überlegen. Ich weiß nicht, wie der Hr. Dr. Pfeil stimmt, oder wie die anderen Kollegen stimmen. Ich weiß, dagegenstimmen wird der Koll. Fürweger und der Koll. Payrleithner. Noch einmal wirklich die Bitte, überlegen sie sich nochmals diese Abänderung. Es geht hier um die Jugendlichen. Es geht hier um die Zukunft. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, wenn ich mir die Kollegen von der Freiheitlichen Fraktion ansehe, daß sie das nicht berührt, daß sie das einfach wegstecken. Das glaube ich nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Hr. Koll. Philipps noch einmal.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wertcs Präsidium. Es ist ja für mich nicht besonders verwunderlich, daß der Hr. Koll. Fürweger mich nicht verstanden hat. Ich nehme wirklich an, daß es ein Verständnisproblem ist und nicht eine absichtliche Verdrehung der Tatsachen. Würde ich das nämlich annehmen, so kann ich sie in Zukunft leider Gottes nicht mehr ernst nehmen. Daß mir das sehr fern liegt, das muß ich auch dazu sagen. Wenn ich heute sage, der Jugendliche sollte nicht beschäftigt werden, so meine ich natürlich - und das besonders für sie, Hr. Koll. Fürweger, weil alle anderen haben es verstanden -, daß ich dem Jugendlichen nicht aufoktrovieren möchte, womit er sich beschäftigt, sondern - und das war meine zweite Wortmeldung - man sollte ihm die Möglichkeit geben sich zu beschäftigen. Und das ist ein gravierender Unterschied. Und zwar als Pädagoge spreche ich jetzt für diese Situation, daß man einem Jugendlichen nicht unbedingt den Weg vorgeben sollte, sondern ihm die Möglichkeit zur Entfaltung geben sollte. Das kleine Wort „Möglichkeit“ ist der Unterschied zwischen den zwei Äußerungen. Ich nehme an, sie haben mich jetzt verstanden, ansonsten könnte ich es ihnen auch noch privat sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. Koll. Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im GR. Diese Diskussion, die ständig über die Streetworker seitens der Freiheitlichen geführt wird, erinnert mich immer wieder an diese altrömischen Zeiten, wo man geglaubt hat, mit Brot und Spielen kann man das Volk befriedigen. Wenn man ihnen dort die Möglichkeit gibt zu arbeiten, und wenn man ihnen Spiele gibt, denken die Damen und Herren dieser Fraktion, daß man sehr viele Dinge einfach lösen kann. So ist es ja nicht, glaube ich. Ich glaube, in den Stadien, wo damals Menschen, unter Umständen auch Christen zerfleischt worden sind, das hat man auch damals gut geheißcn, es war eben ein anderes Zeitalter. Nur das auf heute auch umzulegen, daß es genügt, daß man einen Lehrplatz Sicher ist das auch wichtig, daß man einen Lehrplatz hat, wo man arbeitet und wo man unter Umständen auch Geld verdienen kann. Das sind alles sehr wichtige Dinge. Nur mit dem löst man das nicht, wenn er dann hinausgeht um 17 Uhr nach der Arbeit und einem Gedankengut nachhängt, welches bei Gott nicht mehr zeitgemäß ist. Ich glaube immer wieder, daß der Koll. Payrleithner unter Umständen etwas anderes meint. Das er vielleicht zu unterschwellig meint, daß unter Umständen ein Klientel dort angesprochen werden kann, welches

seiner Fraktion vielleicht ein bisserl nahe steht, und daß er dort Gefahr sieht, daß die vielleicht eine andere Lebensweise feststellen könnten, wenn man sich mit ihnen einfach beschäftigt, und wenn man sie nicht herumhängen läßt in ihrer Freizeit. Vielleicht sieht er dort ein bisserl eine Gefahr, und das ist auch der Grund, warum er sich ständig gegen diese Einrichtung wehrt. Das Geld jetzt für die Lehrwerkstätte umzuleiten, denke ich mir, ist eine höchst populistische Geschichte. Genauso populistisch finde ich auch, wie sie gesagt haben Hr. Koll. Payrleithner, daß das in irgendwelcher sozialistischer Familienpolitik liegt, daß man dort und dort und dort Heute ist einmal das Wort bla, bla, bla, gefallen, ich will es nicht wiederholen, aber es klingt so ähnlich, was sie hier gesagt haben. Das sind immer Dinge, die man so ins „Blitzblaue“ hineinfordert. Aber in Wahrheit, wenn es darum geht, wenn Jugendliche Schwierigkeiten haben, dann tut man nichts. Dann tut man nichts und sagt, ja eigentlich ist das schade, weil im Prinzip ist die Familienpolitik, ob sozialdemokratische oder nicht, schuld. Die ist ja schuld und dieses und jenes ist schuld, und dann steht man da und tut nichts dagegen. Das, meiner Ansicht nach, ist sicherlich der falscheste Weg. Ich bin sehr dankbar für die sehr lautstarke Wortmeldung des Hrn. Koll. Lengauer, der sehr eindringlich auf das wesentliche hingewiesen hat, auf was es in Wahrheit ankommt. Ich kann sie nur bitten, Hr. Koll., sich eingehender mit diesem Problem zu beschäftigen und vielleicht einmal mit einem Streetworker mitzugehen oder sich mit Streetworker zu unterhalten, um die wesentliche Voraussetzung bzw. die wesentlichen Ursachen dieser Arbeit genauer zu ergründen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht mehr der Fall. Ich möchte zu diesem Abänderungsantrag folgendes sagen: Dieser Abänderungsantrag ist kein Abänderungsantrag, er ist aber auch kein Zusatzantrag. Dieser Antrag hätte höchstens als ein Dringlichkeitsantrag am Beginn der Sitzung eingebracht werden können, weil es steht nämlich unter dem Antrag 7 zur Debatte, daß wir ein Kostenbeteiligungsverfahren beschließen um die Streetworker zu finanzieren, wobei das Land hier sogar mit 2/3 die Kosten übernimmt und natürlich auch das Beschäftigungsverhältnis über das Land läuft. Das was hier als „so genannter Abänderungsantrag“ eingebracht wurde, ist eine völlig andere Sache. Das ist eine Subvention der Lehrwerkstätte der Steyr Nutzfahrzeuge. Ich kann diesen Abänderungsantrag nicht entgegennehmen und zur Abstimmung bringen. Das ist auch rechtlich vom Herrn Magistratsdirektor angesehen worden und als solches betrachtet worden. Bitte um Verständnis, so wird das nicht gehen und daher kommen wir

Wird ein Schlußwort hier gewünscht? Wenn kein Schlußwort gewünscht wird, kommen wir zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag und ich frage, wer diesem Antrag die Zustimmung gibt? Danke sehr. Wer ist gegen diesen Antrag? 3 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 3 Enthaltungen. Danke sehr. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir haben damit die Anträge der Frau Koll. Mach, vorgetragen und diskutiert durch StR Spanring, durchgenommen und kommen somit zum nächsten Berichterstatter Hrn. Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich bitte ihn, seine Anträge vorzutragen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des GR. Ich habe in meinem ersten Antrag eine Altlast vorzutragen und ich ersuche sie mich zu befreien, daß ich auf nähere Details eingehe, warum dieser Antrag erst jetzt kommt. Wir haben sehr viele Vorgespräche darüber geführt. Nur mit einem, das möchte ich schon noch sagen, kann ich mich selbst nicht anfreunden, obwohl ich hier heute zum zweiten Mal einer Kreditüberschreitung zustimmen muß. Das ist eben die Kreditüberschreitung, weil ich es nachweislich bei den Budgetverhandlungen oft genug, schon fast

wie eine Gebetsmühle, gesagt habe, daß man hier noch S 700.000,-- für das Resthonorar des Prof. Stickler vorsehen muß. Ich ersuche sie trotzdem dennoch höflich und inständig einen Schlußstrich unter das finanzielle Kapitel des Verkehrskonzeptes zu ziehen. Mein Antrag lautet daher:

VerkR-4056/89 Generalverkehrskonzept Steyr - Honorar des Verkehrsplaners; Antrag auf Mittelfreigabe für Schlußrechnung und Kreditüberschreitung;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III vom 1. 7. 1996 werden Mittel in Höhe von S 696.400,-- inkl. MWSt. bei VAST. 5/6120/727400.3 in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 696.400,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44, Abs. 5, StS, zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Projektförderung 1996 - Museum Industrielle Arbeitswelt. Es soll gemeinsam mit der OÖ. Landesausstellung 1998 die Ausstellung „Eisenstraße, Standort Steyr“ in einem mehrteiligen Ausstellungsensemble mit dem Arbeitstitel „Industrieregion Steyr“ vorbereitet werden. Ich glaube, daß diese Ausstellungsserie und die Landesausstellung 1998 für uns alle in der Region hier ein sehr wichtiger Beitrag sein wird, und ich ersuche auch sie um die Zustimmung. Diese vorzubereitenden Arbeiten gehen natürlich gemeinsam Hand in Hand mit dem Verein „Industrieform Steyr“. Mein Antrag lautet:

Fin-89/94 Museum Industrielle Arbeits-

welt - Projektförderung 1996

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 29. 7. 1996 wird dem Museum Arbeitswelt, 4400 Steyr, Wehrgrabengasse 7, als Projektförderung für das Jahr 1996 eine a.o. Subvention von S 500.000,-- gewährt. Zum genannten Zweck wird dieser Betrag bei der VAST. 1/3600/757000.7 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort gewünscht zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag

stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Koll. Dr. Pfeil und ersuche als nächsten Berichterstatter den Koll. StR Bremm seinen Bericht vorzubringen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem ersten Antrag geht es um die Mittelfreigabe für die Deponieentgasung SA IV unserer Mülldeponie im Ausmaß von S 535.966,90. Mein Antrag lautet:

ÖAG Müll-4766/88 Mülldeponie Steyr; Deponieentgasung SA IV; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe;Dringlichkeitsbeschluß

Der Gemeinderat möge beschließen:

Infolge Dringlichkeit (Geruchsbelästigung und Explosionsgefahr) wird dem Antrag des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr, entsprechend dem Amtsbericht vom 9. 7. 1996, gem. § 47 Abs. 5 , Statut der Stadt Steyr, wie folgt zugestimmt:

Vergabe der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung der Deponieentgasung im Schüttabschnitt IV der Mülldeponie der Stadt Steyr an Firma Alpine, Schärding in Höhe von S 535.966,90 exkl. USt. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 535.966,90 exkl. USt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden. VSt. 5/8131/050000.3.

Ich ersuche hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem zweiten Antrag geht es um den Ankauf eines Müllsammelfahrzeuges für Biomüll und Restmüll. Im Voranschlag 1996 ist die 1. Rate in der Höhe von S 1 Mio. vorgesehen. Ich möchte dazu anführen, daß wir gerade bei dieser Investition eine große Einsparung erreichen. Es wird hier eine Waschanlage montiert, wo die Biomüllcontainer gleich am Auto gewaschen werden und hier keine Papiersäcke eingelegt werden müssen.

Mein Antrag lautet daher:

KD-25/96 Ankauf eines Müllsammelfahrzeuges für Biomüll und Restmüll; Ersatzbeschaffung für

Müllwagen, BJ 1984;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VII/FA Kommunale Dienstleistungen vom 27. 8. 1996 wird dem Ankauf eines Müllsammelfahrzeuges für Biomüll und Restmüll - Fahrgestell bei der Fa. Steyr-Nutzfahrzeuge OHG, Wels; Müllwagenaufbau bei der Fa. MUT, Stockerau (Vorführfahrzeug) - zum Gesamtpreis von S 2.667.800,-- exkl. MWSt. zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel (1. Rate) in Höhe von netto S 1.000.000,-- bei der VAST. 5/8130/04000.8 freigegeben und im Voranschlag 1997 bei derselben Voranschlagsstelle ein Betrag im Ausmaß von S 1.667.800,-- (2. Rate) vorgesehen. Gleichzeitig wird dem Verkauf des auszuscheidenden Müllwagens zum Preis von S 90.000,-- exkl. MWSt. an die Fa. MUT, Stockerau, zugestimmt. Die Einnahme dieses Betrages erfolgt bei der VAST. 6/8130/040000.6.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher sogleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es darum, eine Subvention für den laufenden Sportbetrieb für den ATSV „Vorwärts“ Steyr im Ausmaß von S 130.000,-- zu genehmigen. Mein Antrag lautet:

Fin-114/1996 ATSV „Vorwärts“ Steyr - lfd. Subvention 1996

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 22. 8. 1996 wird dem ATSV „Vorwärts“ Steyr zur Durchführung des laufenden Sportbetriebes 1996 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 130.000,-- gewährt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 130.000,-- bei der VAST. 1/2690/757000.9 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu diesem Antrag wünscht der Koll. StR Spöck das Wort. Ich erteile es ihm.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Ich vermute, und das geht aus dem Amtsbericht nicht hervor, der Tätigkeitsbericht liegt bei der zuständigen FA für Schule und Sport auf. Ich glaube, meine Vermutung stimmt. Was aber der Grund meiner Wortmeldung ist, was ich immer wieder und zum wiederholten Male gefordert und gesagt habe, ist die nicht mehr zeitgerechte Automatik in der Subventionspolitik. Ich trete, aufgrund der budgetären Situation der Stadt in allen Bereichen, sowohl in der Kultur als auch im Sport, für projektbezogene Förderungen ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Hr. Koll. Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter GR. Ich schließe mich der Wortmeldung meines Vorredners, Hrn. StR Spöck an. Ich habe mir das Budget herausgesucht und festgestellt, daß unter der Voranschlagsstelle 1/2690/757000.9 hier immer wieder einige Posten abgebucht werden. Wir haben hier im Voranschlag 1996 S 1,6 Mio. drinnen. Wenn ich mir jetzt meine Amtsberichte ansehe, die ich mir aufgehoben habe: 2. 7. 1996, 20 Ansuchen, lfd. Subventionen für Steyrer Sportvereine, aufgelistet alle 20, sogar die ASKÖ sind alle detailliert, Basketballclub, Schiverein, Schwimmclub, über S 300.000,--, Tätigkeitsberichte, Belege werden beigegeben. Wieder ein Amtsbericht v. 20. 8. 1996, es geht um S 80.000,--, Sektionen für Sitzungen, Spielerbesprechungen, Mannschaftsfeiern, sonstige Zusammenkünfte, ASV Bewegung - 2. Rate. ATSV „Vorwärts“ Steyr - dieser Antrag hier - wieder diese Voranschlagsstelle S 130.000,--. Die Begründung sehr klein. Durchführung des laufenden Sportbetriebes. Das ist alles. Keine Detaillierung dieser 10 Sparten, wie beim ersten Amtsbericht, wo alles drinnen war. Hier haben wir keine Detaillierung mehr. Einfach nur ATSV „Vorwärts“ Steyr - 10 Sparten - S 130.000,--. Dann haben wir Tennis auch noch. Nun ist der Fall eingetreten, daß das Dach kaputt ist. Reparieren - S 15.000,--. Noch ein Antrag ist hier. Der ist vom 9. 9. 1996, S 85.000,-- auch von dieser Voranschlagsstelle. Das sind 7 Vereine, 4 ASKÖ, ATSV usw. Das, glaube ich, ist nicht die richtige Vorgangsweise, wie wir diesen Budgetposten hier handhaben. Ich glaube, es sollten die Vereine einmal uns mitteilen, was sie brauchen. Wir sollten eine Frist bis Mitte des Jahres festsetzen und dann wissen wir, was wir auszugeben haben. Das geben wir ins Budget hinein und so handhaben wir das. Aber nicht so, daß wir einen Topf haben, den wir jedes Jahr um S 100.000,-- erhöhen, und jetzt wissen wir nicht einmal, wieviel noch übrig ist, weil so laufend die Anträge daher kommen. Ich wünsche mir eine Übersicht, damit wir genau wissen, wieviel haben wir noch und wieviel wurde ausgegeben. Ich habe das auch im Sozialausschuß schon angemeldet. Wir haben es nämlich vom Hrn. Mag. Lemmerer bei den Gewerbeförderungen bekommen. Ich glaube, das muß unbedingt so gemacht werden. Wenn ich dann im Amtsblatt vom September lesen muß: „Für die Aufrechterhaltung erhalten die Steyrer Sportvereine Barsubventionen S 140.000,-- - ATSV.“ Das ist dieser Antrag jetzt und ich frage mich, warum ich heute überhaupt da bin, wenn das schon vor 2 Wochen im Amtsblatt drinnen steht. Hier möchte ich schon vom Hrn. Bürgermeister auch wissen, ob er sich das Amtsblatt vorher ansieht, weil es kann doch nicht sein, daß dort Sachen drinnen stehen - 2 Wochen jetzt schon - bevor wir es hier überhaupt behandelt haben. Ich glaube, daß kann man doch sicher für das nächste Amtsblatt aufheben. Also diese Spalte kann man doch für das Oktober-Amtsblatt aufheben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das kommt vom Stadtsenat. Auch die Presse

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ja schon, Stadtsenat usw. Aber bitte, ausgegeben ist es schon und beschlossen ist es noch nicht. Wir brauchen, glaube ich, nicht den voreilenden Gehorsam hier den Bürgern mitteilen und uns dann vielleicht auch noch so unterschwellig Uns bleibt ja gar nichts anderes mehr übrig, als hier zuzustimmen. So ist es ja, glaube ich, nicht. Das sollten wir, glaube ich, schon erwarten können. Aber das ist eher etwas für die Pressestelle, ihre private Werbeagentur, daß man hier das vielleicht ändert. Aber wichtig wäre mir, daß man einmal die Subventionsordnung anders handhabt.

FRAU VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH, HERR STADTRAT ROMAN EICHHÜBL UND FRAU GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER TREFFEN UM 19.00 UHR WIEDER EIN.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Hr. Koll. Fürweger, eines möchte ich schon bemerken, daß die Pressestelle nicht meine Privatagentur ist. So etwas gibt es auch in anderen Häusern. Magistratsabteilungen dieser Art, wo man Öffentlichkeitsarbeit bei einem 1000-Mann-Betrieb macht, einfach so abzuqualifizieren, finde ich eine bemerkenswerte Leistung von ihnen. Aber ich habe es mir gedacht, daß sie noch steigerungsfähig sind, nachdem was sie bisher geleistet haben. Ich möchte nur eines festhalten. Sie gehen um mit Sportfunktionären, in dem Jahr, in dem das Land OÖ das Jahr zum „Jahr der ehrenamtlichen Funktionäre“ erklärt hat, in einer Art und Weise, die auch merkwürdig ist. Sie glauben, daß ist so, wie wenn man einen Betrieb führt, wo man diese einstellt und hinauswirft usw. Wir haben uns genau an die Richtlinien gehalten in diesem Bereich, der Referent wird das auch noch unterstreichen. Weil dieses Geschäft habe ich vorher gemacht, darum kenne ich es so genau. Wir halten uns auch an die Empfehlung des Rechnungshofes, daß nämlich Berichte gebracht werden müssen, und daß Auszahlungen nur dann erfolgen, wenn Tätigkeitsberichte vorgelegt werden und erst nach dem Ansuchen gestellt worden sind. Wir haben 66 Sportvereine in der Stadt und wir können uns glücklich schätzen, daß dort überall ehrenamtliche Funktionäre tätig sind. Und wenn wir gerade auf einen Tagesordnungspunkt zurückgehen, zu Streetworker und noch ein bißchen zurück zu den Lehrlingen und alles das, da müssen wir schon sehen, daß das ganze eine sehr vernetzte Sache ist, und daß wir in allen Bereichen in Wirklichkeit - wie das heute schon einmal gesagt wurde - Aktivitäten brauchen. Machen wir uns bitte die ehrenamtlichen Funktionäre nicht schlecht, die sich wirklich so bemühen, und das um Gotteslohn. Das muß ich schon einmal sagen im Jahr der ehrenamtlichen Funktionäre. Wir befinden uns auch beim Budget im Plan, nur daß sie das auch wissen. Das werden sie auch noch einmal beim Rechnungsabschluß feststellen. Wir haben hier überhaupt keine Planabweichungen. Wir machen Budgets, und wir halten uns daran. Im Subventionsbereich ganz besonders, außer es passiert etwas Außerordentliches, dann muß das beschlossen werden. Und wenn die Vereine nicht alle im Jänner ansuchen, dann können wir nicht auch die Subventionen im Jänner ausgeben. Koll. Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Zum StR Spöck möchte ich doch sagen, dem Vorschlag, wie du richtig sagst, der Tätigkeitsbericht und die Belege, die notwendig sind für die Ausbezahlung der Subvention, liegen in der FA f. Schule und Sport auf und es wird nicht möglich sein, daß man das jedem GR-Mitglied mit dem Amtsbericht

mitschickt. Das wird verständlicherweise nicht möglich sein. Zu deinem anderen Thema aber, wo du sagst, daß wir von der automatischen Förderung wegkommen müßten, hin zu einer projektbezogenen Förderung, würde ich dich wirklich ersuchen auch in deinem Kreise, wo du sportlich tätig bist, das einmal zu diskutieren. Und höre dir einmal deine Funktionäre an. Diese Förderung, wie wir das in der Stadt Steyr machen, hat die breite Zustimmung auch vom Stadtsportausschuß, wo alle Dachverbände hier vereint sind. Es wäre unmöglich für eine Reihe von Vereinen, wenn sie für den laufenden Sportbetrieb keine Subvention der Stadt Steyr bekommen würden. Wir betreiben Sportförderung in zwei Bereichen. Wir fördern hier den laufenden Sportbetrieb und wir fördern auch die Projekte. Jeder Verein der ein Projekt plant kommt zur Stadt und sucht hier um Förderungen an. Wir unterstützen hier in beiden Richtungen Vereine und ich glaube, daß keiner dieser beiden Bereiche wegzudenken wäre. Unterhalte dich einmal mit deinen Freunden, Willi. Die werden dir schon sagen, was notwendig ist und was sie wünschen und welche Anliegen sie haben. Zu dem, was der Hr. Fürweger sagt, möchte ich sagen. Ich glaube, sie sollten sich bei den Budgetgesprächen ein bisserl intensiver mit der Materie beschäftigen. Was wir hier beschließen mit den Anträgen der Vereine, das ist im Budget schon beinhaltet. Wir haben hier nichts außerhalb des Budgets. Jeder Verein, der im kommenden Jahr irgendwelche Umbauten oder Investitionen in seinen Sportanlagen plant, muß jetzt schon angesucht haben, damit diese auch im Budget Berücksichtigung finden können. Darüber hinaus haben wir unsere Subventionsliste, die ja allen hier in diesem Kreise bekannt sind. Entsprechend den Ansuchen der Vereine und entsprechend der Miteinbringung des Tätigkeitsberichtes und der Belege dazu beantragen wir hier die Ausbezahlung der Subventionen. Es ist eben, wie es der Bürgermeister schon gesagt hat, bei der großen Anzahl der Vereine nicht möglich, daß wir hier einen Zeitpunkt vorgeben, und bis zu diesem Termin muß ein Verein seinen Antrag auf Subvention gestellt haben. Und wenn er das bis dorthin nicht getan hat, dann bekommt er nichts. Das ist unmöglich, so könnten wir hier das nicht betreiben. Sie brauchen nur in die FA f. Schule und Sport gehen, dort liegt alles auf und ist alles einzusehen. Es ist hier nicht irgend etwas undurchsichtig oder unklar. Das mag vielleicht für sie den Eindruck erwecken, aber es ist alles in der Fachabteilung einzusehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung wird auch nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Danke sehr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Mein nächster Antrag beschäftigt sich noch mit einem zusätzlichen Funktionär, der das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr erhalten soll. Ich habe hier schon in der letzten GR-Sitzung einige Anträge gestellt. Es hat hier ein Verein noch einen Funktionär nachgereicht. Er ist entsprechend unseren Richtlinien im Stadtsportausschuß diskutiert worden und von dort auch empfohlen worden. Der Antrag lautet:

Sport-8/1996 Sportehrenzeichenverleihung 1996

Der Gemeinderat möge beschließen:

Folgende Person, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansuchen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateursportes und der Leibesübungen Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben hat, wird als Anerkennung das „Sportehrenzeichen der Stadt Steyr“ verliehen.

Sportehrenzeichen für Funktionäre:

Gemäß IIIB/1 der Richtlinien (in Betracht kommen Männer und Frauen, die während einer 25jährigen Tätigkeit ohne Unterbrechung, in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem Gebiet der Körperkultur - Erziehung, Unterricht etc. - besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben). Ing. Voggeneder Michael - Jahr 1924. Er ist seit 1970 Tennis-Mannschaftsspieler, Trainer der Jugendspieler und Senioren; Betreuer und Mannschaftsführer der Herren- und Seniorenmannschaft des ATV Steyr (Sektion Tennis) und des TC Grün-Weiß im Rahmen der OÖTV Mannschaftsmeisterschaft. Von 1986 - 1988 Geschäftsführender Obmann des ATV Steyr (Sekt. Tennis) und des neugegründeten TC Grün-Weiß Steyr. Von 1988 - 1996 - Obmann des TC Grün-Weiß Steyr. Herr Ing. Voggeneder hat sich als Obmann des neugegründeten TC Grün-Weiß Steyr große Verdienste bei der Neugründung des Tennisclubs und bei der Erweiterung der Tennisanlage, sowie in der Jugendförderung erworben.

Ich ersuche hier um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag seine Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Koll. Bremm. Ich freue mich, daß Hr. Koll. Eichhübl gerade rechtzeitig zurückgekehrt ist. Wir haben extra auf dich gewartet, du kannst das Rednerpult aufsuchen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf mich noch einmal recht herzlich bedanken, daß extra auf mich gewartet worden ist. Ich werde mich bemühen, meine Anträge in Kürze durchzubringen. Ich gebe mir selber ein Zeitlimit, ich bin sicher um 22.30 Uhr fertig. Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, mein erster Antrag den ich ihnen zur Beschlußfassung vorzutragen habe, betrifft die Bebauung „Knoglergründe“. Dort soll eine Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen erfolgen. Daher lautet der Antrag des Stadtsenates:

Stadtwerke 81/1996 Bebauung Knoglergründe Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen für Versorgungszwecke - 1. Bauabschnitt

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 5. 9. 1996 wird im Zusammenhang mit Aufschließungsmaßnahmen im Bereich Knoglergründe der Vergabe der Baumeisterarbeiten sowie dem Materialankauf zur Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen zugestimmt. a) Gasleitungsbau

Tiefbauleistungen Firma ARGE Zwettler-Ilbau, Steyr, Anteil S 182.233,-- (exkl. USt.)

Ankauf der Sphärogußrohre und Formstücke Fa. Kontinentale HG, Wels, S 316.668,-- (exkl. USt.)

Wasserleitungsbau

Tiefbauleistungen Firma ARGE Zwettler-Ilbau, Steyr, Anteil S 230.146,-- (exkl. USt.)

Ankauf der PVC-Druckrohre, Armaturen und Installationsmaterialien Firma Höller Eisen, Oberweis, S 58.490,-- (exkl. USt.).

Die Finanzierung der vorgesehenen Gasleitungsbauarbeiten soll über eine den Stadtwerken gewährte Kapitaleinlage für Leitungsbaumaßnahmen erfolgen. Die erforderlichen Mittel für die Wasserleitungsbauarbeiten sind aus Mitteln der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk zu erbringen.

Ich darf sie ersuchen, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Niemand. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag, den ich ihnen zur Beschlußfassung vorzutragen habe, betrifft den Städt. Verkehrsbetrieb, nämlich die Ersatzbeschaffung von zwei Solobussen unter gleichzeitiger Rückgabe eines gebrauchten Busses der Marke Mercedes sowie von vier Citybussen. Sie wissen ja, daß dieser Antrag im Stadtsenat bereits einmal behandelt wurde. Dann hat sich der Stadtsenat geeinigt, nochmals die Sache auch im Kommunalausschuß zu verhandeln und eben auch danach zu trachten, daß der Firma ÖAF & Steyr Nutzfahrzeuge OHG der Zuschlag gegeben werden soll. Ich habe auch in den zuständigen Gremien kein Geheimnis daraus gemacht, daß an und für sich ein unüblicher Weg beschritten wurde. Es wurden vorerst, so wie es eben die Vergabeordnung vorsieht, Anbotseinholungen durchgeführt. Es wurden auch mit den drei Bestbieter Nachverhandlungen geführt, wobei eben damals die Situation so war, daß Mercedes das beste Angebot abgeliefert hat. Aber, wie gesagt, man hat sich im Stadtsenat, auch mit meiner Stimme, geeinigt, die Sache nochmals ins Auge zu fassen. Daher, meine Damen und Herren, soll heute der Beschluß gefaßt werden für die Nettoaufzahlung 3.200.000,-- (exkl. USt.) zu genehmigen. Es ist an und für sich eine nicht übliche Vorgangsweise hier gewählt worden, die ich aber auch im Kommunalausschuß zur Kenntnis genommen habe, allerdings mit einigen Anmerkungen, daß man auch bei anderen Auftragsvergaben, wenn es um Steyrer Anbieter geht oder um Firmen, die arbeitsplatzsichernde Maßnahmen betreiben, ähnlich vorgehen möchte. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

Stadtwerke - 69/96 Städt. Verkehrsbetrieb - Ersatzbeschaffung von zwei Solobussen durch Niederflurbusse mit „Kneeling“- Einrichtung unter gleichzeitiger Rückgabe von Gebrauchtfahrzeugen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 26. 8. 1996 wird nachstehender Auftragsvergabe für die Lieferung von zwei Stück Niederflursolobussen bei gleichzeitiger Rückgabe von einem Solobus der Firma Mercedes-Benz und vier Citybussen der Firma Steyr Bus GesmbH zu nachstehenden Preisen zugestimmt.

2 Stk. Niederflurbusse, NL 262/A10 mit Dachheizgerät und Deckenkanälen S 5.200.000,-- (exkl. USt.) abzüglich Preis für Gebrauchtfahrzeuge S 2.000.000,-- (exkl. USt.) = Nettoaufzahlung S 3.200.000,-- (exkl. USt.) gemäß dem Nachtragsanbot vom 11. 9. 1996 bei der Fa. ÖAF & Steyr Nutzfahrzeuge OHG, Wien. Die Finanzierung der Aufzahlung soll aus dem Rest der Kapitaleinlage der Stadt Steyr für den Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr mit S 2.250.000,-- /VAST. 5/8790/779000.6) und aus der laufenden Gebarung des Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr mit S 996.000,-- erfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke schön. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Referent, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Bei diesem Antrag bleibt ein schaler Nachgeschmack über. Hier haben sich weder die Anbieter noch die Verhandler mit Ruhm bekleckert. Man kann das Angebot der nun zum Zuge gekommenen Firma nicht als seriös bezeichnen, wenn zuerst S 4,3 Mio. dort steht und danach steht S 3,2 Mio. dort. Da wollte man uns eventuell über den sogenannten „Tisch“ ziehen. Das kommt immer darauf an, ob man sich das gefallen läßt oder nicht. Mir schmeckt auf alle Fälle nicht, daß man erst nach der Nachverhandlung echt verhandelt. Da bleibt wirklich ein schaler Nachgeschmack über und ich habe hier meine Bedenken angemeldet. Grundsätzlich ist es richtig, wenn es möglich ist, daß man einen Fahrzeug, das zumindest noch Verbindung zu Steyr hat, gute Chancen einräumt und bei gleichen Preisen oder wenn sie billiger sind, daß man die dann zum Zug kommen läßt. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen sie mir noch eine ganz kurze Bemerkung grundsätzlich zu Busanschaffungen sagen. Ich habe gestern ein sehr interessantes Gespräch gehabt mit jemanden der gerade aus Hannover zurückgekommen ist. Im Moment tagt in Hannover die internat. Autobusausstellung, wo alle renomierten Anbieter vertreten sind. Der Trend geht eindeutig in solchen Städten, wie wir es sind, weg von Niederflurbussen. Das geschieht aus zwei Gründen. 1. Der Niederflerbus ist aufgrund seiner aufwendigen Konstruktion relativ sehr teurer und die Festigkeit der Karosserie ist massiv geringer. Dh., bei voller Belastung, auf schlechten Straßen, bei Bergen, haben die eine deutlich geringere Lebensdauer und erfüllen häufig nicht die Erwartungen von den Kunden. Man wird sich dann wahrscheinlich generell überlegen müssen, in welche Richtung es gehen soll und ob es nicht günstiger kommt, daß Behinderte, welche die beiden Stufen nicht steigen können, mit anderen Fahrzeuge befördert werden. Hier gibt es ja auch Spezialfahrzeuge oder Taxis. Das sollte man sich grundsätzlich in Ruhe dann im Ausschuß für die nächsten Busse überlegen. Eines ist klar. Wir können bei der Erneuerung unserer Flotte nicht jetzt bei diesen zwei stehenbleiben, weil hier hat man seit 1989 nichts wesentliches getan.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der nächste ist Hr. Koll. Gollatsch.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen des

GR. Ich habe kurz nach der Ausschußsitzung des Ausschusses für Kommunale Betriebe mit einem Freund von mir gesprochen. Der hat mich angesprochen und gesagt: „Du bist gegen den Ankauf von MAN-Bussen“. Der Bursche ist nicht im Ausschuß. Der Bursche ist nicht im GR, Ausschüsse sind lt. Geschäftsordnung bzw. lt. Statut nicht öffentlich. Im Protokoll, welches ich hier habe, steht „2 Stimmenenthaltungen“, nicht namentlich angeführt. Ich frage mich, wie kommt dieser Mann dazu, mir die Tatsachen dieses Ausschusses zwei, drei Tage später an den Kopf zu knallen mit der Bemerkung unterschwellig: „Ja du hast ja etwas gegen die Sicherung von Arbeitsplätzen“. Ich möchte einmal sagen, ich habe erstens einmal nichts gegen die Sicherung von Arbeitsplätzen hier in Steyr, sondern ich bekenne mich dazu, daß die Arbeitsplätze mehr werden sollen. Ich habe auch nichts gegen den Ankauf des MAN-Busses. Ich darf Hr. Vizebürgerm. Pfeil zitieren: „Ich habe etwas gegen diese Vorgangsweise, wie es damals gemacht wurde.“ Ich halte mich aber bitte an die Vertraulichkeit von Ausschüssen. Die Damen und Herren sollen einmal Fragen, was hier stattgefunden hat. Ich werde mich daher der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächster Hr. Koll. Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte keine lange Diskussion über dieses Thema noch einmal hier anheizen. Aber eines möchte ich schon zu dem, sagen, wie es vom Hrn. Dr. Pfeil dargestellt wird. Daß hier eine gewissen Unseriösität an den Tag gelegt worden ist, und daß man das Gefühl gehabt hätte, man hätte uns über den Tisch gezogen, dazu muß ich schon sagen, jemand der ein bißchen mit solchen Dingen zu tun hat, der in dieser Branche tätig ist, der weiß ja, daß der Preiskampf, ob das im Autobus-, im PKW- oder auch im Nutzfahrzeugebereich ist, enorm ist und hier auch dementsprechend Preisdumping betrieben wird. Das löst natürlich das aus, wie wenn sich hier vielleicht Firmen von der öffentlichen Hand sponsern lassen möchten. Jeder der mit betriebswirtschaftl. Kennzahlen zu tun hat weiß, daß es hier Vollkosten gibt, und daß es dann eben zwischen Vollkosten und Grenzkosten eine dementsprechende Bandbreite gibt. In diesem Bereich agieren eben die Anbieter. Wenn es notwendig ist gehen sie in der heutigen Zeit sogar unter Grenzkosten. Das ist nicht ein spezieller Fall, was sich hier in diesem Bereich zugetragen hat, sondern so beinhart werden die Preiskämpfe geführt. Das wollte ich nur hier zu diesem Thema noch angeführt haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster Hr. Koll. Spöck bitte.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Meine Damen und Herren des GR, wertres Präsidium. Ich finde auch die Vorgangsweise nicht ganz richtig, daß nach abgeschlossenen Preisverhandlungen ein Nachtragsangebot gelegt wird und jemand zum Zug kommt. Ich werde trotzdem zustimmen. Der Grund dafür ist auch schon gesagt worden, die Verbindung mit SNF, die Arbeitsplatzsicherung die indirekte. Ich hätte aber eine Frage an Hrn. Koll. Eichhübl, das ist auch der Grund meiner Wortmeldung. In den Stadtteilgesprächen, gerade wenn ich

an den Tabor denke, hat es große Schwierigkeiten bei einigen Wortmeldungen gegeben. Ich danke hier an eine Wortmeldung des Hrn. Wipplinger mit der Auflassung der Buslinien. Wie schaut es konkret aus? Als Alternative hat ja Koll. Holub das Anrufsammeltaxi genannt. Wie schaut es konkret als Alternative aus mit dem Anrufsammeltaxi? Kommt es, kommt es nicht? Ich hätte gerne von dir den konkreten Stand gehört.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Koll. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des GR. Die Verhandlungen beim Ankauf dieser Solobusse waren sicherlich von beiden Seiten nicht optimal. Wir haben uns aber im Stadtsenat einhellig dafür ausgesprochen, noch einmal Verhandlungen mit den Anbietern aufzunehmen. Und zwar wurde dort festgehalten, es sollte sich der Magistratsdirektor, oder wenn notwendig auch der Bürgermeister selbst in die Verhandlungen einschalten, um die Fa. ÖAF Steyr zu bewegen, hier ein besonderes Angebot zu legen. Von seiten der Verkehrsbetriebe wurde dann gefordert, sie müßten um S 100.000,-- billiger sein als Mercedes. Es ist richtig, daß nach der Vergabeordnung der Stadt Steyr mit den Bestbieteren verhandelt wurde und eine Firma, nämlich Mercedes, als Bestbieter hervorgegangen ist, doch war es der absolut politische Wille im Stadtsenat eine Entscheidung herbeizuführen, daß ÖAF Steyr zum Auftrag kommen sollte. Wir haben dann im letzten Ausschuß uns darüber unterhalten und man hat Hrn. Dr. Zimmermann als Kontrollchef und auch als Verhandlungsleiter bei den Preisverhandlungen beigezogen. Dieser hat erklärt, nach der Vergabeordnung wäre die Verhandlung zu ende. Wird jedoch ein Projekt öffentlich gefördert, sei es vom Bund, Land oder Stadt, so wäre die Vergabeordnung hinfällig und es ist, wie bei einem privaten Vertrag, jede weitere Verhandlung möglich. Ob es eine öffentliche Förderung gibt, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Es hat sie bisher allerdings jedes Jahr gegeben, es wurde auch angesucht, und es ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch anzunehmen, daß die Förderung eintritt. Dessen ungeachtet, selbst wenn sie aber nicht kommen sollte und daher die Vergabeordnung der Stadt Steyr alleine verantwortlich und zuständig wäre, so kann der Stadtsenat bzw. der GR sich doch darüber hinwegsetzen, und wenn er zur Überzeugung kommt eine bessere Lösung zu finden, eine andere Vergabe vornehmen. Ich möchte noch erinnern, und das habe ich auch im Ausschuß gesagt, als Generaldir. Lochte hier war und die ersten Gespräche geführt hat zwecks Übernahme der Steyr-Daimler-Puch - LKW-Fertigung durch MAN, daß er betont hat, daß er auch besonderen Wert legt, daß die Produkte der neuen Fa. MAN in den öffentl. Bereich in der Stadt und dort, wo sie Niederlassungen haben, auch von denen betrieben und genützt werden. Es ist klar, daß zB in München vielleicht überwiegen MAN-Produkte gefahren werden und in Stuttgart mehr Mercedes-Produkte. Das verstehen wir alle. Wir waren im Stadtsenat der Meinung, daß man MAN, auch wenn sie nicht direkt in Busse erzeugen, doch aufgrund der Zulieferer und sonstigen Aufträge an das Werk Steyr ganz wesentlich dazu beitragen, daß rund 2500 Mitarbeiter der ehemaligen Steyr-Werke hier in Steyr Arbeit und Verdienst finden. Und das war eigentlich auch der Grund für uns, warum wir uns im Stadtsenat und letztendlich auch im letzten Kommunalausschuß dazu entschlossen haben, diesen Nachverhandlungen zuzustimmen und, nachdem die dann um S 46.000,-- unter dem Bestbieter lagen, den Auftrag an die Firma ÖAF in Steyr zu vergeben. Das die Verhandlungen nicht sehr geschickt waren, und daß ein gewisses ungutes Gefühl bleibt, daß man entgegen der Vergabeordnung diese Nachverhandlung gemacht hat, teile ich voll mit allen, die heute das vor mir zu bedenken gegeben haben. Ich bekenne mich aber auch dazu, daß ich der Auffassung bin, daß uns die Unterstützung eines Betriebes, der 2500 Mitarbeiter in Steyr beschäftigt, und wenn das auch nur indirekt ist, auch etwas Wert sein muß und daher die politische Verantwortung und die politische

Entscheidung entgegen dieser Vergabeordnung meiner Meinung nach zu rechtfertigen ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Hr. Koll. Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Mir selber tut es ein bisserl Leid, daß wir jetzt 4 alte Citybusse zurückgeben und keine neuen Citybusse nachbeschaffen. Gerade im Hinblick auf das Jahr 1991, wo wir Freiheitlichen im April einmal den Citybus der Bevölkerung in Steyr präsentiert haben und ja dann auch die Sozialistische - damals noch - Fraktion dann im September 1991 ganz groß in ihrer Zeitung einen Citybus präsentiert hat mit dem damaligen Bürgermeister Schwarz, wo er vor dem Werndlidenkmal drinnen sitzt und auch der ehemalige StR Steinmassl, und wo zu lesen war: „Große Leistungen der Steyrer Sozialdemokraten für den Nahverkehr in Steyr. Um S 12,2 Mio. wurden Großraumbusse und Citybusse angeschafft unter der Durchsetzungskraft der Sozialistischen Mehrheitsfraktion im Steyrer GR. Moderne Citybusse von der Steyr-Daimler-Puch AG über Anweisung von Bgm. Heinrich Schwarz, der sich gemeinsam mit Finanzreferent Vizebürgermeister Hermann Leithenmayr und Verkehrsreferent StR Mag. Dkfm. Helmut Zagler große Verdienste um die Einführung der neuen Citybuslinien gemacht hat. Es werden die neuen Citybusse nun für einige Wochen zum Nulltarif von der Bevölkerung benutzbar sein.“ Dann sind die Buslinien vorgestellt. Buslinie 7 - Wohnsiedlung Schlüsselhof, Buslinie 9 - Citybuslinie Steyrdorf, Buslinie 8 - Ämterlinie. Auf der letzten Seite steht noch: „Starke SPÖ-Gemeindefraktion konnte zum Wohle der Steyrer Bevölkerung den Citybus-Linienverkehr durch- drücken“. Nun, meine Damen und Herren, wissen wir es. Dieses Linienkonzept hat sich nicht bewährt. Und jetzt kommen die Citybusse auch noch weg. Meine Frage: Ist das jetzt das Ende der Citybusse oder geht es mit den Citybussen weiter?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also wenn sie mich fragen, ich glaube nicht, daß es mit den Citybussen zu Ende gehen soll. Ich glaube auch nicht, daß man die Zeit zurückdrehen sollte hinter die Citybusanschaffung. Die Citybusse sind, ich glaube Holub hat damals gesagt, 10 Jahre von der ÖVP gefordert worden. Die Stadtwerke waren der Meinung, daß der Einsatz nicht wirtschaftlich wäre. Beide haben wahrscheinlich recht. Zum Teil sind sie nicht wirtschaftlich, wenn nämlich die Leute nicht einsteigen. Das ist aber keine Eigenheit der Citybusse, das trifft auf alle Busse zu. Wir haben nach Frequenzzählungen festgestellt, daß in drei Bereichen die Auslastung unter 20 % liegt und bei der schlechtesten Linie unter 5 %. Und das haben wir selber schon gewußt, und der Rechnungshof hat es uns auch noch einmal ins Stammbuch geschrieben. Daher wird man dort dieses Angebot zurücknehmen müssen, nachdem es sehr wenig Sinn macht, Hr. Koll. Fürweger, leere Citybusse in einer Garage stehen zu lassen. Die geben wir ja nicht zurück, weil sie alt sind, wie sie gesagt haben. Die wären ja voll einsatzfähig, wir können sie nur nicht einsetzen. Daher geben wir sie in Zahlung für den Ankauf vom neuen Bus, damit wir nicht so viel Geld in die Hand nehmen müssen. Das ganze ist ja ein an und für sich sinnvoller Vorgang, der ja auch im Weisungsbereich des Fraktionskollegen Eichhübl stattfindet. Daß die Abwicklung dieses Geschäftes nicht optimal war, wie das mehrfach festgestellt wurde, da möchte ich nicht dagegen reden. Ich möchte aber eines schon sagen, das ist mir noch zu wenig betont worden. Wenn man die Flotte wechselt von einer Marke zur anderen, dann überlegt sich das jedes Unternehmen sehr gut, ob es das tut. Und nicht ausreichend erwähnt wurde,

oder ich habe es nicht ausreichend gehört, wir haben es im Stadtsenat sehr wohl debattiert, daß es schon einen Unterschied macht, ob man zum Service solcher Busse über die Straße nur fahren braucht, weil nebenbei die Reparaturwerkstätte der SNF sich befindet und dort das Service durchgeführt werden kann, oder ob man jedes mal mit jedem Bus nach Linz fahren muß. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Es macht auch einen Unterschied in der Bevorratung der Ersatzteile in diesen ganzen logistischen Bereichen, in der Beschaffung der Werkzeuge und Vorrichtungen, die für den Bereich angeschafft werden müssen, die wir selber machen. Wir haben im Stadtsenat gesagt und daran erinnere ich mich ziemlich genau, daß die Betrachtung der Wirtschaftlichkeit bei diesen Angeboten, die nach dem ersten Durchgang vorgelegen sind, nicht ausreichend und umfassend genug ist und daher sollten auch die Kosten dieses Überstellens von Bussen und die Logistikbereiche einbezogen werden. Das ist dann auch geschehen. Es hat Nachverhandlungen und Nachfragen gegeben, und dann ist ein Vorschlag auf den Tisch gekommen, der jetzt so aussieht. Und daher haben wir hier auch im Stadtsenat die Meinung vertreten, daß wir dieses Geschäft machen. Auf der einen Seite soll das Magistrat die Lehrlinge alle aufnehmen und auf der anderen Seiten vergessen wir völlig, daß die Betriebe von Aufträgen leben sollten und nicht von Subventionen und Unterstützungen. Das muß man auch einmal ein bisserl global betrachten. Um das möchte ich bei der Gelegenheit schon auch bitten. Kommen wir zum Schlußwort, Hr. Referent bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aufgrund der Wortmeldungen muß ich trotz der fortgeschrittenen Stunde schon auch noch ein paar Anmerkungen machen. Ich möchte an dem Punkt weiter fortsetzen, wo der Koll. Schloßgangl aufgehört hat. Er hat nämlich gesagt, daß der Stadtsenat einhellig die Meinung vertreten hat, hier im Hinblick auf arbeitsplatzsichernde Maßnahmen, wenn auch indirekt, diese ganze Sache nochmals aufzurollen. Dem stimme ich vollkommen bei. Auch ich war dieser Meinung, nur für mich hat es einen weiteren Punkt gegeben warum ich der Auffassung war, daß man das noch einmal behandeln sollte. Es ist jetzt sehr viel gesprochen worden, aber eigentlich der Punkt, um den es gegangen ist, der wurde eigentlich von keinem der Debattenrednern angesprochen, und ich habe sehr deutlich auch im Ausschuß für Kommunale Betriebe und im Stadtsenat darauf hingewiesen. Es sind auch dort im Rahmen der Diskussion im Stadtsenat Bemerkungen gefallen, man hätte von seiten der Stadtwerke die Verhandlungen nicht richtig geführt. Und da war es natürlich für mich von besonderem Interesse, das nachzuvollziehen, ob denn das wirklich so gewesen ist oder gewesen sein könnte. Eines hat sich schon sehr deutlich herausgestellt, das verschweige ich hier auch in der öffentlichen GR-Sitzung nicht, daß die Verhandler der angesprochenen Firma nicht gerade besonders viel Geschick an den Tag gelegt haben, als sie nämlich bei der Nachverhandlung immer noch auf einer Summe von S 4,1 Mio. waren, wo Mercedes bereits auf S 3.246.000,-- herunter war, dort eine Zergliederung dieser Auftragssumme hätten durchführen sollen und man dort dann die Antwort gehört hat, ja, das brauchen wir eigentlich gar nicht, weil wir werden schon mit den richtigen politischen Entscheidungsträgern reden und dann bekommen wir ja den Auftrag. Ist auch sehr interessant. Mir geht es nicht darum, und das habe ich auch im Ausschuß betont, in irgend einer Form die Seriosität der Firma dadurch in Frage zu stellen, aber offensichtlich hat sich das dort so abgespielt. Denn, meine Damen und Herren, eines muß man schon sagen, wenn eine Firma zu Nachverhandlungen eingeladen wird, dann weiß sie, daß sie unter den drei Bestbieter ist. Und dann hat sie, meiner Meinung nach, das Möglichste zu tun, um eben den Auftrag zu erreichen oder erreichen zu können. So stelle ich mir eine Abwicklung vor. Ich bin ja auch in der Autobranche tätig, es ist dort an sich so üblich. Aus den von mir bereits genannten Gründen war ich ebenfalls der Auffassung und ich habe auch im Ausschuß für Kommunale Betriebe den Antrag gestellt, daß man die Empfehlung abgeben sollte, dem nunmehrigen Bestbieter, der auf S 3,2 Mio. heruntergegangen ist, den Auftrag zu geben. Aber nochmals, und hier komme ich auf die Worte des Koll. Gollatsch zurück, der ja meiner Meinung nach wirklich zu unrecht in einer Art attackiert wurde, und das möchte ich schon sagen als Vorsitzender des Kommunalausschusses, solche Dinge möchte ich auch in Zukunft nicht mehr hören. Ich habe es zwar nicht persönlich gehört, aber du hast es ja berichtet, Koll. Gollatsch. Ich

kann nur eines bestätigen, daß es Koll. Gollatsch nicht darum gegangen ist, jetzt irgend einer Firma irgend welche Unterstellungen zu machen oder gar so weit zu gehen, daß ihm die Arbeitsplätze bei dieser Firma egal sind, sondern er hat die Vorgangsweise angekreidet genauso wie ich, und dazu stehe ich auch. Was der Koll. Spöck jetzt gemeint hat im Zusammenhang der Linieneinschränkung und Einführung von einem Sammelanruftaxi, so darf ich in dieser Runde um Verständnis dafür bitten, daß ich mich bei diesem Stadtteilgespräch zu diesem Thema bewußt nicht zu Wort gemeldet habe. Ich wollte niemanden kompromittieren, und zwar deshalb nicht, weil ich im Rahmen von mehreren Fraktionsobmännerbesprechungen die Aufgabe übernommen habe mich persönlich dafür einzusetzen. Ich habe mit einer Firmeninhaberin mehrmals gesprochen, die am Anfang Bedenken gehabt hat im Zusammenhang ihrer Weiterentwicklung des Betriebes, aber erst in den letzten Wochen dann doch großes Interesse gezeigt hat für ein Sammelanruftaxisystem. Es hat auch aufgrund meines Auftrages Gespräche gegeben zwischen den Vertretern der Stadtwerke und der Unternehmensvertreterin, wobei also hier aber die Vorstellungen doch etwas auseinandergehen. Denn ich verstehe ja auch selbstverständlich die Unternehmerin, daß sie nicht unbedingt ein großes finanzielles Risiko eingehen kann, weil sie auch nicht weiß in welchen Größenordnungen dann finanzielle Rückflüsse kommen und wie das Geschäft dann tatsächlich funktioniert. Auf der anderen Seite stehen natürlich die Interessen der Stadtwerke und auch damit der Stadt, daß es ein System geben muß, wo der Zuschußbedarf nicht womöglich höher ist, als beim Busbetrieb. Ja, dann können wir gleich selber weiterfahren. Das kann es auch nicht sein. Es finden aber zur Zeit Verhandlungen oder haben Verhandlungen stattgefunden. Es gibt bereits schriftliche Stellungnahmen und die Fraktionsobmänner werden sich in nächster Zeit damit beschäftigen. Ich darf sie bitten, dem Antrag, von dem vorher die Rede war - wir sind ein bisserl abgewichen - die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich übergebe nun den Vorsitz an Frau Vizebürgermeister Friederike Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz. Kommen wir zum nächsten Antrag bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR. Der nächste Antrag betrifft den oberösterr. Verkehrsverbund. Wie sie ja wissen, und ich halte mich bewußt ganz kurz, haben bereits seit Jahren Verhandlungen stattgefunden, die in die Richtung gegangen sind, auch OÖ mit einem Verkehrsverbund zu versorgen. Also jenen, die das öffentliche Verkehrsmittel benützen eine Möglichkeit zu bieten, mit einer Fahrkarte die öffentlichen Verkehrsmittel zu benützen. Die Verhandlungen, und das ist auch heute bei diesem Festakt von Betroffenen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden, haben sich verzögert. Und zwar zum einen deshalb, weil es technische Probleme gegeben hat, zum anderen aber auch, weil es natürlich um sehr viel Geld geht, um die Finanzierung geht. Sie wissen ja, daß bereits in der Einführungsphase dieser oberösterr. Verkehrsverbund mehrere S 100 Mio. gekostet hat und es natürlich auch darum gegangen ist, in welchem Ausmaß und in welcher Form der Aufteilungsschlüssel erfolgen soll, wo eben dann die Gemeinden die Möglichkeit gehabt haben oder

die Verkehrsunternehmen die Möglichkeit gehabt haben, ihre Vorstellungen einzubringen. Dadurch hat sich das ganze auch etwas verzögert. Schlußendlich ist es auch darum gegangen, in den Leistungsvertrag mit einzubinden, die Abgabe für sie und vor allen Dingen den Einnahmeentfall zu quantifizieren und auch zu garantieren. Das, meine Damen und Herren, ist somit einem Ende zugeführt worden. Wir haben, darf ich dem GR sagen, ich hoffe nicht voreilig, bereits die Unterschrift dort geleistet, daß die Stadt sich diesem Verkehrsverbund anschließt. Es waren ja auch bekanntlich Frau Vizebgm. Mach und Frau Koll. Lohnecker bei diesem Festakt und bei der Unterzeichnung dieses Vertrages. Ich darf also den Antrag des Stadtsenates an den GR zur Verlesung bringen:

VerkR - 7688/85 Städt. Verkehrsbetrieb - vertragliche Einbindung in den OÖVV ab. 10. 1996;
Vertragsabschluß

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 5. 9. 1996 wird dem Abschluß des Leistungsvertrages zwischen dem BM f. Wissenschaft, Verkehr und Kunst und dem Land Oberösterreich einerseits und der Stadt Steyr andererseits zugestimmt. Die Wirksamkeit des Vertrages ist der 1. 10. 1996, weshalb ab diesem Zeitpunkt der städt. Verkehrsbetrieb in den OÖ Verbundraum eingebunden ist. Aus dem Abschluß dieses Leistungsvertrages entstehen für die Stadt Steyr als auch für den städt. Verkehrsbetrieb keine Kosten.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf sie ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Hr. Koll. Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich bin, sowie alle anderen in diesem Raum, sicherlich sehr froh darüber, daß nach mehr als 2jähriger Wartezeit dieser Vertragsabschluß heute erfolgt ist. Nur möchte ich kurz eine Kleinigkeit einfügen, weil das einfach ganz praktisch mit dem Problem der ganzen Fahrkartenautomaten verbunden ist. Es ist einfach die ganze Kompliziertheit der Bedienung der Automaten. Ich habe hier eine Broschüre vom Österr. Verkehrsverbund bekommen und ich persönlich tue mir sicherlich sehr schwer, daß ich mich zurechtfinde, wie man jetzt diese Automaten bedient. Hier werden sicher auch andere daran arbeiten müssen, bis sie einmal das ganze System checken. Und das ist meine Erachtens schon ein Holzfuß in der ganzen Entwicklung, wenn man nicht einmal das ganze Praktische durchführen kann, und daß man diese Automaten irgendwie bedienen kann. Hier wird es sicherlich einige Schwierigkeiten bei der Bevölkerung geben. Das kann auch ein Grund sein, daß dieses ganze System nicht so angenommen wird, weil es einfach zu kompliziert wirkt. Vielleicht müßte man sich hier bei der Werbung einerseits im Stadtblatt selber und auch auf Landesebene überlegen, wie das jetzt hinüber kommt, daß es auch für jeden Einzelnen handelbar wird. Eine Sache haben sie, glaube ich, noch vergessen bei der Beantwortung des letzten Punktes im Zusammenhang mit dem Anrufsammeltaxi, also wie weit hier diese Vorbereitungen oder Konzeptideen gediehen sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Darüber haben wir schon abgestimmt. Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, Frau Vizebgm. Ich hoffe, daß das nicht eintritt, was Koll. Vanek befürchtet, daß aufgrund dieser doch etwas komplizierten Apparatur dieses ganze System nicht so angenommen wird. Auch das ist dort zur Sprache gekommen, nachdem sich ja Fachleute beschäftigt haben. Ich muß selbst auch sagen, wie ich das Gerät das erste Mal gesehen habe am Plan, habe ich die selben Gedanken gehabt. Ich kann nur hoffen, und das ist bei allen technischen Neuerungen so, auch in diesem Bereich, daß nach einer gewissen Umstellungs- und Eingewöhnungsphase die Bevölkerung das doch annimmt. Ich kann nur sagen, es haben sich Fachleute damit beschäftigt und ich hoffe, daß das nicht eintritt, was sie befürchten, daß diese Apparaturen aufgrund der Kompliziertheit dieses System nicht angenommen werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Kommen wir jetzt zur Abstimmung.

ZWISCHENRUF:

Schlußwort!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das war schon das Schlußwort. Kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, gibt bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Antrag bitte Hr. StR.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Da wollen sich noch 2 Kollegen zu Wort melden. Das ist kein Problem.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es war schon das Schlußwort. Herr Stadtrat Eichhübl kommen wir zum nächsten Antrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

In meinem letzten Antrag - ich sehe hier im GR schon eine lockere Stimmung, das ist auch erfreulich - geht es hier um ein ernstes Thema. Die unendliche Geschichte der Hallenbadsanierung scheint vorerst ihr vorläufiges Ende gefunden zu haben. Sie selbst wissen ja alle, daß es bedauerliche Umstände gegeben hat, die es erforderlich gemacht haben, die Sache nochmals in Angriff zu nehmen. Nämlich im Bezug darauf, daß die Anbote, die aufgrund der Ausschreibung hereingekommen sind, wesentlich überhöht waren. Das Land ist von einer Sanierungsziffer von etwa S 20 Mio. ausgegangen, die Anbote haben jedoch von S 30 Mio. - S 40 Mio. gereicht. Daher war es notwendig nochmals diese ganze Angelegenheit in Angriff zu nehmen. Nunmehr hat der Stadtsenat in seiner letzten Sitzung einen Antrag mit Dringlichkeit deswegen behaftet und beschlossen, weil ja wirklich es absolut erforderlich ist, daß keine weitere Zeit verloren geht, um wirklich der Bevölkerung so rasch als möglich das Hallenbad zur Verfügung zu stellen. Ich darf daher den Antrag des Stadtsenates an den GR verlesen:

Bau 5-3862/88 Generalsanierung Hallenbad - Vergabe der einschlägigen Arbeiten für die 1. Bauetappe;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 27. 8. 1996 wird der Vergabe der Generalsanierung Hallenbad, 1. Bauetappe, inkl. Wärmerückgewinnung, wie folgt zugestimmt: Fa. Berndorf Metall- und Bäderbau GesmbH, Berndorf, netto S 27.600.000,-- (inkl. der Arbeiten des unbedingt notwendigen Vorgriffs auf weitere Bauetappen in Höhe von netto S 1.100.008,--). Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 10.641.700,-- bei der VSt. 5/8330/010140.4 freigegeben. Die Restmittel in Höhe von S 16.958.300,-- werden im Haushaltsjahr 1997 vorgesehen. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 7,8 Mio. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, Frau Vizebürgermeister, hier die Diskussion zu eröffnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist noch ein Schlußwort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand gegen diesen Antrag? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke Hrn. StR Eichhübl für seine Berichterstattung. Der nächste Berichterstatter ist Hr. StR Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. In meinem ersten Antrag geht es um die Neuerstellung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Steyr. Der Antrag lautet:

BauGru-660/94 Neuerstellung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Steyr:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes der GB III vom 26. 6. 1996 werden für das Rechnungsjahr 1996 Mittel in Höhe von S 600.000,-- inkl. MWSt. bei VSt. 5/0310/728100.1 freigegeben. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 600.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Kommen wir daher gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand gegen den Antrag? Danke. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte Hr. Stadtrat.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei dem nächsten Antrag geht es um die Aufschließungsstraße „Resthof-Nord“. Es soll eine Einreihung der Aufschließungsstraße zum Ortschaftsweg erfolgen. Mein Antrag lautet:

Str-8/95 Aufschließungsstraße „Resthof-Nord“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Aufschließungsstraße „Resthof-Nord“ als Ortschaftsweg wird genehmigt.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, der gebe ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Beton- und Stiegeninstandsetzung diverser Kunstbauten. Mein Antrag lautet:

BauBrü-2/96 Beton- und Stiegeninstandsetzung diverser Kunstbauten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 24. 6. 1996 wird der Vergabe der Instandsetzungsarbeiten an der Brüstungsmauer Dukartstraße, an der Stiege Schönauerbrücke und am Fußgängerübergang Neuschönau im Ausmaß von S 920.108,24 inkl. MWSt. an die Fa. Erdbau Auinger, Stift Ardagger, zugestimmt. Es sind dafür im Jahr 1996 Mittel in Höhe von S 250.000,-- bei VAST. 5/6121/002210.0 vorgesehen. Durch Kreditübertragung in Höhe von S 200.000,-- von VAST. 5/6121/002000.5 nach VAST. 5/6121/002210.0 werden weitere Geldmittel aufgebracht. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 450.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden. Der restliche Anteil in Höhe von S 470.100,-- wird im Jahre 1997 bei VAST. 5/6121/002000.5 vorgesehen.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand gegen diesen Antrag? Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Errichtung der Kanalisation Reichenschwall - Pyrach entlang des Laichbergweges und des Teufelsbaches. Der Antrag lautet:

Bau/-4/96 Errichtung Kanalisation Reichenschwall - Pyrach entlang des Laichbergweges und Teufelsbaches; NS 27, 29, 30, 31, 31A; BA 07 Stadt Steyr; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 9. 9. 1996 werden die Kanalisierungsarbeiten im Bereich Laichbergweg an die Fa. Illichmann-Haider, Steyr, Goldbacherstraße, zum Preis von S 5.819.486,21 exkl. MWSt. übertragen. Der Beschluß gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ Landesregierung. Die erforderlichen Mittel für das Jahr 1996 in Höhe von S 970.000,-- exkl. MWSt. sind bei VAST. 5/8110/004430.3 (Kan. Reichenschwall - Pyrach) vorgesehen. Der restliche Anteil in Höhe von S 4.850.000,-- exkl. MWSt. wird im Jahr 1997 bei der gleichen Voranschlagstelle vorgesehen. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 970.000,- - notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Kommen wird zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Ist jemand gegen den Antrag? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich gebe den Vorsitz wieder an Hrn. Bürgermeister Leithenmayr zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme den Vorsitz. Kommen wir zu Punkt 22 bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im nächsten Antrag geht es um die Aufschließung der Knoglergründe und den Straßenbau. Mein Antrag lautet:

BauStr - 3/95 Aufschließung Knoglergründe; Straßenbau Vergabe der Arbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 27. 8. 1996 werden die Baumeisterarbeiten für die Zufahrtsstraße Knoglergründe an die ARGE Zwettler - Ilbau BaugesmbH zum Preis von S 3.290.557,44 inkl. MWSt. übertragen. Im Voranschlag 1996 sind unter VSt. 5/6120/00230.1 Mittel von S 1.000.000,-- vorgesehen. Die restlichen Mittel von S 2.300.000,-- sind von VSt. 5/6120/002450.4 (Parkdeck Bahnhof) zu 5/6120/002300.1 zu übertragen. Diese Mittel werden durch den verzögerten Bau des Parkdeckes im Jahr 1996 nicht mehr benötigt.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht. Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

In meinem letzten Antrag geht es um die Instandsetzung der Schwarzen Brücke. Mein Antrag lautet:

BauBrü - 3/96 Schwarze Brücke; Instandsetzung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. 9. 1996 wird der Vergabe der Instandsetzungsarbeiten an der Schwarzen Brücke, Variante 1, im Ausmaß von S 1.895.558,16 an die Fa. Wenk, Losenstein, zugestimmt. Es sind dafür im Jahr 1996 Mittel in Höhe von S 720.000,-- bei VASSt. 5/6120/002270.6 vorgesehen. Der restliche Anteil in Höhe von S 1.175.600,-- wird im Jahr 1997 bei VASSt. 5/6120/002270.6 vorgesehen. Die Arbeiten sind aufgrund der vorliegenden Schäden und der bereits verordneten Gewichtsbeschränkung äußerst dringlich.

Ich darf noch anmerken, daß hier mit einer ca. 2monatigen Sperre der Schwarzen Brücke zu rechnen ist. Es gibt jetzt eine Gewichtsreduktion auf 5 t. Die neue Brücke wird wieder für 12 t ausgelegt. Für die dort ansässigen Baufirmen gibt es zur Zeit eine Ausnahmegenehmigung bei einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 10 km/h für 10 t Gewichtsbelastung. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sind Wortmeldungen zum Antrag Nr. 23 gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, gebe bitte ein Zeichen. Wer ist gegen den Antrag? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Koll. Schloßgangl. Wir kommen zum nächsten Berichterstatter, Herrn StR Tatzreiter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im ersten Antrag geht es um den Verkauf des Grundstückes 46/5, wo es mit 18. 4. 1996 einen Optionsbeschluß seitens des Stadtsenates gegeben hat. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

ÖAG-11/96 Fa. Braunsberger, Verkauf des Grundstückes 46/5, KG Steyr, an die Braunsberger MöbelhandelsgesmbH;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 27. 8. 1996 wird dem Verkauf des Grundstückes 46/5, KG Steyr, an die Fa. Braunsberger MöbelhandelsgesmbH, 4407 Steyr-Dietach, Ennser Straße 83, zum Kaufpreis von S 1.500,--/m² zugestimmt. Die Kosten der Vertragserrichtung sowie die damit im Zusammenhang stehenden Steuern, Abgaben und Gebühren sind von der Käuferin zu tragen.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wer wünscht zum Antrag Nr. 24 das Wort? Niemand. Wer für diesen Verkauf ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem letzten Antrag geht es um den Verkauf eines Wohnhauses in der Sierninger Straße 120. Ich bitte um Zustimmung, der derzeitigen Mieterin Frau Patrizia Jandl das Haus und den dazugehörigen Grund im Ausmaß von 358 m² zum Preis von S 600.000,-- zu verkaufen. Mein Antrag lautet:

ÖAG-3/96 Verkauf des Wohnhauses samt dazugehörigem Grundstück an Frau Patrizia Jandl

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 9. 8. 1996 wird dem Verkauf der Liegenschaft Sierninger Straße 120 samt den dazugehörigen Grundstücken im Gesamtausmaß von 358 m² zum Kaufpreis von S 600.000,-- an Frau Patrizia Jandl, die derzeit Mieterin des Objektes ist, zugestimmt. Die Käuferin hat weiters sämtliche Kosten der Vertragserrichtung und der damit verbundenen Steuern, Abgaben und Gebühren zu tragen. Der gesamte Kaufpreis ist binnen vier Wochen nach beidseitiger Vertragsunterfertigung zu entrichten.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren die Tagesordnung ist erschöpft. Ich darf bekanntgeben, daß wir heute Beschlüsse gefaßt haben, die Ausgaben von 26.635.200,-- umfassen.

Aktuelle Stunde:

SPÖ-Fraktion - Kein Thema

FPÖ-Fraktion - Kein Thema

ÖVP-Fraktion - Kein Thema

Grüne - Kein Thema

Ich bedanke mich für ihre Mitwirkung und schließe die heutige Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 20.14 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Anton Obrist e.h., Edith Radmoser e.h.

Heidi Wagner e.h., Engelbert Lengauer e.h.